

Ein neuer Aufschwung für Deutschland

Viele Menschen machen sich derzeit Sorgen um die Wirtschaft in unserem Land. Oder noch schlimmer: Man sorgt sich um den eigenen Arbeitsplatz. Es geht um Fragen der Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettstreit moderner industrieller Produktionsstandorte. Es geht aber auch um die richtigen Strategien, den Fachkräftebedarf im Handel, in der Gastronomie und in der Verwaltung zu sichern. Und es geht nicht zuletzt um Fragen von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, zum Beispiel im Handwerk.

Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit miteinander verbindet. Wir gestalten einen Aufschwung, der bei allen Menschen ankommt. Dafür investieren wir in die Zukunft – in Bildung, Innovation, Digitalisierung und Klimaschutz. Wir sorgen dafür, dass unsere Kinder auch in 30 Jahren noch Straßen, Brücken und Schienen nutzen können, und modernisieren unsere Infrastrukturen. Diese Investitionen sind einerseits generationengerecht und sie sind andererseits die Grundbedingung dafür, dass Unternehmen in Deutschland wettbewerbsfähig bleiben können.

Gleichzeitig setzen wir auf gute Arbeit und sichere Arbeitsplätze. Mit guten Löhnen sichern wir die Kaufkraft in unserem Land und kurbeln die Binnennachfrage an. Wir schaffen einen neuen Aufschwung für Deutschland als Grundlage für mehr Gerechtigkeit.

1. Wir kämpfen für neues Wachstum und sichere Arbeitsplätze.

Dies ist das erste, aber sicher nicht das letzte Mal, dass wir die Wörter „Wir kämpfen für“ verwenden. Wir könnten auch „Wir setzen uns ein für“ oder „Wir engagieren uns, damit“ schreiben. Aber wir spüren alle, wie groß die Dringlichkeit ist, mit der wir Themen anpacken müssen. Also: Lasst uns gemeinsam für das, was uns am Herzen liegt und was unser Land in Zukunft führt, kämpfen. Zum Beispiel dafür: Mit klaren Rahmenbedingungen und einem echten **Investitionsturbo** schaffen wir ein Wachstumsumfeld für unsere Unternehmen. Deutschland braucht ein **Jahrzehnt zukunftsfähiger Innovationen und Investitionen**. Mit unserer Politik bringen wir beides auf den Weg: kluge Erfindungen, die das Leben besser machen, die Arbeit und Wohlstand sichern. Und dazu eine öffentliche Infrastruktur, die den Alltag leichter macht, weil sie einfach funktioniert. In einem modernen Land mit den richtigen **Rahmenbedingungen** können Industrie, KMU, Dienstleistungen, Handwerk, Start-ups und Landwirtschaft aufblühen. Die Beschäftigten können durch fleißige Arbeit und gute Ideen ihren Beitrag dazu leisten sowie gemeinsam mit ihren Familien ein gutes Leben verbringen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer herausfordernden Lage. Wichtige Zukunftsinvestitionen bleiben derzeit aus. Das gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand. Mit zielgenauen Maßnahmen werden wir den Turbo für Zukunftsinvestitionen in unserem Land zünden.

Wir wollen Energiepreise senken und zentrale Erfolgsbranchen strategisch fördern.

Wir brauchen bezahlbare Energie, sonst geht unseren Unternehmen in Deutschland die Energie aus. Wir investieren in eine sichere und **bezahlbare Energieversorgung**, vor

124 allem mit erneuerbarem Strom. Wir wollen international wettbewerbsfähige
125 Energiepreise. Wir geben Planungs- und Investitionssicherheit bei den Energiekosten
126 durch stabile Preise, von den Netzentgelten über die Stromsteuer bis zum CO2-Preis.
127 Besonders im Norden und Osten, wo ein großer Anteil der Windenergie Deutschlands
128 produziert wird, sind hohe Netzentgelte ein dringendes Problem.

129 Mit der Umstellung auf günstige Erneuerbare Energien ist ein massiver Ausbau der
130 Stromnetze verbunden. Der kostet viel Geld, das als Netzentgelte auf den Strompreis
131 aufgeschlagen wird. Das ist eine Herausforderung insbesondere für die im
132 internationalen Wettbewerb stehende Wirtschaft und die Verbraucherinnen und
133 Verbraucher. Wir werden die Entgelte für das Übertragungsnetz, das die Regionen in
134 Deutschland verbindet und massiv ausgebaut wird, zunächst stabilisieren, dann
135 schnellstmöglich auf 3 Cent pro Kilowattstunde deckeln und so den Netzausbau
136 unterstützen. Das ist wegen der milliardenschweren Investitionen in dieses Netz
137 erforderlich.

138 Damit soll die derzeitige Belastung für Haushalte und Unternehmen im Durchschnitt
139 halbiert und dauerhaft Planungssicherheit geschaffen werden – für industrielle
140 Investitionen, aber auch für den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie das
141 Elektroauto oder die Wärmepumpe.

142 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass ein größerer Kreis besonders
143 stromintensiver Unternehmen von den bestehenden Regeln **reduzierter Netzentgelte**
144 profitieren kann. Dazu gehört auch, die energieintensiven Großabnehmer ohne
145 Flexibilisierungspotenzial wie bisher zu entlasten.

146 Die Bundesregierung wird sich darüber hinaus gegenüber der Europäischen Kommission
147 dafür einsetzen, dass mehr energieintensive Branchen von den Entlastungen der
148 sogenannten Strompreiskompensation profitieren können, zum Beispiel die
149 Glasverarbeitung, weitere Teile der Chemie und die Batteriezellenproduktion. Das
150 würde den Strompreis in der energieintensiven Industrie in Deutschland deutlich
151 senken. Wir werden außerdem die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische
152 Mindestmaß entfristen.

153 Deutschland ist ein Auto-Land. Die **Zukunft der Autos liegt in der Elektromobilität.**
154 Wer suggeriert, dass Verbrenner mit E-Fuels die Lösung seien, macht Autos nur noch
155 für Spitzenverdienende erschwinglich. Gleichzeitig steht die Automobilwirtschaft,
156 genau wie ihre Zulieferer, wie die Stahlindustrie und andere, heute vor erheblichen
157 Umwälzungen, machen sich viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr konkrete
158 Sorgen um ihren Arbeitsplatz und ihre Zukunft. Wir nehmen diese Sorgen ernst.

159 Deutschland soll ein führendes Land für die Herstellung von Fahrzeugen bleiben. Wir
160 setzen uns dafür ein, dass die deutschen Automobilhersteller aktuell keine
161 Strafzahlungen im Zusammenhang mit den CO2-Flottengrenzwerten an Brüssel leisten
162 müssen. Diese Mittel werden jetzt für Investitionen in klimafreundliche Fahrzeuge und
163 die Sicherung von Arbeitsplätzen gebraucht. Wir werden mit der EU-Kommission in
164 Verhandlungen treten, die Ziele beizubehalten, aber den Weg dorthin pragmatischer zu
165 gestalten.

166 Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Die von uns vorgeschlagenen **Maßnahmen zur**
167 **Senkung der Strompreise** – insbesondere die Deckelung der Übertragungsnetzentgelte –
168 werden Strom für die Produktion von Batterien und Autos und für das Laden noch einmal

169 günstiger machen. Das Laden an **öffentlichen Ladesäulen** muss in Zukunft so einfach wie
170 und auch günstiger werden als das Tanken. Wir werden beim Ladesäulenausbau weiter
171 Tempo machen und Tankstellen verpflichten, Schnellademöglichkeiten anzubieten. Wir
172 machen weiter **Tempo beim Ladesäulenausbau** – entlang der Straßen und Autobahnen und in
173 Depots und Betriebshöfen. Damit auch der Urlaub oder die Geschäftsreise elektrisch
174 werden, fordern wir eine europäische Schnellladesäulen-Offensive.

175 Wir werden außerdem den **Kauf von E-Autos stärker ankurbeln**.

176 Wir wollen mit einem zeitlich befristeten **Steuerabzugsbetrag für die Anschaffung**
177 eines in Deutschland produzierten E-Autos auch den privaten Neuwagenkauf fördern. Das
178 ist einfach und unkompliziert umsetzbar: kaufen, bei der Steuer angeben, Zuschuss
179 direkt aufs Konto. Durch die Einbeziehung von jungen Gebrauchten sowie
180 **Leasingmodellen** helfen wir auch Menschen mit geringeren Einkommen. Mit diesem Paket
181 unterstützen wir vor allem Haushalte mit niedrigen und normalen Einkommen beim
182 Umstieg auf ein E-Auto, noch bevor sich die Mobilitätskosten der Verbrenner durch den
183 Anstieg des CO2-Preises deutlich erhöhen. Wir wollen diesen **Weg gemeinsam mit unseren**
184 **europäischen Nachbarn** gehen und erwarten von der EU-Kommission kurzfristig eine
185 entsprechende Initiative für die ganze Union oder die Freigabe einer solchen
186 deutschen Lösung.

187 Ein Großteil der Neuwagen wird **gewerblich** genutzt. Hier werden wir durch **bessere**
188 **Abschreibungsbedingungen und Änderungen bei der Dienstwagenbesteuerung** die
189 Attraktivität der E-Mobilität weiter verbessern. Die **Kfz-Steuer Befreiung** für E-Autos
190 werden wir **bis 2035 verlängern**.

191 **Wir wollen, dass Unternehmen die besten Rahmenbedingungen haben, um in Deutschland zu**
192 **investieren.**

193 Wir können etwas tun für unsere Unternehmen und für den Wirtschaftsstandort
194 Deutschland.

195 Wir schaffen einen **Deutschlandfonds**, der öffentliches und privates Kapital
196 mobilisiert, um die wichtigen Investitionsbedarfe erfüllen zu können – etwa bei
197 Strom- und Wärmenetzen, beim Wasserstoffnetz, bei den E-Ladesäulen oder beim
198 Wohnungsbau. Mit dem Deutschlandfonds sollen Staat und private Geldgeber gemeinsam
199 und bürokratiearm in Deutschlands Zukunft investieren können. Der Deutschlandfonds
200 soll anfangs mit **100 Milliarden Euro** ausgestattet werden. Er wird so ausgestaltet,
201 dass er auch im bestehenden Rahmen der Schuldenregel unseres Grundgesetzes
202 funktioniert – über sogenannte finanzielle Transaktionen. Das vom Bund zur Verfügung
203 gestellte Startkapital für den Deutschlandfonds schafft durch die damit verbundenen
204 Beteiligungen oder Darlehen nämlich Werte für den Bund. Der Deutschlandfonds nutzt
205 dieses Kapital dann, um Unternehmen und Einrichtungen mit den nötigen Finanzmitteln
206 für wichtige Zukunftsinvestitionen auszustatten – per Darlehen oder als Beteiligung.
207 Staatliches Geld ist nur die eine Seite. Zugleich soll privates Kapital mobilisiert
208 werden. Große institutionelle Anleger wie zum Beispiel Versicherungen oder
209 Pensionskassen können so ebenfalls in diese Unternehmen und Einrichtungen
210 investieren. Das stellt die Zukunftsinvestitionen auf breite Schultern und aktiviert
211 privates Kapital. Wir stellen sicher, dass es zu keiner Privatisierung staatlicher
212 Aufgaben der Daseinsvorsorge kommt.

213 Darüber hinaus wollen wir Unternehmen steuerlich entlasten, aber nicht durch

pauschale Steuersenkungen für alle, sondern mit gezielten **Anreizen für Investitionen in Deutschland.**

Investitionsprämie statt bürokratischer Förderprogramme („**Made in Germany“-Bonus**): Bislang werden Unternehmens-Investitionen (zum Beispiel in klimafreundliche Technologien) vor allem über Förderprogramme gefördert. Das dauert oft zu lange und schafft für die Unternehmen jede Menge unnötige Bürokratie. Statt neuer Förderprogramme wird in Zukunft stärker auf eine unkomplizierte Steuerprämie gesetzt, um Zukunftsinvestitionen zu unterstützen. Im Wachstumschancengesetz war bereits eine Investitionsprämie für den Bereich der Energieeffizienzmaßnahmen angelegt. Mit der neuen Investitionsprämie für bestehende Unternehmen und Neuansiedlungen sollen nun Zukunftsinvestitionen in die Technologien von morgen in der Breite angekurbelt werden: Jede Betriebs- bzw. Unternehmensinvestition in Maschinen und Geräte (aus den sogenannten Ausrüstungsinvestitionen) soll mit 10 Prozent der Anschaffungssumme direkt und unkompliziert über eine Steuererstattung gefördert werden. Die erfolgreichen Förderprogramme wie GRW oder GAK für die regionale Wirtschaft werden fortgeführt.

Wenn Personenunternehmen ihre Gewinne wieder investieren, wollen wir sie steuerlich entlasten. Wir wollen mit der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ eine eigenständige Rechtsform einführen, die Nachfolgerinnen und Nachfolgern im Mittelstand – zum Beispiel aus der Belegschaft – die treuhänderische Nachfolge einfacher ermöglicht. Dabei werden Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung ausgeschlossen.

Das europäische Beihilferecht werden wir modernisieren, um Unternehmen im Strukturwandel zu unterstützen.

Wir wollen Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen.

Damit unsere Wirtschaft wieder schnell in Schwung kommt, müssen sich auch viele andere Zahnräder schneller bewegen. Denn nur so gewinnt das gesamte System an Geschwindigkeit. Mehr Speed in verschiedenen oder allen Teilaspekten einzubringen, das schafft einen echten Gewinn.

In Deutschland dauern viele Planungs- und Genehmigungsverfahren zu lange. Die Bundesregierung hat im letzten Jahr mit den Ländern einen Deutschlandpakt zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung vereinbart: Höhere Geschwindigkeit und weniger Bürokratie für mehr wirtschaftliches Wachstum sind das Ziel. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Auch auf nationaler und EU-Ebene werden wir den Abbau von Bürokratie etwa durch Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten vorantreiben. Neue Gesetze müssen einem **Praxischeck** unterzogen werden. Beim Abbau von Bürokratie nutzen wir die Chancen der Digitalisierung. Die Grundlage dafür bildet eine flächendeckende Versorgung des ganzen Landes mit Glasfaser und Mobilfunk. Beim Bürokratieabbau achten wir darauf, dass Arbeitnehmerrechte, Verbraucherrechte und Ziele des ökologischen Wandels nicht gefährdet werden. Um weitere konkrete Möglichkeiten des Bürokratieabbaus zu ermitteln, wird ein sozialdemokratischer Bundeskanzler eine Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung durchführen.

Der europäische Binnenmarkt ist von enormer Bedeutung für die wirtschaftliche

259 Entwicklung in Deutschland und außerdem Motor für den europäischen Wohlstand. Wir
260 wollen den **Europäischen Binnenmarkt** weiter vertiefen, denn Millionen Arbeitsplätze in
261 Deutschland sind eng mit ihm verknüpft. Dazu gehört eine digitale Infrastruktur für
262 den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. Und dazu gehört ebenso ein
263 funktionierender europäischer Kapitalmarkt. Wir werden die Banken- und
264 Kapitalmarktunion vorantreiben und das Umfeld für Innovationen und
265 Zukunftstechnologien durch privates Kapital dauerhaft stärken.

266 **Wir wollen Innovationen ermöglichen, die Deutschland voranbringen.**

267 Der viel beschworene Erfindergeist in Deutschland muss wieder zur obersten Priorität
268 werden. Denn Erfindergeist war schon immer zentral für den wirtschaftlichen Erfolg,
269 den sozialen Fortschritt und damit auch den gesellschaftlichen Wohlstand. In den
270 letzten Jahren und Jahrzehnten wurden in Deutschland zahlreiche technologische und
271 soziale Innovationen erdacht, entwickelt und umgesetzt. Mit fundamental neuen
272 Technologien wie der Künstlichen Intelligenz (KI) oder der Quantentechnologie muss
273 sich auch die Innovationspolitik des Bundes wandeln. Für uns steht deshalb die
274 **Weiterentwicklung der KI-Strategie** an erster Stelle. Der Fokus soll dabei
275 insbesondere auf der Entwicklung systemischer Innovationen liegen. Dazu zählen unter
276 anderem der Aufbau von branchenspezifischen KI-Ökosystemen sowie die Entwicklung
277 generativer Sprachmodelle für die Bereiche Medizin, Materialforschung und Bildung.
278 Dabei soll auf die bestehenden Strukturen der KI-Landschaft in Deutschland aufgebaut
279 werden. Auch bei der KI-Förderung wollen wir **soziale Innovationen und**
280 **gemeinwohlorientierte Projekte und Strukturen** besonders berücksichtigen. Weitere
281 Schwerpunkte sollen die Themen Quantencomputing, Robotik sowie Netzwerktechnologien
282 der nächsten Generation sein.

283 Wir setzen uns für eine **Stärkung der Forschungsförderung**, insbesondere in der
284 Grundlagenforschung der Schlüsselindustrien und des GreenTech ein. Forschende sollen
285 einfachere Zugänge zu Fördermitteln erhalten und bei der Beantragung und Durchführung
286 von Forschungsprogrammen weniger überflüssige Bürokratie erleben. Außerdem wollen wir
287 den Übergang von der Forschungsidee bis hin zur Marktreife gezielt unterstützen.
288 Dabei spielen Inkubatoren, Gründerzentren und **regionale Innovationscluster** wichtige
289 Rollen. Auf europäischer Ebene werden wir uns für ein starkes
290 Forschungsrahmenprogramm (FP10) einsetzen.

291 Wir werden die **Wissenschafts- und Innovationspolitik** in eine neue Ära führen, indem
292 wir den Beitrag der Wissenschaft für die Transformation und die Ausbildung von
293 Fachkräften stärken. Dafür werden wir die Hochschulen weiter fördern. Wir werden die
294 Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft durch die Förderung planbarer Karrierewege
295 verbessern. Wir werden den **Aufbau der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation**
296 zum Erfolg führen.

297 An vielen Stellen unserer Wirtschaft wird der Fachkräftemangel derzeit deutlich.
298 Darauf gibt es falsche Antworten, wie „Wir müssen länger arbeiten“ oder „weniger
299 Schutzrechte für die Beschäftigten“. Diesen Ton schlägt die CDU an, wir nicht.
300 Notwendig sind vielmehr eine richtig gute Ausbildung und mehr **Investitionen in die**
301 **Qualifizierung**. Wir müssen die Potenziale der vielen Menschen in unserem Land heben,
302 die bislang an den Rand gedrängt wurden: vor allem junge Leute ohne Berufsabschluss
303 und Frauen in unfreiwilliger Teilzeit und Mini-Jobs. Darüber hinaus benötigen wir
304 weiterhin die Zuwanderung von Fachkräften. Studien belegen, dass wir mehrere

305 Hunderttausend Fachkräfte pro Jahr für Deutschland brauchen werden.

306 **2. Wir kämpfen für Made in Germany 2.0.**

307 Made in Germany – was war und ist das für ein schönes Qualitätssiegel. Und das soll
308 noch lange, lange so bleiben. Deutschland ist zu einem Spitzenreiter im Welthandel
309 mit den Motoren und Maschinen des 20. Jahrhunderts geworden. Wir wollen, dass *Made in*
310 *Germany* auch bei den Technologien des 21. Jahrhunderts Weltspitze bleibt. Im harten
311 Wettbewerb einer sich wandelnden Weltwirtschaft steht unser Industrie- und
312 Wirtschaftsstandort unter Druck. Wir erleben einen globalen Wettlauf um Technologien,
313 Ressourcen und Standards. Ganz konkret geht es um die Frage, ob wir mit den
314 Entwicklungen mithalten und es schaffen, Deutschland als Teil des europäischen
315 Wirtschaftsraums stark für die Zukunft zu machen. Dafür verfolgen wir eine
316 verlässliche, langfristige und europäisch verankerte Industriestrategie, die
317 Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbindet.

318 In unseren Erfolgsbranchen Stahl- und Automobil-, Maschinen- und Anlagenbau, Chemie
319 und Pharma, bei den Halbleitern und in der Batterieproduktion muss Deutschland ein
320 Standort bleiben für große Konzerne wie auch für den starken Mittelstand.

321 ***Wir wollen eine stabile, breit aufgestellte und zukunftsfähige Wirtschaft.***

322 Unsere Unternehmen müssen sicher sein, dass sie ihren Weg zur Klimaneutralität
323 weitergehen können und dass sie uns als Politik dabei fest an ihrer Seite wissen. Vor
324 allem bei den Energiepreisen und der Regulatorik brauchen sie ein faires, klares
325 Umfeld, um investieren zu können und um ihre neuen Ideen auf den Markt zu bringen. In
326 den vergangenen Jahren haben verschiedene globale Krisen deutlich gezeigt, dass eine
327 breit diversifizierte Wirtschaftsstruktur für die wirtschaftliche Stabilität
328 entscheidend ist. In dieser herausfordernden Zeit kämpft die SPD um jeden
329 Industriearbeitsplatz genauso wie um die Wertschöpfung der Zukunft mit ihren neuen,
330 hochqualifizierten Jobs. Manchmal haben wir uns an Unternehmen vorübergehend
331 beteiligt, um Arbeitsplätze in einer Krise zu sichern. Das werden wir auch in Zukunft
332 tun, wenn das notwendig wird.

333 Bei den Technologien sagen wir zweifelsfrei, wo es hingeht: Der klare Fokus liegt auf
334 Elektrifizierung, zum Beispiel beim Auto. Aber auch der **Wasserstoff** wird für unsere
335 Industrie eine ganz wesentliche Rolle spielen, gerade bei den energieintensiven
336 Industrien. Damit Wasserstoff in Deutschland wirklich Fuß fassen kann, schaffen wir
337 **Leitmärkte für grünen Stahl made in Germany** – das heißt, feste Anteile von grünem
338 Stahl, zum Beispiel bei der Bahn oder in Umspannplattformen. Wir brauchen außerdem
339 ein klug ausgestaltetes Wasserstoffnetz. Gleichzeitig müssen ausreichende
340 Speicherkapazitäten, etwa im Rahmen einer nationalen Wasserstoffreserve, aufgebaut
341 werden. Mit einer pragmatischen und beherzten Politik wollen wir somit diesem
342 entscheidenden Baustein für die neue Energiewelt das Fundament legen.

343 In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch den europäischen Clean Industrial Deal.

344 Um unsere heimische Industrie mit Rohstoffen zu versorgen, setzen wir auf den neu
345 geschaffenen Rohstofffonds, werden die heimische Rohstoffgewinnung voranbringen und
346 uns für eine **koordinierte Rohstoff-Strategie der EU** einsetzen. Die
347 **Kreislaufwirtschaftsstrategie** wollen wir pragmatisch umsetzen, zum Beispiel mit
348 Absatzmärkten für umweltschonend recycelte Rohstoffe und effizienterem

349 Materialeinsatz.

350 **Wir wollen, dass unsere Industrie weiterhin bei Zukunftstechnologien ganz vorne**
351 **mitspielt.**

352 Klimafreundlich zu produzieren oder zu arbeiten, darf kein Wettbewerbsnachteil sein!
353 Einen Platz an der Weltspitze können wir nur behaupten mit einer zielgerichteten und
354 europäisch koordinierten Strategie für die wichtigsten Schlüsselbranchen
355 Deutschlands. Wir in Europa stellen unsere industrielle Produktion in hohem Tempo auf
356 klimafreundliche Verfahren um. Es nützt dem Klima aber nicht, wenn die Produktion ins
357 Ausland abwandert und dort mehr Treibhausgase ausstößt. Deshalb stärken wir den
358 unbürokratischen CO₂-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism, **CBAM**) und
359 schützen so die europäischen Unternehmen vor Wettbewerbsnachteilen gegenüber der
360 Produktion aus Ländern mit geringeren Klimaschutzauflagen (Carbon Leakage) – so
361 lange, bis die weltweiten Spielregeln fair sind. Außerdem setzen wir unseren
362 erfolgreichen **Klimacub** fort, einen wachsenden Kreis aus Staaten, die gemeinsame
363 Standards festlegen, damit es nicht mehr 28 verschiedene Standards für grünen Stahl
364 gibt.

365 Die EU muss sich unabhängiger aufstellen und strategische Wertschöpfung wieder
366 stärker nach Europa verlagern. Dazu braucht es eine **europäische Resilienzstrategie**,
367 die Risiken verringert (De-Risking), kritische Infrastrukturen effektiv schützt und
368 strategisch wichtige Schlüsselindustrien wieder in Europa ansiedelt. Gemeinsam mit
369 unseren europäischen Partnern werden wir Local-Content-Regeln und
370 Lokalisierungspflichten prüfen.

371 Soziale Standards sind ein geopolitischer Standortvorteil unseres Wirtschaftsraumes.
372 Wir unterstützen Industrie und Wirtschaft, nehmen sie aber auch in die Pflicht.
373 Wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille.
374 Deswegen setzen wir die **Europäische Säule sozialer Rechte** entschieden national wie
375 europäisch um. Wir wollen eine echte **Europäische Sozialunion**. Wir wollen
376 einen Binnenmarkt, der den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dient. Um eine
377 angemessene soziale Absicherung zu gewährleisten und Armut zu bekämpfen, setzen wir
378 uns für europäische Mindeststandards bei den nationalen Grundsicherungssystemen ein.

379 **3. Wir kämpfen für einen starken Arbeitsmarkt und gute** 380 **Arbeitsbedingungen.**

381 Eines können wir versprechen: Wir als SPD, **wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz**. Denn
382 gute Arbeit ist der Anker für ein Leben in Würde und Wohlstand. Doch wenn sich alles
383 ändert, wachsen die Sorgen. Wenn sich alles ändert, dann brauchen Arbeitnehmerinnen
384 und Arbeitnehmer Sicherheit. Und diese muss gestaltet werden. Für die SPD geht das
385 nur gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften. Die Beschäftigten
386 erarbeiten den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen. Sie haben einen Anspruch auf
387 Mitbestimmung über ihre Arbeitsbedingungen und demokratische Teilhabe. Gute
388 Arbeitsbedingungen sind zudem wesentliche Voraussetzung für die Sicherung einer guten
389 Fachkräftebasis in unserem Land.

390 **Wir wollen für Deine Arbeit Sicherheit in der Veränderung.**

391 Wir wissen, dass sich viele Beschäftigte wegen der wirtschaftlichen Umbrüche und der

392 Stagnation der Konjunktur um ihren Arbeitsplatz sorgen. Wir wollen Beschäftigung
393 sichern. Wir wollen zukunftsfeste Perspektiven im angestammten Betrieb erreichen.
394 Sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik setzt dabei auf die **Förderung der**
395 **Qualifizierung** und in schwierigen Phasen auf Arbeitsplatzzerhalt, zum Beispiel durch
396 **gute Regelungen für Kurzarbeit**.

397 Wir werden die Förderung von **regionalen Verbänden, Weiterbildungsagenturen und**
398 **Transformationsclustern** fortsetzen und intensivieren. Es braucht niedrigschwellige
399 Beratungsangebote, um Betriebe und Beschäftigte vor allem in kleinen und mittleren
400 Unternehmen im Strukturwandel zu unterstützen.

401 Wenn ein Beschäftigungsverhältnis endet, soll ein möglichst nahtloser Übergang von
402 Arbeit zu Arbeit ermöglicht werden. Wir wollen durch regionale Zusammenschlüsse von
403 Sozialpartnern und der Bundesagentur für Arbeit **Arbeitsmarktdrehscheiben und Job-to-**
404 **Job-Vermittlung** fördern und Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz verhindern.

405 Beschäftigten aus Betrieben, die Personal abbauen, sollen neue Perspektiven in
406 Betrieben geboten werden, die Beschäftigte suchen. Dabei kommt es insbesondere auf
407 den richtigen Zeitpunkt und die enge Einbeziehung der Gewerkschaften und Betriebsräte
408 sowie auf tarifvertragliche Regelungen an. Daneben werden wir das bestehende
409 Instrument der **Transfergesellschaften** weiterentwickeln, damit auch kleinere
410 Unternehmen sie besser nutzen können.

411 Die **Versicherungsleistung des Arbeitslosengelds** muss wieder gestärkt werden. Wir
412 wollen mehr Sicherheit für die arbeitende Mitte, die sich gerade in den
413 transformationsbetroffenen Branchen um ihre Zukunft sorgt. Deshalb werden wir Zeiten
414 einer Qualifizierung während der Arbeitslosigkeit nicht mehr auf die Bezugsdauer des
415 Arbeitslosengelds anrechnen, so dass sich der Anspruch auf Unterstützung durch die
416 Arbeitslosenversicherung entsprechend verlängert.

417 Wir werden dafür sorgen, dass in einer digitalen Arbeitswelt gute Arbeitsbedingungen
418 gelten. Dafür werden wir einen fairen und rechtssicheren Umgang mit Daten im Betrieb
419 regeln und Plattformbeschäftigten den Rücken stärken.

420 **Wir wollen, dass Deine Stimme auch am Arbeitsplatz stärker zählt.**

421 Wir reformieren das **Betriebsverfassungsgesetz** und werden die **Mitbestimmung** der
422 Betriebsräte bei strategischer Personalplanung und -bemessung, bei der Einführung von
423 Künstlicher Intelligenz sowie bei Gesundheitsschutz und Weiterbildung im Betrieb zu
424 echten Mitbestimmungsrechten mit Einigungserfordernis ausbauen. Wir werden
425 Wahlinitiator*innen von Betriebsratswahlen besser schützen. Die Behinderung
426 demokratischer Mitbestimmung stufen wir künftig als Offizialdelikt ein.

427 In den Unternehmen muss es einen **gesetzlich festgelegten Mindestkatalog**
428 **zustimmungsbedürftiger Geschäfte im Aufsichtsrat** geben. **Schlupflöcher** zur Umgehung
429 der Mitbestimmung im Aufsichtsrat werden wir **schließen**, wie zum Beispiel bei der
430 Aushebelung der Mitbestimmung durch europäisches Gesellschaftsrecht.

431 **Wir wollen, dass Arbeit nicht krank macht und Sicherheit bietet.**

432 Arbeit darf nicht krank machen. Deswegen werden wir eine deutliche Steigerung der
433 durchgeführten ganzheitlichen **Gefährdungsbeurteilungen** vorantreiben, das betriebliche
434 Eingliederungsmanagement (**BEM**) stärken und verbindlicher machen, sowie Reha und
435 Prävention ausbauen und Zugänge vereinfachen und verbessern. Insbesondere werden wir

436 psychische Belastungen bei der Arbeit, die stark zugenommen haben, beim Arbeitsschutz
437 stärker in den Blick nehmen. Zudem brauchen wir ein umfassendes Informations- und
438 Beratungsangebot. Die **betriebliche Gesundheitsförderung** muss bei allen
439 unternehmerischen Entscheidungen mitgedacht werden. Das Angebot der
440 Koordinierungsstellen für betriebliche Gesundheitsförderung wollen wir weiter
441 ausbauen.

442 Wir werden **sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen abschaffen** und die
443 Sachgründe für Befristungen kritisch überprüfen.

444 **Wir wollen mit den richtigen Strategien den Arbeitsmarkt nachhaltig stärken.**

445 Gute Aus- und Weiterbildung sind die Voraussetzung für gute Arbeit und
446 Fachkräftesicherung. Wir setzen unseren **Weg der Ausbildungsgarantie** fort. Frühere
447 Berufsorientierung in den Schulen und in enger Abstimmung mit der Bundesagentur für
448 Arbeit, ist der richtige Weg. Die erfolgreiche Arbeit der Jugendberufsagenturen
449 werden wir weiter stärken. Die Unternehmen müssen ihrer Verantwortung für Ausbildung
450 stärker gerecht werden. Branchenbezogene Umlagefonds für gute Ausbildung können
451 dieses Ziel gewährleisten.

452 Wir werden dafür sorgen, dass es Sicherheit in der Veränderung gibt und garantieren
453 Unterstützung, wenn berufliche Weiterbildung oder Neuorientierung nötig oder gewollt
454 ist. Damit die Beschäftigten von heute auch die Kenntnisse und Fähigkeiten für die
455 Arbeit von morgen erwerben können, haben wir unter anderem mit dem
456 Transformationszuschuss und dem Qualifizierungsgeld die **Weiterbildungsförderung** der
457 Bundesagentur für Arbeit **erneuert** und erreichen damit den kleinen Handwerksbetrieb
458 oder Dienstleister ebenso wie den DAX-Konzern.

459 Unser Ziel ist ein **Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart** in allen
460 Lebensphasen. Berufsbilder sollten so weiterentwickelt werden, dass die Beschäftigten
461 mit Weiterbildung über den gesamten Lebenslauf hinweg mit neuen Entwicklungen Schritt
462 halten können.

463 **Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit** ist unsere Antwort auf den immer
464 noch existenten Gender Pay Gap. Mehr Tarifbindung ist auch insoweit wichtig, denn mit
465 Tarifvertrag erfolgen Einstufung und Bezahlung oft gerechter. Mini-Jobs sind
466 vorgezeichnete Wege in die Altersarmut. Sie müssen ausschließlich Schülerinnen und
467 Schülern, Studierenden und Menschen im Rentenalter vorbehalten sein.

468 Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf Arbeit. Deshalb soll jeder
469 Bürgergeldbezieher ein passendes Angebot erhalten. Wir setzen dafür auf eine **stärkere**
470 **Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik**. Wir wollen Arbeit statt
471 Arbeitslosigkeit finanzieren und werden deshalb den **Passiv-Aktiv-Transfer** ausweiten,
472 vereinfachen und gesetzlich verankern. Wir wissen, dass die meisten Menschen im
473 Bürgergeldbezug, die arbeiten können, auch arbeiten wollen. Das **Bürgergeld** ist eine
474 steuerfinanzierte Grundsicherung und kein bedingungsloses Grundeinkommen. Deswegen
475 wird zu Recht Mitwirkung eingefordert. An diesem Prinzip des Forderns halten wir
476 fest. Ziel des Bürgergelds ist es, Menschen mithilfe von Qualifizierung und
477 Weiterbildung zu unterstützen, die eigene Hilfebedürftigkeit zu beenden. Neben
478 Weiterbildung hat sich auch das Instrument des sozialen Arbeitsmarktes, der neue
479 Chancen einer sozialversicherten Arbeit nachzugehen eröffnet, bewährt. Wir haben die
480 Regelungen für den **sozialen Arbeitsmarkt** deshalb entfristet. Wir wollen so

481 Arbeitsuchenden Teilhabe ermöglichen und sie aus der Langzeitarbeitslosigkeit und dem
482 Bürgergeldbezug holen, und Perspektiven für die Aufnahme einer regulären
483 Beschäftigung schaffen.

484 Deutschland profitiert seit langem davon, dass wir ein Einwanderungsland sind. Wir
485 treten Menschen mit Respekt gegenüber, völlig egal, wo sie ihre Wurzeln haben; mit
486 klaren und nachvollziehbaren Regeln, weniger Bürokratie und einer deutlich
487 transparenteren und vereinfachten **Anerkennung von im Ausland erworbenen**
488 **Qualifikationen**. Fair gestaltete Einwanderung darf nicht zu Ausbeutung, Lohndumping,
489 unfairem Wettbewerb oder einer Erosion des Tarifgefüges beitragen. Durch den **Ausbau**
490 **und die dauerhafte und auskömmliche Finanzierung der für gelingende Integration**
491 **notwendigen Strukturen**, wie breit verfügbare Deutschsprachförderung und
492 Beratungsangebote, ermöglichen wir eine gelingende Einwanderung.
493 Wir werden das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterentwickeln**, und die
494 Digitalisierung der Verwaltungsentscheidungen vorantreiben. Zudem werden wir den
495 **Job-Turbo** zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter fortsetzen und ausweiten.

496 **4. Wir kämpfen dafür, dass gute Bildung für alle zuverlässig** 497 **gelingt.**

498 Gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland ist die Basis für eine
499 gute Zukunft unseres Landes. Für den einzelnen Menschen schafft sie die
500 Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben, für die Gesellschaft die Grundlage
501 für Zusammenhalt und Demokratie und für unsere Volkswirtschaft die Bedingungen für
502 wirtschaftliches Wachstum mit gut ausgebildeten Fachkräften. Gleichzeitig sind
503 berufstätige Eltern ebenso wie ihre Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber darauf
504 angewiesen, dass Kitas und Schulen allen Kindern verlässliche Betreuung und
505 gelingende Bildung garantieren. Ganz gleich, wie die Voraussetzungen sind, wir
506 wollen, dass gute Bildung unabhängig von der Lebenssituation gelingt. Nachfolgend
507 führen wir auf, wie wir das in die Tat umsetzen wollen.

508 ***Wir wollen, dass Bildung in Kita und Schule verlässlich für alle Kinder gelingt.***

509 Der Mangel an Fachkräften darf nicht zur Achilles-Ferse unseres Bildungssystems
510 werden. Gut qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl sind die entscheidende
511 Voraussetzung für mehr Kita-Plätze, den Ganztag im Grundschulalter, bessere
512 Bildungsqualität, einen Ausbau der Betreuungszeiten und eine Reduzierung von
513 Schließzeiten. Wir wollen daher eine **Fachkräfteoffensive für Kitas und Schulen**
514 **verbindlich zwischen allen Bundesländern vereinbaren**, die unter anderem den Ausbau
515 von Ausbildungskapazitäten, eine entlohnte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher,
516 multiprofessionelle Teams, die verstärkte Ansprache von Quereinsteigenden aus anderen
517 Berufen sowie den Ausbau vollzeitnaher Tätigkeit bei den meist weiblichen
518 Beschäftigten umfasst.

519 Kein Kind soll ohne die nötigen Grundfertigkeiten in die Schule starten – und keines
520 die Grundschule verlassen, ohne ausreichend sprechen, zuhören, lesen, schreiben und
521 rechnen zu können. Spätestens mit vier Jahren und bei der Einschulung muss der
522 Entwicklungsstand aller Kinder festgestellt und wenn nötig eine **verbindliche**
523 **Förderung** angeboten werden.

524 Wir wollen beste Bildung und Betreuung für Kinder, Verlässlichkeit für arbeitende
525 Eltern und gute Arbeit für die Beschäftigten in Kitas garantieren. Für eine gezielte
526 Förderung von **Kitas in benachteiligten Lagen** wollen wir auch mit Bundesmitteln ein
527 Startchancenprogramm schaffen und das **Startchancenprogramm an Schulen** sukzessive
528 ausbauen. Auch der **Digitalpakt Schule** muss fortgesetzt und inhaltlich
529 weiterentwickelt werden. Der ab 2026 schrittweise geltende **Rechtsanspruch auf**
530 **Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder** ist für mehr Chancengleichheit ebenso zentral
531 wie für mehr Verlässlichkeit in der Bildung – und er gilt! Dort, wo wir in
532 politischer Verantwortung sind, werden wir ihn zuverlässig einlösen und für eine gute
533 Qualität des Angebotes Sorge tragen.

534 ***Wir wollen, dass alle jungen Menschen ihren Ausbildungsweg frei wählen können.***

535 In Deutschland soll jeder junge Mensch das Beste aus sich und seinen Fähigkeiten
536 machen können. Allen jungen Menschen müssen alle Ausbildungswege offenstehen. Das ist
537 unser Versprechen vom **Aufstieg durch Bildung**.

538 Für junge Menschen am Beginn von Ausbildung oder Studium sind derzeit – noch mehr als
539 in der Bevölkerung insgesamt – die steigenden Lebenshaltungskosten das zentrale
540 Problem. Wir wollen deshalb die **Mindestausbildungsvergütung anheben**. Mit einer **Reform**
541 **des BAföG** wollen wir dafür sorgen, dass die Höhe der Ausbildungsförderung regelmäßig
542 an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst wird. Darüber hinaus müssen die
543 Bearbeitungszeiten für BAföG-Anträge verkürzt werden – durch weitere Digitalisierung
544 und Vereinfachung. Das erfolgreiche **Bundesprogramm Junges Wohnen** wollen wir **fortsetzen**
545 **und aufstocken**, um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Studierende zu
546 schaffen.

547 Darüber hinaus werden wir das **duale Studium** stärker fördern und die Schutzrechte des
548 Berufsbildungsgesetzes auch auf diesen Ausbildungsweg ausweiten.

549 ***Wir wollen gute Arbeitsbedingungen an Schulen und Kitas.***

550 Kitas und Schulen müssen **attraktive Lern- und Arbeitsorte mit guten**
551 **Arbeitsbedingungen sein**. Um auch bei den vielen anstehenden Neubauten und Sanierungen
552 bestmögliche Standards für zeitgemäße Kita- und Schulgebäude zu erfüllen, wollen wir
553 deshalb mehr Anreize für Träger schaffen.

554 ***Wir wollen das Bildungssystem fit machen für die Einwanderungsgesellschaft.***

555 Unsere Einwanderungsgesellschaft braucht ein Bildungssystem, das Kindern
556 unterschiedlicher Herkunft **alle Möglichkeiten eröffnet, Kitas und Schulen mit Erfolg**
557 **zu besuchen**. Wir wollen **Vielfalt auch in Bildungsplänen, Schulbüchern und in den**
558 **pädagogischen Berufen** widerspiegeln. Schüler*innen unterschiedlicher Herkunft sollen
559 sich mit ihnen identifizieren können.

560 Beste Bildung braucht eine **kraftvolle und nachhaltige gesamtstaatliche Finanzierung**.
561 Wir wollen deswegen die Erbschafts- und Schenkungssteuer reformieren, um **gezielt in**
562 **bessere Bildung für alle Kinder und Jugendlichen** investieren zu können. Wie schon
563 beim Startchancenprogramm wollen wir unsere Mittel gezielt dort einsetzen, wo
564 vorgefundene Nachteile bei den Bildungshintergründen von Elternhaus oder
565 Nachbarschaft zu Nachteilen für die Bildungschancen von Kindern werden.

5. Wir kämpfen für eine Finanzpolitik, die der Zukunft unseres

Landes dient.

Darüber reden, was alles nicht gut ist, das können viele. Wir wollen anpacken. Für eine gute Zukunft des Landes und unserer Kinder ist heute eine umfassende Modernisierung nötig. Dies gilt sowohl für die private Wirtschaft als auch für die öffentliche Daseinsvorsorge: von Kitas, Schulen und Hochschulen, über das Gesundheitssystem bis hin zur Pflege. Auch Klimaschutz (Erneuerbare Energien und Netze), Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, erhöhte Verteidigungsbereitschaft und verbesserte Verkehrsinfrastruktur bedürfen einer großen Modernisierungsanstrengung. Daher wollen wir eine Ära der Investitionen in die Zukunft begründen und zeitgleich für finanzielle Solidität sorgen. Dies erfordert einen gemeinsamen Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen.

Wir wollen, dass bei der Modernisierung unserer Infrastruktur alle gemeinsam anpacken.

Wir müssen in das Morgen, Übermorgen und auch in das Überübermorgen investieren. Die erforderlichen öffentlichen Investitionen müssen rasch getätigt werden, damit der vorhandene Investitionsstau aufgelöst wird und um bessere Voraussetzungen für private Investitionen zu schaffen. Eine Privatisierung von Infrastruktur bleibt ausgeschlossen. Wir stehen für eine generationengerechte Finanzpolitik, die notwendige Investitionen nicht länger auf künftige Generationen abwälzt. Unsere Finanzpolitik ist strategisch angelegt und sichert Wachstum ebenso wie den Wandel. Die Finanzierung des Wandels wird über stabile Staatsfinanzen gewährleistet. Wir möchten die Finanzierung von wichtigen Zukunftsinvestitionen auf allen Ebenen des Staates sicherstellen. Denn wir wollen verhindern, dass kommenden Generationen „Investitionsschulden“ vermachst werden, etwa ein sanierungsbedürftiges Schienennetz der Bahn, veraltete Schulgebäude oder abgewanderte Arbeitsplätze. Für die Finanzierung von langfristigen Investitionen ist es sinnvoll, Kredite aufzunehmen. Auf diese Weise werden die Finanzierungskosten über viele Jahre gerecht verteilt. Auch kommende Generationen übernehmen einen angemessenen Teil der Rückzahlung, denn diese Investitionen sollen sowohl den heutigen als auch den künftigen Wohlstand sichern und steigern.

Die Möglichkeit, öffentliche wie auch private Investitionen über **finanzielle Transaktionen** zu fördern, soll stärker genutzt werden, sowohl vom Bund als auch von den Ländern. Dies erlaubt das Grundgesetz bereits heute. Diese Art der Finanzierung schafft langfristige Planungssicherheit und ermöglicht die Ausweitung von notwendigen Zukunftsinvestitionen, bei gleichzeitiger Verteilung der Finanzierungslast auf die profitierenden Generationen. Wir können auf diesem Wege unter anderem die Eigenkapitalbasis von öffentlichen Unternehmen stärken und deren öffentliche Investitionen steigern.

Außerdem wollen wir die veralteten Kriterien der Konjunktur-Komponente der Schuldenregel an die aktuellen wirtschaftlichen Realitäten anpassen, damit unser Gemeinwesen gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für ein stetiges und hohes Investitionsniveau sorgen kann.

Die aktuelle Schuldenregel ist nicht auf die Herausforderungen unserer Zeit und der Zukunft ausgelegt. Deshalb wollen wir die **Schuldenregel im Grundgesetz so**

611 **reformieren**, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und in den
612 Wohlstand nicht behindert werden. Nur so wird das gute Leben auch kommender
613 Generationen möglich. Nur so werden die nötigen Spielräume für die verabredeten
614 Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung verlässlich gesichert. Zusätzlich gilt es,
615 die veralteten Kreditobergrenzen zu reformieren: Neben der Einführung von
616 Ausnahmetatbeständen für wichtige Zukunftsinvestitionen setzen wir uns für eine
617 flexiblere Ausgestaltung der Defizitregel selbst ein. Die Länder sollen Möglichkeiten
618 der Kreditaufnahme erhalten. Dies geschieht im Einklang mit den europäischen
619 Fiskalregeln.

620 Um in Krisenfällen mehr Sicherheit und langfristige Planung zu ermöglichen, streben
621 wir eine **Reform der Notlagenregelungen** an, so dass unser Staat jederzeit und
622 jahresübergreifend handlungsfähig ist.

623 Die **Tilgungsverpflichtungen** führen zu Einsparzwängen in künftigen Staatshaushalten.
624 Damit wird die finanzielle Krise künstlich verlängert und die Lasten einer einmaligen
625 Notsituation werden auf künftige Generationen verschoben. Wir setzen uns daher dafür
626 ein, diesen ungerechten Mechanismus zu ändern.

627 Wir müssen zum Beispiel kraftvoll in Bildung investieren, den sozial-ökologischen und
628 digitalen Strukturwandel bewältigen und die Infrastruktur landauf und landab
629 modernisieren. Nicht allein der Bund, auch Länder und Kommunen brauchen dafür die
630 nötigen finanziellen Spielräume. Wir schlagen deshalb einen **Zukunftspakt Bund,**
631 **Länder, Kommunen** vor. Dazu gehört die bereits beschriebene Reform der Schuldenregel,
632 um auch den Ländern mehr finanziellen Spielraum zu verschaffen. Darüber hinaus wollen
633 wir die höchsten Vermögen in unserem Land bei der Finanzierung der Gemeinschaft
634 stärker in die Verantwortung nehmen. Erbschafts- und Schenkungsteuer sowie
635 Vermögensteuer stärken dann die Einnahmeseite der Länder, denen das Aufkommen aus
636 diesen Steuern zusteht. Überdies sind die Länder dafür verantwortlich, den Kommunen
637 eine adäquate Finanzausstattung für die Bewältigung ihrer Aufgaben zukommen zu lassen.

638 Auf der **kommunalen Ebene** fällt ohnehin ein großer Teil der für den Strukturwandel
639 notwendigen Investitionen an. Gleichzeitig ist die finanzielle Situation vieler
640 Kommunen ernst. Das müssen und wollen wir ändern. Es bedarf endlich einer **Lösung des**
641 **spezifischen Problems der kommunalen Altschulden**. Dabei wollen wir dafür Sorge
642 tragen, dass auch die Situation der ostdeutschen Kommunen berücksichtigt wird, welche
643 ebenfalls durch unverschuldete Altlasten herausgefordert sind, etwa durch die
644 Situation der alten kommunalen Wohnungsgesellschaften oder das Anspruchs- und
645 Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG). Darüber hinaus setzen wir uns für
646 langfristige Unterstützung- und Finanzierungsvereinbarungen zwischen den staatlichen
647 Ebenen, vor allem für die Bereiche Bildung, Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur,
648 Städtebau, Wärmeplanung und Energieeffizienz ein. Außerdem sind **größere und moderne**
649 **Kapazitäten zur Infrastrukturplanung der Kommunen** erforderlich, etwa für
650 kommunenübergreifende Investitionsplanung oder gemeinsamen Personaleinsatz. Wir
651 wollen eine systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen erreichen. Über den
652 Deutschlandfonds wollen wir kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorger und
653 Verkehrsunternehmen durch Eigenkapitalzuschüsse bzw. langfristige Darlehen stärken.

654 Auf europäischer Ebene hat Next Generation EU einen entscheidenden Impuls für
655 nachhaltige Zukunftsinvestitionen gegeben. Wir wollen die europäische Wirtschaft und
656 ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Transformation unterstützen.

Wir wollen den **Mehrjährigen Finanzrahmen** reformieren und ihn stärker auf zentrale Politikbereiche der EU ausrichten, die einen erkennbaren europäischen Mehrwert liefern und in diesen verstärkt investieren. Die Rückzahlung von Next Generation EU darf nicht zulasten bereits jetzt unterfinanzierter Programme und strategisch wichtiger Investitionen gehen. Durch echte EU-Eigenmittel machen wir die EU finanziell unabhängiger von den nationalen Regierungen.

Die **Regionalförderung der EU** (Kohäsionspolitik) hat seit der Wiedervereinigung erheblich dazu beigetragen, strukturschwache Regionen Ostdeutschlands zu wettbewerbsfähigen und lebenswerten Regionen zu entwickeln. Dies muss auch zukünftig gesichert sein. Einer Zentralisierung der Kohäsionspolitik werden wir nicht zustimmen. Wir setzen uns dafür ein, die Kohäsionspolitik bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, damit der ökologische und digitale Strukturwandel gemeistert werden kann. Den Just Transition Fund werden wir auf alle Industrieregionen ausweiten.

Wir benötigen überdies eine Stärkung der Staatseinnahmen durch ein gerechtes Steuersystem. Dazu gehört auch, Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität weiter zu bekämpfen. So gilt es, **Umsatzsteuerbetrug** vor allem in bargeldintensiven Branchen weiter zurückzudrängen und die bisher ergriffenen Maßnahmen weiterzuentwickeln und zu ergänzen. Wir setzen uns für den Aufbau und die Stärkung einer Behörde im Kampf gegen Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Geldwäsche ein. Außerdem gehen wir weiterhin entschieden gegen Geldwäsche vor, schließen die Lücken im **Transparenzregister**, machen es wieder für die Zivilgesellschaft zugänglich und setzen uns für die effektive Bekämpfung von Vermögensverschleierung ein. Wir wollen weiter bei Steuervermeidung und schädlichem Steuerwettbewerb gegensteuern. Dazu gehört eine **Mitteilungspflicht über innerstaatliche Steuergestaltungen**. Außerdem setzen wir uns für eine **einheitliche Basis-Körperschaftsteuer von 15 Prozent auf einer einheitlichen Bemessungsgrundlage** in Europa ein.

Bei der Bewältigung der Generationenaufgabe Wiedervereinigung hat sich der **Solidaritätszuschlag** bewährt. Wir werden dieses Instrument weiterführen; es dient der Finanzierung der Transformation unseres Landes. In der Einkommensteuer haben wir 90 Prozent der Steuerpflichtigen bereits vor einiger Zeit von der Zahlung des Solidaritätszuschlags entlastet. Nur die Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen (10 Prozent) gehören zum Kreis der Soli-Zahler. Außerdem gehören Kapitalgesellschaften und Bezieher von Kapitalerträgen dazu. Wir stellen sicher, dass der Kreis der betroffenen Steuerpflichtigen nicht größer wird und nicht mehr Bürgerinnen und Bürger als heute den Soli entrichten.

Wir wollen, dass auch (Hoch-)Vermögende einen gerechten Beitrag zur Finanzierung der Investitionen in unsere Zukunft leisten.

In Deutschland werden Einkommen aus Arbeit stärker als Vermögen besteuert. Dies wollen wir verändern und mehr Steuergerechtigkeit schaffen. Eigentum gibt Sicherheit, aber Eigentum verpflichtet auch. Daher wollen wir die vermögensbezogene Besteuerung stärken und Spitzenvermögen stärker an der Finanzierung der Modernisierung unseres Landes und unserer Gemeinschaft beteiligen. Die **Erbschaft- und Schenkungsteuer** in ihrer heutigen Form ist nicht gerecht, denn die übermäßige Privilegierung großer Unternehmensvermögen führt dazu, dass bei der Übertragung solcher Multimillionen- oder Milliardenvermögen oftmals nur sehr wenig oder gar keine Steuern gezahlt werden.

703 Diese Ungerechtigkeit wollen wir abschaffen. Innerhalb des bestehenden progressiven
704 Steuertarifs führen wir eine effektive Mindestbesteuerung für große Betriebsvermögen
705 ein, die auch für vermögenshaltende Familienstiftungen gilt. Die persönlichen
706 Freibeträge wollen wir erhöhen, um den Vermögenspreissteigerungen seit der letzten
707 Anpassung Rechnung zu tragen. Das selbstgenutzte Familienheim bleibt auch in Zukunft
708 unangetastet. Die ausgesetzte **Vermögenssteuer** wollen wir für sehr hohe Vermögen
709 revitalisieren. Darüber hinaus unterstützen wir auch die von Brasilien im Rahmen der
710 G20 angestoßenen Pläne für eine **international koordinierte Mindeststeuer für**
711 **Superreiche**. Ein international abgestimmtes Vorgehen schafft notwendige Transparenz
712 über Vermögensanhäufung und macht Steuervermeidung unattraktiv. Die Steuereinnahmen
713 aus Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie Vermögenssteuer stehen den Ländern zu, in
714 deren Verantwortungsbereich die Bildungspolitik liegt. Es ist daher unser Ziel, dass
715 die Länder, die aufgrund unserer Reformen erzielten Mehreinnahmen für die dringend
716 erforderliche Stärkung und Modernisierung des Bildungssystems aufwenden.

717 Außerdem wollen wir die Abgeltungsteuer abschaffen und **Einkommen aus Kapital** wieder
718 über den Einkommensteuertarif besteuern. Anders als an den Finanzplätzen Paris oder
719 Mailand, werden Finanztransaktionen in Deutschland bisher nicht besteuert. Daher
720 wollen wir eine **Finanztransaktionssteuer** einführen. Dies soll möglichst im Einklang
721 mit unseren europäischen Partnern geschehen.

722 Wenn eine nicht selbst genutzte **Immobilie** privat verkauft wird, ist der Gewinn nach
723 Ablauf einer **Spekulationsfrist** von zehn Jahren aktuell steuerfrei. Das wollen wir
724 ändern und damit für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Außerdem werden auf diese Weise
725 Anreize für rein spekulative Immobilienkäufe reduziert und gleichzeitig Anreize für
726 langfristige Investitionen in Immobilien erhöht. Daraus können sich auch positive
727 Effekte auf das Angebot auf dem Wohnungsmarkt ergeben.

Beschäftigte und ihre Familien entlasten

728 Viel ist in diesen Zeiten in der Politik, der Wirtschaft und den Medien von
729 Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern die Rede. **Für uns sind das die, die viel**
730 **leisten – und nicht nur die, die sich viel leisten können.** Mit ihrer Arbeit – sei sie
731 bezahlt oder unbezahlt – sichern sie den Zusammenhalt und den Wohlstand in unserer
732 Gesellschaft. Das sind die vielen Beschäftigten in der Industrie, die Pflegekräfte,
733 Feuerwehrleute, Lehrkräfte, Handwerkerinnen und Handwerker, aber auch Menschen, die
734 sich um andere Familienmitglieder kümmern, beispielsweise um die Kinder oder auch um
735 pflegebedürftige ältere Menschen. Unser Respekt bemisst sich nicht an ihrem Gehalt.
736 Unser Respekt bemisst sich an ihrer Leistung, die sie viel zu oft unter enormen
737 Belastungen und ohne die Anerkennung erbringen, die sie verdienen. **Unseren Respekt**
738 **und unsere Anerkennung zeigen wir, indem wir für bessere Löhne, gerechte Steuern und**
739 **Abgaben, für sichere Arbeitsplätze und eine stabile Rente sorgen.**

740 Es gehört aber auch zu unserem Respekt, die Auswirkungen der Inflation abzufedern,
741 für bezahlbaren Wohnraum und ein verlässliches System von Bildung, Betreuung und
742 Pflege zu sorgen. Die Beschäftigten und ihre Familien brauchen Verlässlichkeit im
743 Alltag, Erleichterungen wie zum Beispiel eine Termingarantie beim Arzt und eben einen
744 Staat, der einfach funktioniert.

745 6. Wir kämpfen für ein bezahlbares Zuhause.

746 Wohnen ist ein Menschenrecht! Wer wohnt, hat eine kleine Heimat für sich und die
747 Familie. Wohnen definiert die Lebensqualität eines jeden von uns. Und wir stehen
748 dafür ein! Jeder Mensch hat ein Anrecht darauf, nicht nur ein Dach über dem Kopf,
749 sondern Sicherheit und Geborgenheit in einem bezahlbaren Zuhause zu finden. Deshalb
750 ist Wohnen für uns ein öffentliches Gut, das nicht allein dem privaten Markt
751 überlassen bleiben darf. **Das ist eine öffentliche Angelegenheit.** Wir wollen den
752 akuten Wohnraumangel mit einer Investitions-, Steuer- und
753 Entbürokratisierungsoffensive überwinden und Planungs- und Genehmigungsverfahren
754 beschleunigen. Wohnungslosigkeit wollen wir 2030 überwunden haben. Die Schaffung und
755 der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum ist eine staatliche Daueraufgabe. Wir stärken
756 gleichzeitig den privaten Wohnungsbau, in dem wir unter anderem durch einen weiteren
757 Bürokratieabbau gute Rahmenbedingungen für private Investitionen setzen. Mieterinnen
758 und Mieter wollen wir vor Mietwucher und Überforderung schützen.

759 **Wir wollen die Mietpreisentwicklung bremsen.**

760 Ende 2025 laufen die Mietpreisbremsen aus. Die Mietpreisbremse ist ein sehr gutes
761 Instrument, um die steigenden Mieten einzudämmen. Und wir wollen langfristig für
762 stabile und bezahlbare Mieten in angespannten Wohnungsmärkten sorgen. In
763 Ballungsgebieten soll Kurzzeitvermietung auf ein Mindestmaß reduziert werden. Die
764 **Mietpreisbremse** soll unbefristet gelten, um langfristig für stabile und bezahlbare
765 Mieten in angespannten Wohnungsmärkten zu sorgen. Wir werden dafür sorgen, dass die
766 Mietpreisbremse nicht durch zum Beispiel (teil-)möblierte und befristete
767 Wohnungsangebote umgangen werden kann. **Indexmietverträge** sollen nur noch an die
768 Entwicklung der Nettokaltmieten statt an die Inflationsrate gekoppelt sein dürfen.

769 **Zweckentfremdung** und Leerstand von Wohnraum durch Kurzzeitvermietung sind zu
770 unterbinden. Es soll mehr **Transparenz über Bestandsmieten und Neuvermietungs-mieten**
771 geben. **Mietwucher** muss wirksam unterbunden werden, unter anderem durch Verschärfung
772 des Wirtschaftsstrafrechts.

773 Wir wollen den dramatischen Anstieg der Mieten in Ballungsgebieten stoppen. Deswegen
774 wollen wir, dass in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt nur eine maximale
775 Mietsteigerung von sechs Prozent in drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete
776 gestattet ist. Den Mietspiegel-Betrachtungszeitraum wollen wir auf zehn Jahre
777 ausweiten und preisgebundenen Wohnraum in die Betrachtung einbeziehen. Die
778 Nebenkosten für Mieterinnen und Mieter sollen transparenter und einfacher
779 nachvollziehbar sein.

780 Die Grundsteuer ist eine Steuer auf Eigentum an Grund und Boden. Mieterinnen und
781 Mieter wollen wir bei der Grundsteuer entlasten. Die **Umlagefähigkeit der Grundsteuer**
782 darf deshalb nicht so weit gehen, dass der Eigentümer sämtliche Lasten auf die
783 Mietparteien umlegen darf.

784 Mit dem Wohngeld unterstützen wir gezielt Erwerbstätige sowie Rentnerinnen und
785 Rentner. Wir haben die Erweiterung des Wohngelds zu Wohngeld plus umgesetzt, das
786 heißt, deutlich mehr Menschen profitieren von einer Unterstützung. Im Wohngeldgesetz
787 haben wir außerdem die regelmäßige automatische Erhöhung des Wohngelds an die reale
788 Preis- und Mietpreisentwicklung festgeschrieben. Ähnlich wollen wir auch für Menschen
789 in Ausbildung eine regelmäßige und **automatische Erhöhung der BAföG-**
790 **Wohnkostenpauschale** festschreiben. Die Unterstützung muss kontinuierlich den realen
791 Mietpreisentwicklungen folgen.

792 **Wir wollen, dass mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden.**

793 Um das Angebot bezahlbaren Wohnraums mittel- und langfristig zu stabilisieren, sind
794 gemeinschaftliche Kraftanstrengungen für schnelleres Bauen und eine soziale
795 Bodenpolitik notwendig. Wir wollen dafür die richtigen Rahmenbedingungen und Impulse
796 setzen.

797 Wir wollen die **Investitionen in den sozialen Wohnungsbau** auf hohem Niveau stärken und
798 verstetigen. Wir werden künftig staatliche Bedarfsprognosen nach Regionen
799 differenzieren. Das ist die Grundlage für die Neubauziele der Bundesregierung und für
800 die dazu notwendige Förderung. Über den Deutschlandfonds werden wir
801 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften mit dem nötigen Eigenkapital
802 versorgen und damit den Wohnungsbau ankurbeln.

803 Der Bund geht mit einer neuen **bundeseigenen Wohnungsgesellschaft** voran, um durch
804 eigene Wohnraumförderung den Markt zu entlasten und Wohnraum für Angestellte und
805 Beamte des Bundes zu schaffen. Das **Genossenschaftsprogramm** soll verstetigt und
806 ausgebaut werden.

807 Wir wollen die in vielen Regionen rasante Preisentwicklung bei Grund und Boden
808 stoppen. Wir brauchen eine **Trendwende zu einer sozialen Bodenpolitik**, denn Boden ist
809 ein unvermehrbares Gut. Seine Nutzung soll auch dem Gemeinwohl dienen. Um eine
810 langfristige und nachhaltige Stadtentwicklung zu ermöglichen, müssen Kommunen beim
811 Aufbau von **Bodenfonds** unterstützt werden. Es sollen Modelle unterstützt werden, durch
812 die Kommunen von **Bodenwertsteigerungen** durch Planung profitieren. Das **Vorkaufsrecht**
813 **für Kommunen** muss gestärkt werden.

814 Baukosten müssen gesenkt und Verfahren beschleunigt werden. Unser Ziel: Der
815 **Bürokratieabbau** muss fortgesetzt werden und die Bauverwaltung einen
816 Digitalisierungsschub erhalten. Zuviel Bürokratie und fehlende Digitalisierung
817 verlängern Prozesse und Entscheidungswege. Das **Bündnis bezahlbarer Wohnraum** soll
818 verstetigt und ausgebaut werden. Vereinfachte Baustandards wie der Gebäudetyp E
819 müssen weiterentwickelt werden. Im **seriellen und modularen Bauen** stecken große
820 Potenziale, die wir heben wollen. Förderprogramme im Baubereich sollen zukünftig zu
821 festen Förderkonditionen für die Dauer der Legislaturperiode verlässlich angeboten
822 werden.

823 **Barrierefreiheit und lebensphasengerechtes Wohnen** sind unser Ziel. Wir wollen den
824 Abbau von Barrieren für generationenübergreifendes gemeinschaftliches Leben fördern.
825 Barrierefreiheitsoll als Standard stärker in der Fördersystematik verankert werden.

826 ***Wir wollen den Traum vom Wohneigentum unterstützen.***

827 Viele Menschen träumen von den eigenen vier Wänden. Aber diese Träume sind immer
828 schwieriger zu erreichen. Auch hier packen wir an. Wir wollen, dass Träume vom
829 Eigenheim Wirklichkeit werden können. Wohneigentum dient der Wohnraumversorgung und
830 ist darüber hinaus Teil der Vermögensbildung und Alterssicherung. Das Programm „**Jung**
831 **kauft Alt**“ wollen wir verstetigen und ausbauen. Es hilft besonders der
832 Eigentumsförderung junger Familien, die vor allem in kleinen Städten und Gemeinden
833 auf der Suche nach einem Eigenheim sind. Durch zinsgünstige Kredite und Zuschüsse zur
834 energetischen Sanierung bekommen sie die Chance, sich ihren Traum zu erfüllen.
835 Zugleich leistet das Programm einen wichtigen Beitrag für lebenswerte Innenstädte und
836 Dörfer, insbesondere in den ländlichen Regionen.

837 Um eine soziale und demografische Stabilität in den Gemeinden zu gewährleisten,
838 sollen außerdem **Einheimischen-Modelle** und **Konzeptvergaben** bei der Vergabe von Bauland
839 gestärkt werden. Einheimischen-Modelle ermöglichen es Kommunen, ortsansässigen
840 Familien und Personen vergünstigtes Bauland anzubieten. Dies gibt wiederum
841 insbesondere jungen Familien die Chance, in ihrer Heimatgemeinde Eigentum zu
842 erwerben, und trägt dazu bei, den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu stärken.
843 Gleichzeitig wirken diese Modelle spekulativen Preissteigerungen entgegen.

844 Mit Konzeptvergaben wird gewährleistet, dass die Vergabe von Grundstücken nicht
845 ausschließlich nach Höchstgeboten erfolgen muss. Soziale Durchmischung, nachhaltiges
846 Bauen und innovative Wohnformen sollen besonders berücksichtigt werden. Dadurch
847 können Kommunen gezielt Projekte fördern, die langfristig einen Mehrwert für das
848 Gemeinwesen schaffen, zum Beispiel Wohnen für Alleinerziehende, genossenschaftliche
849 Wohnprojekte oder generationenübergreifendes Wohnen.

850 **7. Wir kämpfen für Arbeit, die ein gutes Leben ermöglicht.**

851 Wer jeden Tag arbeitet, muss ein selbstbestimmtes Leben mit einem guten Auskommen
852 führen können. Wir wollen für eine gerechtere Verteilung des erarbeiteten Wohlstands
853 sorgen. Wir stehen sowohl für gerechte Bezahlung als auch für gerechte Besteuerung.

854 ***Wir wollen guten Lohn für alle.***

855 Die Höhe des **gesetzlichen Mindestlohns** muss sich an den Empfehlungen der europäischen
856 Richtlinie orientieren, also an mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens in

857 Deutschland. Wir werden dafür sorgen, dass dieses europäische Recht von der
858 Mindestlohnkommission künftig berücksichtigt wird. Dementsprechend muss der
859 Mindestlohn spätestens ab 2026 bei 15 Euro liegen.

860 Gerade in Ostdeutschland, wo viele Regionen nach wie vor mit niedrigeren
861 Durchschnittslöhnen und einer geringen Tarifbindung zu kämpfen haben, und in den
862 Berufen, die viele Frauen ausüben, ist wegen der oft schlechten Bezahlung der
863 gesetzliche Mindestlohn von enormer Bedeutung. Entscheidend bleibt aber, die
864 Tarifbindung zu stärken, um die Löhne in Ostdeutschland zu stärken und langfristige
865 Löhne oberhalb des Mindestlohns zu sichern.

866 Wir werden die **Tarifbindung deutlich erhöhen**. Wer mit Tarifvertrag arbeitet, bekommt
867 höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Wir werden mit einem
868 **Bundestariftreuegesetz** dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge des Bundes nur an
869 Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen. Dieser Grundsatz muss
870 auch für europäische öffentliche Aufträge gelten. Deshalb setzen wir uns auch für ein
871 **europäisches Tariftreuegesetz** ein. Wenn öffentliche Gelder und Fördermittel für die
872 Bewältigung der Transformation von Unternehmen eingesetzt werden, sollen sie
873 konsequent an die Kriterien Tarifbindung, Standortentwicklung,
874 Beschäftigungssicherung und Qualifizierungsstrategien gebunden werden. Wir werden die
875 **Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen** erleichtern und ein
876 **Verbandsklagerecht für Gewerkschaften** einführen.

877 Das Streikrecht gewährleistet Tarifverhandlungen auf Augenhöhe. Die Sozialdemokratie
878 erteilt allen Versuchen, das **Streikrecht** einzuschränken, eine klare Absage.

879 Wir wollen die Ungerechtigkeit beenden, dass Frauen immer noch weniger verdienen als
880 Männer, und deswegen die EU-Entgelttransparenzrichtlinie bis 2026 in nationales Recht
881 umsetzen. Wir werden das deutsche Entgelttransparenzgesetz zu einem **wirksamen**
882 **Lohnungerechtigkeitsgesetz** weiterentwickeln. Wir setzen uns zudem weiter für eine
883 Aufwertung der sozialen Dienstleistungsberufe ein.

884 **Wir wollen, dass 95 Prozent der Steuerzahlenden mehr Netto vom Brutto haben.**

885 Wir sind die Partei der Mitte. Und als solche setzen wir uns auch dafür ein, dass die
886 arbeitende Mitte der Gesellschaft mehr Netto vom Brutto erhalten soll. Das aktuelle
887 Steuersystem belastet Arbeitseinkommen relativ stark, Vermögen hingegen relativ
888 gering. Das ist nicht gerecht und deshalb wollen wir das ändern. Der
889 **Einkommensteuertarif** nimmt derzeit gerade mittlere Einkommen relativ stark in
890 Anspruch. Wir wollen **die große Mehrheit der Einkommensteuerpflichtigen entlasten**
891 **(etwa 95 Prozent)** und dafür unter anderem **Spitzeneinkommen und -vermögen** stärker an
892 der Finanzierung des Gemeinwohls und der Modernisierung unseres Landes beteiligen.
893 Aufgrund von **Steuerbürokratie** geben viele Einkommensteuerpflichtige aktuell keine
894 Steuererklärung ab und verzichten somit auch auf mögliche Erstattungen. Wir wollen
895 Steuerbürokratie abbauen: Die **vorausgefüllte Einkommensteuererklärung** soll zum
896 Standard werden. Sobald diese vorliegt, werden die Steuerpflichtigen durch die
897 Finanzbehörden aktiv darüber informiert. Mögliche **Erstattungen** sollen **automatisch**
898 erfolgen. Damit sich Mehrarbeit auszahlt, werden Zuschläge für Mehrarbeit, die über
899 die tariflich vereinbarte Vollzeitarbeit hinausgehen, steuer- und beitragsfrei
900 gestellt. Wir werden einen neuen steuerlichen Anreiz zur Ausweitung der Arbeitszeit
901 von Teilzeitbeschäftigten schaffen: Wenn Arbeitgeber eine Prämie für die Ausweitung

902 der Arbeitszeit zahlen, werden wir diese Prämie steuerlich begünstigen. Missbrauch
903 werden wir ausschließen.

904 **Wir wollen bezahlbare Lebensmittelpreise.**

905 Die Preise für Lebensmittel sind seit der Corona-Pandemie empfindlich gestiegen.
906 Davon profitieren aber nicht die Erzeuger, sondern wenige große Lebensmittelkonzerne.
907 Und es belastet vor allem Familien, Alleinerziehende oder von Armut betroffene
908 Menschen.

909 Höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen, die sich konsequent an der Entwicklung der
910 Lebenshaltungskosten orientieren, sind darauf eine wesentliche, aber nicht die
911 einzige Antwort.

912 In Zeiten steigender Preise gerade für die Lebensmittel des täglichen Bedarfs wollen
913 wir den ermäßigten **Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel von sieben Prozent auf fünf**
914 **Prozent senken**. Damit unterstützen wir die Bürgerinnen und Bürger nach Jahren der
915 massiven Preissteigerungen. Die Erfahrung zeigt, dass bei einer Senkung der
916 Mehrwertsteuer die Händler den überwältigenden Teil der Steuersenkung an
917 Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. Die Senkung der Mehrwertsteuer kommt
918 bei allen Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Einkauf an, denn auf den Kauf von
919 Grundnahrungsmitteln kann niemand verzichten. Die Senkung der Mehrwertsteuer hilft
920 insbesondere Haushalten mit geringeren Einkommen, da die Ausgaben für Lebensmittel
921 einen besonders hohen Anteil am Einkommen ausmachen.

922 Zudem müssen wir die Marktmacht der wenigen großen Lebensmittelhändler scharf
923 beobachten, die zu übermäßigen Preissteigerungen zwecks Ausdehnung der Gewinnmargen
924 führen kann. Dazu wollen wir **die zuständigen Behörden stärken**, die die Entwicklung
925 und Zusammensetzung ausgewählter Lebensmittelpreise von der Produktion bis zum
926 Verkauf transparent und öffentlich machen. Die zuständigen Behörden sollen prüfen, ob
927 es zu wettbewerbsrechtlichen Verstößen kommt.

928 **8. Wir kämpfen für stabile Renten.**

929 Die gute Absicherung im Alter ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaats. Wer
930 jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat, muss auf dieses Versprechen vertrauen können.
931 Der Wert der Arbeit spiegelt sich auch in guten Renten im Alter. Dies gilt auch für
932 die heute jungen Menschen, die jetzt ins Erwerbsleben kommen und viele Jahre Beiträge
933 zahlen werden. Wir lehnen die Rentenkürzungspläne von Union und FDP ab.

934 **Wir wollen, dass Deine Arbeit auch in der Rente ihren Wert behält.**

935 Die gesetzliche Rentenversicherung ist die erste starke Säule der Alterssicherung und
936 muss es bleiben. Es geht uns um einen guten Lebensstandard im Alter. Das
937 Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss deshalb stabilisiert werden. Für die
938 Lebensstandardsicherung müssen aber auch die zweite, betriebliche Säule und die
939 dritte, private Säule stärker gefördert werden, damit insbesondere Geringverdiener
940 überhaupt die Chance bekommen, vorzusorgen.

941 Wir sorgen dafür, dass das Niveau der **gesetzlichen Rentenversicherung** dauerhaft bei
942 mindestens 48 Prozent gesichert wird. Dies ist auch im Interesse derjenigen, die in
943 Zukunft in Rente gehen. Denn nach geltendem Recht läuft diese Stabilisierung des
944 Rentenniveaus schon zum 1. Juli 2025 aus. Damit würde es in Zukunft sinken bzw.

945 stärker von der allgemeinen Lohnentwicklung entkoppelt. Auch wenn die Renten in
946 absoluten Werten nicht sinken, wäre dies faktisch eine Rentenkürzung in der Zukunft.
947 Ein abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird mit der SPD auch
948 künftig zwei Jahre früher möglich bleiben. Das haben sich gerade Menschen verdient,
949 die früh begonnen haben zu arbeiten. **Eine Anhebung der Regelaltersgrenze lehnen wir**
950 **ab.**

951 Wir haben die Grundrente eingeführt und die Leistung für Erwerbsgeminderte
952 verbessert. Darauf werden wir aufbauen.

953 Wir wollen all diejenigen besser unterstützen, die nach dem Erreichen des
954 Rentenalters noch weiterarbeiten wollen. Darum schaffen wir das
955 Vorbeschäftigungsverbot ab, es kann also ein neuer befristeter Arbeitsvertrag mit
956 demselben Arbeitgeber geschlossen werden. Für alle, die das Rentenalter erreicht
957 haben, soll der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung und auch der
958 Rentenversicherung direkt an die Beschäftigten ausgezahlt werden. Zudem sollen sie
959 anstelle monatlicher Zuschläge auf die Rente auch eine Einmalzahlung in Anspruch
960 nehmen können.

961 Wir wollen mehr Erwerbstätige in die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung
962 einbeziehen. Wir wollen alle Selbstständigen absichern, die oft ein hohes
963 Schutzbedürfnis haben. Dabei kommt es auf gute Lösungen an, die auch bei zunehmenden
964 Wechseln der Beschäftigungsform eine grundlegende Altersabsicherung und eine
965 Versicherung gegen das Risiko der Erwerbsminderung bieten.

966 Die Hinterbliebenenrenten wollen wir verbessern, indem wir die Anrechnung von
967 Einkommen anpassen.

968 Wir wollen eine attraktive **betriebliche Altersvorsorge** stärker fördern, die im Rahmen
969 von Tarifverträgen ausgestaltet werden kann. Angebote ohne Beitragsgarantie, aber mit
970 höherer Renditeerwartung wollen wir stärker verbreitern. Hierzu werden wir
971 insbesondere die steuerliche Förderung der Betriebsrente für Geringverdiener
972 ausbauen.

973 Eine ergänzende **private Altersvorsorge** kann einen Beitrag dazu leisten, den
974 Lebensstandard im Alter zu halten. Staatliche Förderung für private Altersvorsorge
975 wollen wir nur für solche neuen Altersvorsorgeprodukte zulassen, deren Kosten
976 transparent und gedeckelt sind. Die staatliche Förderung soll differenziert
977 ausgestaltet und auf kleine und mittlere Einkommensbezieher konzentriert werden, die
978 sich sonst gar keine oder nur eine geringe private Altersvorsorge leisten können.

979 **9. Wir kämpfen für einen verlässlichen Alltag für Familien.**

980 Familie – das ist dort, wo Menschen aufeinander achtgeben und füreinander eintreten
981 wollen. Familie heißt, verbunden und geborgen zu sein. Familie – dahinter steckt ein
982 Wertesystem aus Verantwortung, Fürsorge, Liebe und Respekt. Familie fängt uns auf,
983 gibt uns Schutz, Kraft und Mut für die manchmal raue Außenwelt. Auch unsere
984 Demokratie ist in der Familie angelegt, denn im Familienrat werden alle gehört, alle
985 haben eine Stimme. Eine Gesellschaft wird davon geprägt, wie gut es den Familien
986 geht.

987 Was Familien für unsere Gesellschaft leisten, dürfen wir nicht als selbstverständlich
988 erachten. Doch von warmen Worten alleine hat es die Familie nicht leichter. Wir

989 machen Familien stark. Wir setzen auf ein Maßnahmenpaket, um Kinderarmut weiter zu
990 bekämpfen: mit der Unterstützung der Erwerbseinkommen durch Wohngeld, Kindergeld und
991 Kinderzuschlag, mit Angeboten von Betreuung, Bildung und Pflege, auf die man sich
992 verlassen kann. Denn der Alltag von Familien ist auch ohne Unterrichtsausfall und
993 überraschende Schließzeiten stressig genug.

994 **Wir wollen den Eltern mehr Zeit für die Familie geben und Partnerschaftlichkeit**
995 **fördern.**

996 Für ein gelingendes Familienleben brauchen berufstätige Eltern Zeit und den nötigen
997 Freiraum, um ihren Alltag partnerschaftlich zu organisieren. Wir wollen deshalb eine
998 **Familienstartzeit einführen**: Väter oder Partnerinnen und Partner sollen sich für die
999 ersten zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes bei voller, umlagefinanzierter
1000 Lohnfortzahlung freistellen lassen können. Wir wollen einen **gestaffelten Mutterschutz**
1001 bei Fehlgeburten einführen. Wir halten es zudem für richtig, dass die nächste
1002 Bundesregierung ein Konzept für einen **Mutterschutz für Selbstständige** entwickelt.

1003 Das **Elterngeld und die Elternzeit** bleiben eine Erfolgsgeschichte. Während andere hier
1004 kürzen wollen, setzen wir auf eine Weiterentwicklung, um noch stärkere Anreize für
1005 Väter zu setzen, deren Verhandlungsposition am Arbeitsplatz zu stärken und Familien
1006 in der frühen Phase besser zu unterstützen. Jeder Elternteil soll Anspruch auf sechs
1007 nicht übertragbare Monate Elterngeld erhalten. Zusätzlich gibt es weitere sechs
1008 Monate, die frei auf beide Elternteile verteilt werden können. **Damit steigt die**
1009 **Gesamtzahl der Elterngeldmonate von jetzt 14 auf 18 Monate.**

1010 Die konkrete Ausgestaltung der Arbeitszeit ist ein Kernbestandteil der
1011 Tarifautonomie. Die Tarifvertragsparteien können in den Branchen besser die
1012 jeweiligen Bedürfnisse und Gegebenheiten beurteilen und passgenaue Lösungen finden.
1013 Wir unterstützen die Gewerkschaften in dem gemeinsamen Ziel, dem gesteigerten
1014 Bedürfnis der Beschäftigten nach flexibleren Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung
1015 oder mehr Wahloptionen und einer damit einhergehenden besseren Vereinbarkeit von
1016 Arbeit und Freizeit Rechnung zu tragen.

1017 **Wir wollen Eltern und Familien entlasten.**

1018 Um Eltern im Alltag wirksam zu entlasten, braucht es darüber hinaus eine **gute und**
1019 **verlässliche Infrastruktur für Bildung, Betreuung und Alltagshilfen**. Familien müssen
1020 sich auf die Bildung und Betreuung in Kitas und Schulen verlassen können – in
1021 zeitlicher und auch in qualitativer Hinsicht. Alle Kinder sollen von Anfang an beste
1022 Chancen für ein gutes Aufwachsen haben. Sie sollen die Unterstützung bekommen, die
1023 sie brauchen.

1024 Wir wollen Familien helfen, den alltäglichen Spagat zwischen Kindererziehung, Arbeit,
1025 Haushalt, Pflege und auch Erholung besser bewältigen zu können. Mit einem jährlichen
1026 Familienbudget für Alltagshelfer wollen wir sozialversicherungspflichtige
1027 haushaltsnahe Dienstleistungen direkt fördern und einfach digital zugänglich machen.
1028 Das hilft auch im Kampf gegen Schwarzarbeit.

1029 Wir wollen die **Frühen Hilfen** für Familien in belasteten Lebenslagen schrittweise bis
1030 zum Ende der Grundschulzeit ausweiten. Die derzeitige Trennung von Jugendhilfe,
1031 Schule und Gesundheitsleistungen wollen wir überwinden und die Angebote
1032 zusammenführen, vor allem in **Familienzentren an Kitas und Schulen, die alle Familien**

1033 **erreichen.**

1034 In allen Bildungseinrichtungen setzen wir uns für eine **gute und kostenfreie**
1035 **Verpflegung** ein. Dabei werden wir die Empfehlungen des Bürgerrats zum Thema
1036 „Ernährung im Wandel“ beachten. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir dafür sorgen,
1037 dass alle Kita-Kinder und alle Schülerinnen und Schüler in den Einrichtungen ein
1038 gesundes und kostenloses Mittagessen erhalten. Wir wollen die **Besteuerung von**
1039 **Familien reformieren** und für Paarfamilien die bereits eingeleitete Überführung der
1040 Steuerklassen-Kombination III/V in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV umsetzen.
1041 Für Alleinerziehende wollen wir den Entlastungsbetrag in einen Abzug von der
1042 Steuerschuld umwandeln.

1043 ***Wir wollen soziale Teilhabe für Kinder und Familien sichern.***

1044 Mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags haben wir eine bessere
1045 Unterstützung von Familien erreicht. Wir wollen, dass Familien mit eigenem niedrigen
1046 Lohneinkommen mit einer Kombination aus **Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld** nicht
1047 auf ergänzendes Bürgergeld angewiesen sind. Mit einer **zentralen Ansprechstelle** soll
1048 die Zugänglichkeit dieser Leistungen weiter verbessert und die (digitale) Beantragung
1049 weiter erleichtert werden. Wo möglich sollen Leistungen automatisch beantragt und
1050 ausgezahlt werden.

1051 Einsamkeit kann jeden Menschen betreffen. Es ist eine komplexe gesellschaftliche
1052 Herausforderung mit zahlreichen möglichen negativen Auswirkungen auf die Gesundheit
1053 und das soziale Miteinander. Wir setzen uns für eine grundlegende Erforschung und
1054 Bekämpfung von Einsamkeit ein.

1055 ***Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen stark und sicher aufwachsen können.***

1056 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf echte Mitbestimmung! Wir werden **starke**
1057 **Kinderrechte** auch im Grundgesetz verankern, um Schutz, Beteiligung und Förderung
1058 sicherzustellen. Ab 16 Jahren sollen junge Menschen mitentscheiden können, deswegen
1059 **senken wir das aktive Wahlalter**. Auf allen Ebenen sollen Jugendliche aktiv in
1060 politische Prozesse einbezogen werden, und ihre Beteiligung in Jugendhilfeausschüssen
1061 wird gesetzlich verankert. Jugendverbände, Jugendparlamente und ähnliche Strukturen
1062 leisten eine wichtige Arbeit. Wir wollen sie weiter unterstützen.

1063 Es geht darum, junge Menschen zu **selbstbestimmten und selbstbewussten Bürgerinnen und**
1064 **Bürgern** zu erziehen. Gerade in Schulen muss **Demokratiebildung** in allen Bereichen
1065 **gelebt werden** – indem Kinder und Jugendliche alles, was die **Schulgemeinschaft, ihre**
1066 **Lernprozesse und Lerninhalte** betrifft, aktiv mitgestalten können.

1067 Auch das **Engagement in der Zivilgesellschaft** ist für Kinder und Jugendliche eine
1068 wertvolle Erfahrung und muss als Teil ihrer Bildung gesehen werden. Ein
1069 **Freiwilligendienst** bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich für ihre Gemeinschaft
1070 einzusetzen und dabei wertvolle soziale Kompetenzen zu entwickeln. Derzeit gibt es
1071 vielerorts mehr Interessentinnen und Interessenten als Plätze. Wir wollen daher **die**
1072 Finanzierung der **Freiwilligendienste** auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung
1073 weiterentwickeln.

1074 Das „Taschengeld“ wollen wir so ausgestalten, dass auch Jugendliche aus
1075 einkommensärmeren Haushalten sich für einen Freiwilligendienst entscheiden können.

1076 Kinder und Jugendliche haben ein **Recht darauf, ohne Gewalt aufzuwachsen**. Wir wollen

1077 das Familienrecht stärker an den Kinderrechten orientieren und Anreize für
1078 Schutzkonzepte in allen Einrichtungen schaffen, in denen sich Kinder und Jugendliche
1079 regelmäßig aufhalten.

1080 Wir wollen **strengere Regulierungen, Werbebeschränkungen und Altersgrenzen** für Energy-
1081 Drinks, Alkohol, Einweg-Zigaretten und neuartige Nikotinprodukte. Zusätzlich stärken
1082 wir mit Aufklärungskampagnen und präventiven Maßnahmen in Schulen das Bewusstsein für
1083 die Gefahren. Um den Zucker-, Salz- und Fettgehalt in unseren Lebensmitteln zu
1084 reduzieren, legen wir verbindliche Ziele fest und setzen ökonomische Anreize für
1085 weniger gesundheitsschädliche Produkte – über eine Herstellerabgabe für zuckerhaltige
1086 Getränke.

1087 **10. Wir kämpfen für eine gute Gesundheitsversorgung in Stadt und** 1088 **Land.**

1089 Das Gesundheitssystem und die Qualität der Leistungen hängen für zu viele Menschen
1090 spürbar von ihrem Lohn und Geldbeutel ab. Wir kämpfen für ein Gesundheitssystem, das
1091 gerecht ist – für alle, überall im Land. Unabhängig von Einkommen und Wohnort sollen
1092 jeder und jede schnellen Zugang zu einer hochwertigen Versorgung haben. Mit Maßnahmen
1093 wie einer Termingarantie, der Begrenzung finanzieller Belastungen und solidarischen
1094 Finanzierungsmodellen sorgen wir für mehr Sicherheit und Verlässlichkeit im
1095 Gesundheitswesen. Wir setzen auf Prävention, regionale Versorgungsnetze,
1096 Digitalisierung sowie auf mehr Gemeinwohl statt Profit und stellen die Versicherten
1097 in den Mittelpunkt, ohne sie finanziell zu überfordern.

1098 ***Wir wollen in unserem Land ein Gesundheitssystem, in dem alle den gleichen Zugang zu***
1099 ***gleicher Qualität haben und das keinen finanziell überfordert.***

1100 Die Gesundheit aller ist Indikator dafür, wie ein Land Politik macht. Unser Ziel ist
1101 ein **gerechtes Gesundheitssystem**, das unabhängig von Krisen eine schnelle und
1102 qualitätsvolle Versorgung sichert, ohne die Menschen finanziell zu überlasten. Die
1103 **Unterschiede bei Wartezeiten und Behandlungsmöglichkeiten** zwischen privat und
1104 gesetzlich Versicherten müssen **dringend beseitigt** werden.

1105 Wir wollen die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt stellen.
1106 Deshalb streben wir Reformen an, die Effizienz und Qualität verbessern. Zugleich
1107 unterstützen wir eine bessere Prävention, wodurch wir auch Kosten senken können.
1108 Leistungsverschlechterungen für die Patientinnen und Patienten lehnen wir ab. Wir
1109 setzen auf ein **solidarisches System**, das allen Menschen gleichen Zugang zu
1110 Gesundheitsleistungen in gleicher Qualität ermöglicht. Der Finanzausgleich zwischen
1111 den Krankenkassen soll dabei gerechter ausgestaltet werden, und auch die privaten
1112 Versicherungen sollen zum Risikostrukturausgleich beitragen. Ein solidarisches
1113 Finanzierungssystem schafft Vertrauen und nimmt den Bürgerinnen und Bürgern die Sorge
1114 vor finanziellen Belastungen. **Versicherten dürften nicht durch ihre Wahl der**
1115 **Krankenkasse benachteiligt werden.** Deshalb stärken wir das beitragsfinanzierte
1116 Umlagesystem. Krankenkassen und private Krankenversicherungen bilden so ein System
1117 einer **solidarischen Bürgerversicherung aus.**

1118 Die Beiträge der Versicherten sollen sich noch stärker als jetzt an ihrer
1119 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientieren. Unser Ziel ist zudem ein
1120 **einheitliches und einfaches Vergütungssystem**, das zugleich die Vorhaltekosten der

1121 Leistungserbringer absichert. **Versicherungsfremde Aufgaben** im Gesundheitswesen wollen
1122 wir zukünftig verstärkt **aus Steuermitteln** finanzieren. So bleiben die Beiträge für
1123 Versicherte sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stabil, und die Ungleichheiten
1124 zwischen verschiedenen Versichertengruppen werden beendet. Wir wollen, dass alle
1125 Hilfe und Termine bekommen und schnell und gut in jeder Lebenslage versorgt werden.

1126 Bei der Gesundheit stehen für uns die Menschen im Mittelpunkt: als Ratsuchende,
1127 Behandlungs- und Pflegebedürftige oder Angehörige, aber auch als Beschäftigte in
1128 medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Berufen. Sie alle denken wir mit,
1129 wenn wir das System durch die Herausforderungen des demografischen Wandels navigieren
1130 und die Chancen der Digitalisierung nutzen wollen.

1131 Denn jeder und jede sollen in Deutschland auf eine **erreichbare und qualitativ**
1132 **hochwertige Gesundheitsversorgung** vertrauen können. Dafür setzen wir den
1133 eingeschlagenen Weg zur Stärkung der Versorgungssicherheit fort. Wir haben eine
1134 längst überfällige Reform zur Verbesserung der Versorgungsqualität in unseren
1135 Krankenhäusern durchgesetzt und Maßnahmen für eine **bessere ambulante Versorgung** – wie
1136 beispielsweise die Entbudgetierung der Hausärztinnen und Hausärzte, die Erleichterung
1137 der Gründung von kommunalen MVZ und die Einführung der Advanced Practice Nurse und
1138 Gemeindeschwestern – vorbereitet. Diese möchten wir künftig ebenfalls umsetzen.

1139 Diesen erfolgreichen Kurs werden wir fortführen und die Versorgungssicherheit durch
1140 weitere Strukturreformen verbessern, insbesondere um die medizinische **Versorgung in**
1141 **strukturschwachen Regionen zu sichern**. Unser Ziel ist eine **passgenaue Zusammenarbeit**
1142 **vom Notfall bis zur planbaren Operation und Nachsorge**. Wir möchten die
1143 **Notfallversorgung und den Rettungsdienst verstärken, Barrieren** zwischen Praxen,
1144 Krankenhäusern und weiteren Versorgungseinrichtungen **aufheben** und die Zusammenarbeit
1145 im Gesundheitswesen auch durch den **Einsatz von Telemedizin** und Telepharmazie
1146 verbessern. Wir sind für mehr Regionalisierung, bedarfsgerechte Steuerung und ein
1147 Versorgungssystem, das nicht auf Gewinnorientierung, sondern auf **Gemeinwohl und**
1148 **Nachhaltigkeit** ausgerichtet ist. **Schnelle Hilfe im Notfall** sowie der verlässliche
1149 **Zugang zur notwendigen Behandlung** müssen für alle garantiert sein. Um **Wartezeiten** zu
1150 verringern, werden wir eine **Termingarantie** der Krankenkassen und Kassenärztlichen
1151 Vereinigungen einführen. Gesetzlich Versicherte sollen genauso schnell wie
1152 Privatversicherte einen Termin erhalten. Bei Nichteinhaltung der Termingarantie
1153 sollen sie einen **Anspruch auf Beitragsreduzierungen** haben.

1154 Neben strukturellen Reformen setzen wir auch auf **Digitalisierung und Prävention**. Denn
1155 wir haben die Digitalisierung im Gesundheitswesen massiv vorangetrieben, um die
1156 Diagnostik und Behandlung zu verbessern und eine schnelle Datenverfügbarkeit zu
1157 gewährleisten. Die **elektronische Patientenakte** kommt jetzt nach 20 Jahren Stillstand,
1158 und die KI-Medizin wird die Behandlung revolutionieren. Ärztinnen und Ärzte sowie
1159 Pflegekräfte haben zukünftig mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten – durch
1160 Erleichterung der Dokumentation und Diagnostik durch KI. Der **digitalisierte**
1161 **Datenaustausch** wird schon bald die Erforschung neuer Therapien nachhaltig
1162 unterstützen. Für die Krebsbehandlung und Demenz wird KI, Heilungen ermöglichen.

1163 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung auch im Bereich der Prävention nutzen und
1164 die **elektronische Patientenakte zu einem persönlichen Gesundheitsberater** für die
1165 Versicherten **weiterentwickeln**. Dieser soll die besten Wege für die Förderung der
1166 individuellen Gesundheit aufzeichnen. **Prävention und Früherkennung stehen für uns im**

1167 **Mittelpunkt.** Durch die Vermeidung nicht übertragbarer Erkrankungen wie Herzinfarkt
1168 oder Schlaganfall wollen wir individuelles Leid verringern.

1169 Zudem wollen wir die Suchtprävention und die **Prävention psychischer Erkrankungen**
1170 stärken. Für junge Menschen in **psychisch** schwierigen Lebenslagen streben wir
1171 bundesweit niedrigschwellige, auch digitale Beratungsangebote an. **Wir arbeiten weiter**
1172 **konsequent daran, dass alle Menschen, die eine Psychotherapie benötigen, zügig einen**
1173 **Therapieplatz erhalten.** Der mutige Schritt, eine Psychotherapie zu machen, darf nicht
1174 zum Nachteil im Berufsleben werden.

1175 Außerdem wollen wir den Zugang zu Versorgungsangeboten für vulnerable Gruppen,
1176 beispielsweise durch **Gesundheitskioske**, weiter ausbauen und unterschiedliche
1177 **gesundheitliche Bedürfnisse von Frauen und Männern** stärker berücksichtigen. Für
1178 Erkrankungen wie Endometriose und Themen rund um Geburt und Wechseljahre werden wir
1179 gezielte Lösungen entwickelt. Überdies werden wir die **Versorgung für Kinder und**
1180 **Jugendliche weiter stärken.**

1181 Ferner wollen wir dafür sorgen, dass die Verbesserungen der letzten Jahre bei der
1182 **Liefersicherheit von Arzneimitteln** schnell für alle Arzneimittel greifen. Denn dort,
1183 wo die neuen Regeln angewendet werden, gibt es schon heute kaum noch Engpässe.

1184 Außerdem wollen wir für eine **stärkere Produktion von Arzneimitteln in Deutschland und**
1185 **Europa** sorgen: Krankenkassen sollen zusammen mit anderen nationalen und europäischen
1186 Akteuren größere Mengen an Therapien über längere Zeiträume einkaufen dürfen, wenn
1187 diese bei uns hergestellt werden. Wir stärken Apotheken als wichtige Anlaufstellen
1188 für Prävention, Therapiebegleitung und eine sichere Arzneimittelversorgung. Wir
1189 setzen zudem auf eine **starke Gesundheitswirtschaft** sowie Forschung und möchten
1190 personalisierte Therapiemöglichkeiten für Prävention und Behandlung zu
1191 erschwinglichen Preisen gemeinsam vorantreiben.

1192 Darüber hinaus wollen wir uns auch besser **auf zukünftige Ereignisse, wie zum Beispiel**
1193 **eine erneute Pandemie, vorbereiten** und das staatliche Krisenmanagement in der Corona-
1194 **Pandemie umfassend aufarbeiten, um daraus lernen zu können.**

1195 **11. Wir kämpfen für menschenwürdige Pflege und deckeln die** 1196 **Pflegekosten.**

1197 Wir haben uns fest vorgenommen unser Pflegesystem zu verbessern. Wir stellen das
1198 Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum. Wir schaffen ein solidarisches Pflegesystem,
1199 das niemanden zurücklässt, niemanden überfordert und für alle Beteiligten ein gutes
1200 Umfeld bietet: Pflegebedürftige, Angehörige und die pflegenden Berufe. Wir verhindern
1201 finanzielle Überforderung, begrenzen hohe Eigenanteile, sichern eine umfassende,
1202 qualitativ hochwertige Versorgung – zu Hause wie im Pflegeheim – und verbessern die
1203 Arbeitsbedingungen durch innovative Lösungen und mehr Zeitausgleich.

1204 **Wir wollen Pflegeangebote sichern, Pflegekosten deckeln und mehr Zeit für die Pflege**
1205 **von Angehörigen geben.**

1206 Pflegebedürftigkeit darf kein Armutsrisiko sein. Deswegen wollen wir das bisherige
1207 Nebeneinander von gesetzlicher und privater Pflegeversicherung beenden. Stattdessen
1208 schaffen wir ein **gemeinsames, solidarisch finanziertes Pflegesystem**, das allen
1209 Menschen eine sichere Versorgung bietet, stabile Beiträge gewährleistet und vor

1210 finanzieller Überforderung im Pflegefall schützt.

1211 Im ersten Schritt wollen wir so schnell wie möglich die **privaten Pflegeversicherungen**
1212 **in den Risikostrukturausgleich** zwischen allen Pflegekassen und damit in eine faire
1213 und leistungsgerechte Finanzierung einbeziehen und die hohen Eigenanteile in der
1214 stationären Langzeitpflege durch eine **Begrenzung auf 1.000 Euro pro Monat**
1215 **(sogenannter „Pflege-Deckel“)** maßgeblich reduzieren. Für Menschen, die bereits länger
1216 stationär gepflegt werden, garantieren wir Besitzstandsschutz. So wollen wir
1217 sicherstellen, dass niemand schlechter gestellt wird. Die häusliche Pflege werden wir
1218 genauso unterstützen und ebenso eine entsprechende Begrenzung einführen. werden wir
1219 alle Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen erheblich entlasten. Außerdem sollen die
1220 Investitionsaufwendungen der Heime zukünftig **nicht mehr vollständig auf die Bewohner**
1221 **umgelegt** werden dürfen. Besonders in Ostdeutschland, wo die verfügbaren Einkommen
1222 vieler Menschen im Vergleich zu Westdeutschland oft niedriger sind, stellt der hohe
1223 Eigenanteil für Pflegebedürftige und ihre Familien eine immense finanzielle Belastung
1224 dar. Durch die Begrenzung dieser Kosten wollen wir sicherstellen, dass niemand
1225 aufgrund seines finanziellen Hintergrunds Angst vor den Kosten einer angemessenen
1226 Pflege haben muss. Gleichzeitig stärken wir damit die Solidarität im Sozialstaat und
1227 setzen ein klares Signal: Pflege darf kein Luxus sein, sondern muss für alle
1228 bezahlbar bleiben – unabhängig von regionalen und wirtschaftlichen Unterschieden.
1229 Außerdem wollen wir den bürokratischen Aufwand reduzieren und die Pflegebedürftigen,
1230 ihre Angehörigen sowie die Pflegeeinrichtungen zusätzlich entlasten, z.B. durch eine
1231 vereinfachte Antragstellung auf Hilfe zur Pflege.

1232 Wir wollen dafür sorgen, dass die Pflegebedürftigen und Angehörigen die benötigten
1233 Leistungen verlässlich erhalten, mit einem klaren Vorrang für die häusliche Pflege,
1234 damit die Betroffenen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können.
1235 Deswegen werden wir uns für mehr **Zeitsouveränität für alle pflegenden Angehörigen** und
1236 nahestehenden Personen durch die Familienpflegezeit und das Familienpflegegeld –
1237 analog zum Elterngeld – einsetzen. Zugleich werden wir die Beratung, Vernetzung und
1238 Anlaufstellen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ausbauen und neue
1239 Wohnformen verstetigen, **um die bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur zu stärken.**

1240 Uns ist dabei wichtig, dass die Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, darüber zu
1241 entscheiden, wo und in welcher Trägerschaft die Einrichtungen und Pflegedienste sich
1242 ansiedeln. Die Versorgung muss sich an den **pflegerischen und**
1243 **haushaltswirtschaftlichen Bedürfnissen** der Pflegebedürftigen orientieren und so
1244 organisiert werden. Pflegebedürftige und ihre pflegenden Angehörigen sollen zudem bei
1245 der **Vergabe von sozialem Wohnraum** aufgrund der besonderen Raumvoraussetzungen für die
1246 Pflege bevorzugt werden. Darüber hinaus wollen wir die Chancen der Digitalisierung
1247 nutzen, um die Pflege durch **digitale Produkte und Beratungsangebote** noch besser zu
1248 unterstützen. Denn die Digitalisierung in der Pflege kann Prävention fördern,
1249 Pflegebedürftigkeit vorbeugen, verlässliches Monitoring ermöglichen und bestehende
1250 Versorgungsangebote besser vernetzen.

1251 **Wir wollen die Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen verbessern.**

1252 Es ist nicht auszudenken, was passiert, wenn der Fachkräftemangel in
1253 Gesundheitsberufen noch weiter ansteigt. Deshalb ist es für uns absolut zwingend
1254 notwendig, hier Veränderungen hin zum Guten durchzusetzen. Lohn, Arbeitszeiten,
1255 Befugnisse – wir müssen jetzt die Chance nutzen, um die Zukunftsfähigkeit unseres

1256 Versorgungssysteme zu verbessern. Und das geht über die Berufe innerhalb des Systems.
1257 Eine hohe Versorgungsqualität im Gesundheitswesen beginnt mit guten
1258 Arbeitsbedingungen und einer bedarfsgerechten Personalausstattung in allen Bereichen
1259 und allen Beschäftigtengruppen. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass die
1260 bedarfsgerechte Personalausstattung **bundeseinheitlich für alle Beschäftigtengruppen**
1261 **im Gesundheitswesen** eingeführt wird. Damit verbessern wir entscheidend die
1262 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**.
1263 Zudem setzen wir uns weiterhin für **gute Löhne** ein: Die Stabilisierung der Kranken-
1264 und Pflegeversicherung wird finanziellen Spielraum schaffen, **um tarifgebundene**
1265 **Gehälter** zu refinanzieren. Darüber hinaus wollen wir die **Zusammenarbeit aller**
1266 **Gesundheitsberufe** stärken, **mehr Durchlässigkeit** schaffen und die **Befugnisse von**
1267 **Pflegefachpersonen erweitern**. Gleichzeitig werden wir den Zugang zu Weiterbildung und
1268 gesundheitsfördernden Maßnahmen erleichtern.
1269 Bei den ärztlichen Berufen wollen wir den Schwerpunkt auf die **Haus- und**
1270 **Kinderärztinnen und -ärzte** legen und den Ausbau der Ausbildungs- und
1271 Weiterbildungskapazitäten vorantreiben sowie die Budgets für Hausärztinnen und -ärzte
1272 abschaffen. Denn wir brauchen nicht nur mehr Pflegekräfte, sondern auch mehr Haus-
1273 und Kinderärztinnen und -ärzte.
1274 Der oft hohe Dokumentationsaufwand belastet viele Beschäftigte im Gesundheitswesen.
1275 Um dies zu verringern, setzen wir auf den **Ausbau von KI-gestützter Dokumentation**.
1276 Außerdem treten wir für **mehr Freizeitausgleich** ein – beispielsweise durch eine
1277 verkürzte Wochenarbeitszeit.
1278 Um dem durch den demografischen Wandel bedingten Personalmangel entgegenzuwirken,
1279 werden wir die **weltweite Anwerbung und Integration von Fachkräften ausbauen**.
1280 Gleichzeitig wollen wir die **Attraktivität der Ausbildungen** steigern, denn die
1281 Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Deshalb setzen wir uns für
1282 praxisnahe und **kostenfreie Ausbildungen in den Gesundheitsfachberufen** ein.
1283 **Einheitliche Standards** sollen sicherstellen, dass alle Berufe in diesem Bereich von
1284 hoher Ausbildungsqualität profitieren – besonders die therapeutischen Berufe, die
1285 stark interdisziplinär arbeiten. Unser Ziel ist, dass alle Auszubildenden eine **faire**
1286 **Vergütung** erhalten und **Mitbestimmungsmöglichkeiten** im Betrieb haben. Gleichzeitig
1287 muss die Ausbildungsqualität insgesamt gestärkt werden: In den Pflegeberufen setzen
1288 wir uns insbesondere für **Nachbesserungen bei der Praxisanleitung** und bei den
1289 Ärztinnen und Ärzten für verlässliche Regeln bei **Vergütungen und Dienstzeiten während**
1290 **des praktischen Jahres** ein.

1291 **12. Wir kämpfen für Klimaschutz, den sich jeder leisten kann.**

1292 Mittlerweile wissen es alle: Nachhaltigkeit und Klimaschutz kosten. Aber dennoch hat
1293 eine große Mehrheit den Wunsch, etwas für unser Klima zu tun. Unsere Überzeugung ist:
1294 Klimaschutz muss leistbar sein. Alle Menschen müssen unabhängig von Einkommen,
1295 Vermögen oder Wohnort klimaneutral leben und teilhaben können. Niemand kann alleine
1296 ein Wärmenetz bauen, neue Bahntrassen legen oder eine E-Ladesäule aufstellen. Wir
1297 sind überzeugt: Es ist Aufgabe des Staates, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass
1298 alle auf klimafreundliche Technologien umsteigen können. Konkret bedeutet das für
1299 uns: Die klimafreundliche Alternative muss für die Bürgerinnen und Bürger besser,

1300 bequemer und vor allem günstiger sein.

1301 **Wir wollen, dass jeder klimaneutral werden kann.**

1302 Wir wollen einen **Paradigmenwechsel in der Klimapolitik**, der öfter auf
1303 gemeinschaftliche Lösungen setzt. Klimaneutrale Wärmenetze zu bauen, mit denen ein
1304 ganzer Stadtteil warm wird, ist nicht nur solidarischer, sondern auch effizienter und
1305 kostengünstiger als einzelne Wärmepumpen in jedem Haus.

1306 Sozialdemokratische Klimapolitik heißt, dass alle Menschen eine realistische Chance
1307 haben, auf klimaneutrale Lösungen umzusteigen. Dabei gilt: Geld vom Staat bekommen
1308 vor allem diejenigen, die sich den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie eine
1309 Wärmepumpe oder ein E-Auto ansonsten nicht leisten können. Dann aber auch so viel,
1310 wie gebraucht wird. Denn unser Paradigmenwechsel heißt: **Klimaneutralität ist auch**
1311 **Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge**. Dafür müssen Kommunen, Länder und Bund neue
1312 Aufgaben übernehmen und einige Verantwortlichkeiten umgestaltet werden. Vor allem
1313 brauchen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum, um ihre zahlreichen und wachsenden
1314 Aufgaben zu bewältigen. Dafür bieten sowohl der Deutschlandfonds, als auch die Reform
1315 der Schuldenbremse für die Länder, Möglichkeiten. Wir sind davon überzeugt, dass wir
1316 unsere Klimaziele nur so sozial gerecht, effektiv und kosteneffizient erreichen
1317 können. Da wo gemeinsame Infrastrukturen wie Wärmenetze oder guter ÖPNV das Problem
1318 nicht lösen können, setzen wir auf gezielte Förderung, damit sich alle den Umstieg
1319 leisten können.

1320 Die von uns eingeführte **kommunale Wärmeplanung** ist ein Meilenstein auf dem Weg zu
1321 einem klimaneutralen Gebäudebestand. Wir wollen lokale Wärmepläne fördern, die eine
1322 klimafreundliche und klug geplante Energieversorgung auf kommunaler Ebene
1323 sicherstellen. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, durch Fördermittel und
1324 technische Unterstützung ihre Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten, was die
1325 Energiewende vor Ort maßgeblich voranbringen wird.

1326 Wir bekennen uns klar zu den **Klimazielen für Deutschland und die EU**. Wir müssen den
1327 Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius
1328 begrenzen und nach Möglichkeit auf den 1,5-Grad-Pfad führen. Wir unterstützen den
1329 **europäischen Green Deal**, damit Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird. Eine
1330 Abschwächung der erreichten Errungenschaften ist mit uns nicht zu machen. Unsere
1331 Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Beschlossene Gesetze werden wir umsetzen. Wir
1332 wissen um unsere Vorreiterrolle und werden daraus einen Vorteil für unser Land,
1333 unsere Menschen und den Standort Deutschland machen.

1334 Es wird Haushalte geben, die werden von den steigenden Preisen für CO₂ besonders
1335 belastet und können nicht aus eigener Kraft umsteigen, weil sie keine Wahl haben. Das
1336 finden wir ungerecht. Ein Preis auf den Ausstoß von CO₂ für private Haushalte und
1337 kleine Unternehmen kann für uns immer nur ein ergänzendes Instrument sein. Der
1338 bereits gesetzlich beschlossene CO₂-Preis pro Tonne von 55 Euro in 2025 und maximal
1339 65 Euro in 2026 gilt. Wenn ab 2027 die europäische Regelung in Kraft tritt, werden
1340 wir durch geeignete Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene (zum Beispiel
1341 Klimageld) dafür Sorge tragen, dass niemand überfordert wird.

1342 Windkraft und Photovoltaik sind schon heute die günstigste Form der Stromproduktion.
1343 Ihr konsequenter Ausbau wird die Strompreise senken. Damit diese geringen Kosten auch
1344 bei den Verbrauchern ankommen, werden wir darauf achten, dass die Netzentgelte nicht

1345 weiter steigen. Bis es soweit ist, wollen wir die aufsuchende Beratung des **Strom-**
1346 **Spar-Checks** für die ärmsten Haushalte deutschlandweit ausbauen und verstetigen.
1347 Ärmeren Haushalten wollen wir Heiz-Mietmodelle anbieten (soziales Wärmepumpen-
1348 Leasing). Vor allem in städtischen Räumen wird Fernwärme sehr wichtig werden und
1349 Millionen von Menschen ihr Zuhause wärmen. Damit sie bezahlbar bleibt, wollen wir
1350 eine bundesweite **Preisaufsicht für Fernwärme** einsetzen.

1351 An Solarpaneelen oder Windrädern können viele teilhaben, nicht nur Hausbesitzer,
1352 sondern auch ganze Dorfgemeinschaften. Das fördert die Akzeptanz. Wir wollen darum
1353 die **dezentrale Versorgung mit Energie** weiter vereinfachen, vom Balkonkraftwerk bis
1354 zum Bürgerwindpark (Energy Sharing). Denn, wenn das neue Windrad die Kita oder das
1355 Schwimmbad finanziert, hilft das der Gemeinde vor Ort und der Energiewende im ganzen
1356 Land.

1357 ***Wir wollen unsere Kommunen klimafit machen.***

1358 Wir wollen eine **Städtebauförderung zur Anpassung an den Klimawandel**, um den Städten
1359 zu ermöglichen, grüne Infrastruktur zu schaffen und hitzeresiliente Städteplanung
1360 umzusetzen. Das soll ihnen ermöglichen, wichtige Maßnahmen wie die Begrünung und
1361 Entsiegelung von Stadtflächen (Schwammstadt), die Schaffung kühlender öffentlicher
1362 Räume und den Ausbau von Wasserflächen umzusetzen, um die Lebensqualität zu sichern
1363 und den städtischen Raum zukunftsfähig zu gestalten.

1364 **13. Wir kämpfen für eine pünktliche Bahn und gute Mobilität für** 1365 **alle.**

1366 In der Schweiz lässt man viele ICEs aus Deutschland nicht mehr einfahren, weil sie
1367 die Pünktlichkeit im Schweizer Netz gefährden. Man mag darüber schmunzeln, aber gut
1368 ist das nicht. Die Bahn ist mehr als die Bahn. Sie ist ein Reputationsfaktor für
1369 unser Land. Sie bestimmt unseren Alltag und hier und da sogar unsere Emotionen. Die
1370 Bahn steht für Werte, die wir als Gesellschaft in Deutschland haben und pflegen
1371 wollen: Genauigkeit, Pünktlichkeit, Funktionstüchtigkeit. Da ist etwas verloren
1372 gegangen. Wir brauchen eine sehr gut funktionierende Bahn für einen sehr gut
1373 funktionierenden Alltag. Wir wollen wieder stolz sein auf unsere Bahn.

1374 Unser Anspruch ist und bleibt, dass alle Menschen auf dem Land und in der Stadt
1375 schnell, zuverlässig und komfortabel unterwegs sind. Auch für die Logistik muss der
1376 Transport von Waren und Gütern reibungslos funktionieren. Wir alle spüren, dass das
1377 vielerorts nicht mehr der Fall ist. Die Bahn ist oft zu spät, das Schienennetz ist
1378 überlastet, Brücken und Straßen sind marode. Wenn die Infrastruktur bröckelt,
1379 stockt der Verkehr.

1380 Wir haben entschieden reagiert und Milliardeninvestitionen in unsere Infrastruktur
1381 auf den Weg gebracht. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter: Wir machen unsere
1382 Schienen, Straßen und Wasserwege wieder fit und sorgen dafür, dass sie wieder zu
1383 einem Standortvorteil für Deutschland werden. Wir werden Verkehr von der Straße vor
1384 allem auf die Schiene und auch auf die Wasserstraße lenken. Unser Ziel ist eine
1385 nutzerorientierte und klimaneutrale Mobilität. Den Weg dahin gestalten wir sozial
1386 gerecht: Mobilität muss für alle barrierefrei und bezahlbar sein. Eine
1387 Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt, schafft und sichert Jobs und erweitert

1388 die Freiheit der Menschen, so mobil zu sein, wie sie es wollen.

1389 **Wir wollen, dass die Bahn wieder pünktlich fährt.**

1390 Die Grundvoraussetzung für eine pünktliche Bahn ist ein **funktionierendes Schienennetz**
1391 . Wir haben Rekordinvestitionen in die Schiene durchgesetzt und werden sie
1392 fortsetzen. Das hat für uns Priorität. Gemeinsam ermöglichen wir, dass die Deutsche
1393 Bahn die wichtigsten Bahnstrecken einer Generalsanierung unterzieht. Wir machen unser
1394 Schienennetz durch Digitalisierung, Elektrifizierung und Lärmschutz wieder
1395 leistungsfähig und zukunftsfest. Mit gezieltem Aus- und Neubau erweitern wir es im
1396 Sinne eines Deutschland- und Europataktes. Unsere Verkehrsinfrastruktur muss auf
1397 Dauer leistungsfähig bleiben.

1398 Die Privatisierung von Daseinsvorsorge bleibt ausgeschlossen. Wir erhalten die
1399 Deutsche Bahn als integrierten Konzern im öffentlichen Eigentum. Die neue
1400 gemeinwohlorientierte Infrastruktursparte DB InfraGO sowie den Gesamtkonzern
1401 entwickeln wir mit mehr Kontrolle und Steuerung des Bundes weiter. Insbesondere für
1402 mehr Güter auf der Schiene reformieren wir das Trassenpreissystem und fördern die
1403 Umsetzung der Digitalen Automatischen Kupplung.

1404 Wir wollen **alle Großstädte an das Fernverkehrsnetz** anschließen und mehr ICE-Sprinter,
1405 Nachtzüge und europaweite Schnellzugverbindungen einführen. Kurze Bahnfahrzeiten sind
1406 die erste Alternative zum Kurzstreckenflug. Gemeinsam mit der Deutschen Bahn wollen
1407 wir **Bahnfahren ganz einfach machen**: Erstattungen sollen möglichst automatisch
1408 ausgezahlt werden, das Deutschlandticket soll besser in Bahn-Buchungen integriert
1409 werden. Wir wollen leistungsfähige und attraktive Bahnhöfe, an denen man gerne eine
1410 Pause macht.

1411 Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg. Wir haben es auch gegen Widerstand
1412 erhalten. Priorität hat jetzt Verlässlichkeit: Wir wollen **das Deutschlandticket**
1413 **dauerhaft anbieten**. Dafür werden wir es gemeinsam mit den Ländern finanziell
1414 absichern und weiterentwickeln, um es für weitere Millionen Menschen bezahlbar und
1415 attraktiv zu machen. Einen günstigen Preis wollen wir mit einem transparenten
1416 Preismechanismus erhalten: Das schafft Verlässlichkeit für alle.

1417 Wir werden die **Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs** gemeinsam mit Ländern und
1418 Kommunen dauerhaft stärken. Dafür sind die Regionalisierungsmittel des Bundes
1419 wichtig. In Ballungsräumen soll der öffentliche Verkehr, wo immer möglich, Vorrang
1420 erhalten. Auch wer nicht Auto fahren kann oder möchte, muss mobil sein können. Dazu
1421 sind gute Erreichbarkeiten und gute Takte von Bus und Bahnen nötig, sowohl auf dem
1422 Land als auch in der Stadt.

1423 **Wir wollen gute Mobilität für alle.**

1424 Immer mehr Menschen steigen auf Bus, Bahn oder das Rad um. Im Sinne einer
1425 nachhaltigen Zukunft ist das eine großartige Entwicklung. Aber: Für viele ist das
1426 Auto ein unverzichtbarer Begleiter. Wer heute Verbrenner fährt, für den wollen wir
1427 beim nächsten Autokauf oder Leasing den **Umstieg auf ein E-Auto attraktiv** machen. Den
1428 flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für Pkw und Lkw treiben wir weiterhin
1429 zielgerichtet voran. Neben der neuen Förderung für E-Autos wollen wir das
1430 Fahrerlebnis mit Stromern rundum stärken: Unser Ziel sind Schnellladesäulen auf jedem
1431 Supermarktparkplatz und an jeder Tankstelle. Wir wollen ein kontaktloses und

1432 einheitliches Bezahlssystem an allen Ladesäulen und das eigene Auto als Stromspeicher
1433 zu Hause ermöglichen. Das Tanken an der öffentlichen Ladesäule darf nicht mit hohen
1434 Preisaufschlägen bestraft werden.

1435 Der Führerschein ist für viele junge Menschen einfach zu teuer geworden. Das führt
1436 gerade im ländlichen Raum zu Problemen. Vor dem Hintergrund erhöhter Quoten nicht
1437 bestandener Prüfungen und steigender Preise werden wir die **Fahrausbildung samt**
1438 **Theorieunterricht im Sinne von Verkehrssicherheit und Effizienz reformieren**, auch mit
1439 dem Ziel, die Kosten der Fahrausbildung spürbar zu senken. Alle jungen Menschen im
1440 17. Lebensjahr sollen daher einen **MobilitätsPass mit 500 Euro Guthaben**, etwa für
1441 Führerscheinkosten oder Bahntickets erhalten.

1442 Für eine echte Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmenden werden wir das
1443 **Straßenverkehrsrecht weiter reformieren** und die Vision Zero fest verankern. Im Sinne
1444 der Intermodalität fördern wir die Fahrradinfrastruktur mit bundesweit vernetzten
1445 Radschnellwegen und mit Fahrradparkhäusern und entwickeln die Fußverkehrsstrategie
1446 des Bundes weiter. Wir wollen eine faire Bereitstellung von Daten, um
1447 Mobilitätsangebote im ländlichen Raum zu stärken, Tickets zu vereinheitlichen und
1448 Mobilitätsdienstleistungen besser zu vernetzen. Wir stärken ein innovatives
1449 Taxigewerbe als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und sorgen für die Einhaltung
1450 von sozialen Standards durch Fahrdienstleister.

1451 Das deutsche Autobahnnetz muss aber dringend saniert werden, insbesondere die
1452 Brücken. Wir bringen einen **neuen Bundesmobilitätsplan** auf den Weg. Auch künftig
1453 sollen Engpässe auf der Straße beseitigt werden. Dabei denken wir Infrastruktur
1454 integriert: Wo möglich, soll über Schiene oder Wasserstraße entlastet werden.

1455 Wir wollen ein **Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen** einführen. Ein Tempolimit
1456 bringt so viele Vorteile, dass man fast gar nicht begründen kann, es nicht
1457 einzuführen. Wir hinken hier im europäischen und internationalen Vergleich massiv
1458 hinterher. Wenn ein Tempolimit Menschenleben schützt, warum tun wir das nicht? Wenn
1459 ein Tempolimit Stress, Staus und Unfälle massiv reduziert, warum tun wir das nicht?
1460 Wenn ein Tempolimit gut für die Natur, das Klima und die umliegende Wohngegend ist,
1461 warum führen wir es nicht ein? Es ist Zeit.

1462 Die Beschaffung von **klimafreundlichen Lkw** und Nahverkehrsbussen werden wir fördern:
1463 Hier können besonders schnell CO₂-Emissionen eingespart werden. Wir treten dem Mangel
1464 an Fahrerinnen und Fahrern im Straßengütertransport aktiv entgegen und setzen
1465 menschenwürdige, faire und attraktive Arbeitsbedingungen für Berufskraftfahrerinnen
1466 und -fahrer inner- und außerhalb ihres Fahrzeugs durch, zum Beispiel die Aufnahme der
1467 Lkw-Fahrkabine in den Schutz der Arbeitsstättenverordnung.

1468 Den Weg zu einem **klimaneutralen Luftverkehr** wollen wir im Sinne eines fairen
1469 Wettbewerbs (Level-Playing-Field) für unsere Flughäfen und Airlines gestalten. Wir
1470 streben EU-weit einheitliche Regelungen an, die die Verlagerung von CO₂-Emissionen
1471 (Carbon Leakage) vermeiden. Wir wollen die **Luftverkehrssteuer in eine EU-Klimaabgabe**
1472 umwandeln, die von allen Airlines gezahlt wird, auch von denen außerhalb Europas. Wir
1473 werden die **Wasserstraßeninfrastruktur** ertüchtigen, die **Nationale Hafenstrategie** zügig
1474 umsetzen und die **Modernisierung der Schiffsflotten** unterstützen. Forschung und
1475 Markthochlauf für nachhaltige Kraftstoffe wie E-Fuels sind besonders für Luftverkehr
1476 und Schifffahrt zentral.

1477 **14. Wir kämpfen für einen Staat, der besser funktioniert.**

1478 Die SPD sorgt für einen Sozialstaat, der den Menschen verlässlich Sicherheit in
1479 wichtigen Lebenslagen bietet. Wir wollen einen bürgerfreundlicheren Staat, der
1480 unterstützt und hilft – schnell, unbürokratisch und gerecht. Mit einem starken
1481 öffentlichen Dienst, modern und digital, der als guter Arbeitgeber beispielhaft
1482 vorangeht.

1483 **Wir wollen einen bürgernahen Staat, der unnötige Wege erspart.**

1484 Unser Sozialstaat soll an Lebenslagen und Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet
1485 werden und nicht an Zuständigkeiten. Indem wir **Antragsverfahren vereinfachen**,
1486 **Leistungen zusammenfassen und aufeinander abstimmen**, wollen wir verhindern, dass man
1487 von einer Stelle zur nächsten verwiesen wird. Dazu werden wir Servicestellen für gute
1488 Beratung einrichten. Leistungen wie das Kindergeld sollen automatisch gewährt werden.
1489 Die Verwaltung prüft eigenständig, welche Ansprüche bestehen, und leitet diese ohne
1490 zusätzliche Anträge ein.

1491 Das Ressortprinzip der Bundesregierung hat Verfassungsrang. Doch zugleich erschweren
1492 das Denken in diesen Ressort-Säulen sowie das Nebeneinander vieler „Strategien“ und
1493 Programme die Bewältigung komplexer Herausforderungen – auch in Zeiten knapper
1494 Mittel. Wir brauchen zu den großen Themen eher wenige, dafür **zentrale**
1495 **ressortübergreifende Strategien** (Missionsorientierung). Zugleich werden wir prüfen,
1496 welche Aufgaben, Dienste und Zuständigkeiten der Ministerien gebündelt werden können,
1497 um so die Effizienz und Steuerungsfähigkeit der Bundesverwaltung zu erhöhen.

1498 Wir werden alle neuen Gesetze und größeren Novellierungen vor Verabschiedung auf
1499 Wirksamkeit, Bürgernähe, Praxistauglichkeit und Digitaltauglichkeit testen und
1500 bestehende Gesetze schrittweise entsprechend überprüfen. Dazu werden wir die
1501 Instrumente des **Bürgerchecks**, des **Praxischecks** und des **Digitalchecks** verzahnen und
1502 verbindlich in der Gesetzgebungsarbeit verankern.

1503 **Effektiver Bürokratieabbau** geht nur mit der Einbeziehung derjenigen, die ihn erleben
1504 und die Bürokratie zu verantworten haben. Darum werden wir nach einer
1505 Regierungsbildung Wirtschaft, Länder und Kommunen zu einem Praxisgipfel einladen, der
1506 weitere konkrete nötige Maßnahmen erfasst und verabredet.

1507 Wir führen eine **Genehmigungsfiktion** ein, bei der **Anträge automatisch genehmigt** sind,
1508 wenn die Behörde nicht innerhalb einer gesetzten Frist reagiert. Das gibt Bau- und
1509 Investitionsprojekten mehr Planungssicherheit.

1510 **Wir wollen die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung beschleunigen.**

1511 Die Digitalisierung der deutschen öffentlichen Verwaltung hat hohe Priorität. Seit
1512 2023 gibt es eigentlich einen gesetzlichen Anspruch der Bürgerinnen und Bürger, dass
1513 sie jede Verwaltungsleistung digital beauftragen können. Wir brauchen mehr Tempo und
1514 Konsequenz bei der Realisierung dieses Anspruchs. Wir werden **alle Zuständigkeiten der**
1515 **Verwaltungsdigitalisierung in einem Ministerium bündeln** und dieses mit den nötigen
1516 finanziellen Mitteln und Befugnissen ausstatten. Die nachgeordneten Stellen und
1517 Dienstleister (unter anderem ITZbund, Bundesdruckerei, Bundesverwaltungsamt, BSI,
1518 Digitalservice, FITKO) müssen so aufgestellt sein und zusammenarbeiten, dass die
1519 zentralen Projekte im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung endlich schnell und
1520 nutzerfreundlich realisiert werden.

1521 Der Staat soll bürgernah und vorausschauend agieren. Anstatt die Menschen durch
1522 mühsame Antragsprozesse zu belasten, sollen sie Leistungen einfach und unbürokratisch
1523 erhalten. Unser Ziel ist eine **Verwaltung, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und**
1524 **Bürger gerecht wird**, proaktiv handelt und Bürokratie auf das wirklich erforderliche
1525 Maß reduziert.

1526 Ein Schlüssel dafür ist der **digitale Datenaustausch zwischen allen Behörden**. Er muss
1527 problemlos funktionieren. Dafür wollen wir ein System der einmaligen Übermittlung von
1528 Daten aufbauen und den dafür notwendigen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern
1529 zügig abschließen.

1530 Wir setzen die Registermodernisierung um und bauen plattformbasierte Lösungen zur
1531 Antragsbearbeitung auf. Dazu gehört, dass wir **das Ausländerzentralregister (AZR)**
1532 **modernisieren** und es zur zentralen Informationsplattform im Ausländer- und Asylrecht
1533 machen. Daten werden nur einmal erfasst und allen relevanten Behörden digital
1534 bereitgestellt.

1535 Wir setzen auf die flächendeckende Nutzung der eID, der elektronischen Identität, die
1536 es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, **sich sicher digital auszuweisen**. Damit
1537 schaffen wir eine Grundlage für moderne Verwaltungsdienstleistungen und sorgen für
1538 eine EU-weite Kompatibilität, damit die digitale Identität auch grenzüberschreitend
1539 nutzbar ist. Um Verwaltungsdienste zentral und unkompliziert verfügbar zu machen,
1540 führen wir die **DeutschlandID** ein.

1541 Das schafft einen modernen Zugang zu staatlichen Leistungen. Wir nutzen
1542 **Automatisierung und Künstliche Intelligenz**, um Verwaltungsprozesse zu beschleunigen
1543 und effizienter zu gestalten. So entlasten wir die Beschäftigten und verbessern den
1544 Service für die Bürgerinnen und Bürger.

1545 ***Wir wollen einen attraktiven öffentlichen Dienst.***

1546 Wir wollen den **Staat als Arbeitgeber attraktiver** machen – mit flächendeckendem
1547 Homeoffice, Job-Sharing und Teilzeitmodellen im öffentlichen Dienst. Wir wollen einen
1548 Staat, der als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht. Einen attraktiven
1549 Arbeitgeber, der Fachkräfte ausbildet, findet und hält, der die Vereinbarkeit von
1550 Beruf und Privatleben verbessert. Lebenslanges Lernen soll zur Grundlage für einen
1551 leistungsfähigen öffentlichen Dienst werden. Dabei setzen wir auf gezielte
1552 Weiterbildung und Qualifizierung, damit Fachkräfte ihre Kompetenzen ausbauen können.
1553 Befristete Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst wollen wir deutlich reduzieren.
1554 Unbefristete Stellen sollen die Regel sein, um Sicherheit und Perspektiven für die
1555 Beschäftigten zu schaffen.

1556 ***Wir wollen echte Teilhabe in einer inklusiven Gesellschaft.***

1557 Wir setzen uns ein für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen
1558 ihr Recht auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen können.
1559 Dazu werden wir die **Barrierefreiheit im privaten und im öffentlichen Bereich**
1560 **verbessern**. Wir werden private Anbieter von Waren und Dienstleistungen verpflichten,
1561 Barrieren abzubauen oder – wo dies nicht möglich ist – angemessene Vorkehrungen zu
1562 ergreifen. Darüber hinaus werden wir die Barrierefreiheit im Wohnungsbau, bei der
1563 Mobilität, im Digitalen und in der Gesundheit zu einem Schwerpunkt machen.

1564 Wir sichern die **Verwirklichung des gleichen Rechts auf Arbeit für Menschen mit**
1565 **Behinderungen**. Dazu werden wir die Aufnahme einer Arbeit auf dem allgemeinen

1566 Arbeitsmarkt verstärkt fördern und die Weiterentwicklung der Werkstätten für
1567 behinderte Menschen zügig umsetzen. Dabei werden wir auch die Einkommenssituation der
1568 Werkstattbeschäftigten verbessern.

1569 Wir stehen für einen **effektiven Gewaltschutz** und schärfen die gesetzlichen Regelungen
1570 für Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen und Dienstleistungen der Behindertenhilfe.

1571 Wir verbessern Rehabilitation und Teilhabe für Menschen mit psychischen
1572 Beeinträchtigungen. Ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich
1573 angestiegen – auch als Folge der Covid-19-Pandemie. Wir stellen sicher, dass der
1574 Bedarf von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen im gegliederten System der
1575 Rehabilitation und Teilhabe besser als bisher erkannt und bedarfsorientiert
1576 adressiert wird.

1577 ***Wir wollen den Verbraucherschutz stärken.***

1578 Dank unseres starken Verbraucherschutzes sind die Produkte und Dienstleistungen, die
1579 man in Deutschland kaufen kann, sicher und unbedenklich. Das ist eine Errungenschaft,
1580 die wir verteidigen werden. Doch es braucht noch mehr: Mündige Verbraucherinnen und
1581 Verbraucher benötigen handlungsfähige Marktaufsichtsbehörden und eine
1582 Wettbewerbsaufsicht an ihrer Seite, die den Verbraucherschutz an die erste Stelle
1583 setzen. In diesem Sinne wollen wir den Verbraucherschutz auf nationaler und
1584 europäischer Ebene stärken.

1585 Dies gilt insbesondere im digitalen Raum. Hier bedarf es eines besonderen Schutzes
1586 gegen Abzocke und Manipulation, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

1587 Deutschland ist eine starke Demokratie und eines der sichersten Länder der Welt. Wir
1588 sorgen mit Herz und Hand dafür, dass beides so bleibt. Wir wissen aus unserer eigenen
1589 Geschichte: Demokratie ist die Grundlage von allem. Sie garantiert Freiheit,
1590 Gerechtigkeit und Solidarität. Demokratie schafft eine starke innovative Wirtschaft,
1591 sichere Arbeitsplätze und sozialen Zusammenhalt. Sie ist der Schlüssel für Stabilität
1592 auch und gerade in unsicheren Zeiten. Deshalb verteidigen und stärken wir sie – als
1593 Kern unserer Gesellschaft und Basis für eine gute Zukunft.

1594 Eine starke Demokratie sorgt für Sicherheit. Sie bedeutet Freiheit von Angst. Mit
1595 unserer Politik der inneren Sicherheit schützen wir alle Bürgerinnen und Bürger vor
1596 Kriminalität, Gewalt und Hetze. Wir sorgen für einen modernen Bevölkerungsschutz, der
1597 auf die Folgen der Klimaveränderung reagiert und neue geopolitische Spannungen
1598 berücksichtigt. Wir schützen unsere kritische Infrastruktur, stärken die
1599 Cybersicherheit und verteidigen unser Land vor hybrider Kriegsführung und Sabotage
1600 durch feindliche Akteure. Unser Ziel ist es, dass die Menschen sich sicher fühlen und
1601 sich sicher sein können, Zugehörigkeit zu erleben.

1602 Dafür stärken wir den Zusammenhalt in unserem Land. Er wächst dort, wo Respekt,
1603 Solidarität und der Glaube an eine gemeinsame Zukunft lebendig sind. Deshalb sorgen
1604 wir für Chancengleichheit und eine diskriminierungsfreie Teilhabe aller Bürgerinnen
1605 und Bürger. Diskriminierung, Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamismus
1606 wie alle anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir.
1607 Dabei suchen wir den Schulterschluss zu allen Demokratinnen und Demokraten sowie
1608 Organisationen für eine starke Zivilgesellschaft.

1609 **15. Wir kämpfen für Zusammenhalt und gegen die Feinde der** 1610 **Demokratie.**

1611 Demokratie ist eine hohe zivilisatorische Errungenschaft. Sie muss gelernt, gelebt
1612 und verteidigt werden. Es ist die Zivilgesellschaft, auf die es hier maßgeblich
1613 ankommt. Wir bekämpfen Fake News, Hass und Hetze und treten entschlossen gegen jede
1614 Form von Extremismus ein. Im ganzen Land und vor allem in Ostdeutschland leisten
1615 zahlreiche engagierte Vereine und zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort wertvolle
1616 und mutige Arbeit. Gemeinsam mit einer starken Gemeinschaft der Demokratinnen und
1617 Demokraten wollen wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegen alte und neue
1618 Feinde der Demokratie verteidigen.

1619 ***Wir wollen Demokratie erlebbar machen und die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement***
1620 ***unterstützen.***

1621 Wir fördern Bildungsangebote, die demokratische Werte vermitteln und Menschen
1622 befähigen, aktiv an der Demokratie teilzuhaben. Aus diesem Grund muss eine erlebbare
1623 Demokratie bereits im jungen Alter beginnen, sich in Schule und Betrieben fortsetzen,
1624 um Mitbestimmung und Verantwortung von Anfang an zu stärken. Schulen, außerschulische
1625 Bildungseinrichtungen und Initiativen der politischen Bildung werden wir
1626 unterstützen.

1627 Geschichtsverfälschungen und Desinformation gefährden die Demokratie im Kern. Deshalb
1628 brauchen wir eine **bessere historische Bildung zur Stärkung des kritischen**
1629 **Geschichtsbewusstseins**. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Bildungs- und
1630 Erinnerungsorten stärken. Wir fördern die Strukturen historischer Bildung und
1631 Forschung, sei es in Universitäten oder Schulen, Museen oder Gedenkstätten sowie
1632 ehrenamtlichen Initiativen.

1633 Wir wollen **Bürgerräte als festen Bestandteil unserer Demokratie etablieren**. Geloste
1634 Bürgerräte beraten zu schwierigen Themen und stärken das Vertrauen in die Demokratie.
1635 Sie machen Demokratie erlebbar, indem sie Menschen mit unterschiedlichen Positionen
1636 zum Austausch einladen, zur Kompromissfindung ermutigen und erreichen, dass der
1637 Interessenausgleich als Kern der Demokratie verstanden wird. Ihre Empfehlungen
1638 fließen in die parlamentarischen Beratungen ein, während die Entscheidungen bei den
1639 gewählten Institutionen bleiben.

1640 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unserer Demokratie. Mit dem
1641 **Demokratiefördergesetz** schaffen wir die Grundlage, zivilgesellschaftliche Initiativen
1642 nachhaltig zu unterstützen. Das Gemeinnützigkeitsrecht wollen wir modernisieren.

1643 **Unabhängige Forschung an Universitäten und die Arbeit von Gedenkstätten sowie Museen**
1644 **sind unverzichtbar**. Wir stellen sicher, dass diese Einrichtungen ausreichend
1645 finanziert werden. Gleichzeitig schützen wir ihre Aufsichtsgremien vor rechtsextremen
1646 Einflussnahmen.

1647 Staatliche Institutionen sollen die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln. Mit
1648 gezielten Maßnahmen schaffen wir eine **Kultur der Offenheit und Integration im**
1649 **öffentlichen Dienst**.

1650 Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten einen wertvollen Beitrag für unser
1651 Zusammenleben. Wir **fördern den interreligiösen Dialog und schützen die**
1652 **Religionsfreiheit**, um die Vielfalt unserer Gesellschaft als Chance für ein
1653 weltoffenes Miteinander zu stärken.

1654 ***Wir wollen Diskriminierung entschlossen bekämpfen.***

1655 Diskriminierung verletzt die Würde der Betroffenen, gefährdet den gesellschaftlichen
1656 Zusammenhalt und untergräbt das Vertrauen in eine gerechte Gesellschaft. Wir kämpfen
1657 dafür, dass **alle Menschen in Deutschland frei und gleich an Würde und Rechten** leben
1658 können.

1659 Ein Nationaler Aktionsplan Antidiskriminierung kann helfen, Diskriminierung in allen
1660 Lebensbereichen zu bekämpfen.

1661 Wir wollen die Antidiskriminierungsstelle des Bundes weiter stärken und
1662 zivilgesellschaftliche Beratungsangebote ausbauen, damit Betroffene gezielte
1663 Unterstützung erhalten.

1664 Wir wollen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) modernisieren, um
1665 effektiveren Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten.

1666 ***Wir wollen Extremismus vorbeugen und bekämpfen.***

1667 Ausnahmsweise kämpfen wir mal nicht für etwas, sondern tatsächlich gegen etwas, und
1668 zwar gegen den Extremismus. Denn wir wissen, wie gefährlich er sein kann für eine
1669 Gesellschaft. Unser Bestreben hierbei ist es, den Anfängen zu wehren. Deshalb setzen

1670 wir auf **Prävention, um extremistische Tendenzen und Demokratiefeindlichkeit**
1671 **frühzeitig zu bekämpfen**. Präventive Maßnahmen werden gezielt entwickelt und
1672 umgesetzt, um solche Entwicklungen bereits im Keim zu ersticken. Die Arbeit der Task
1673 Force Islamismusprävention wird uns hier wichtige Hinweise geben.

1674 Wir sorgen dafür, dass die **Finanzquellen rechtsextremistischer Netzwerke** offengelegt
1675 und ausgetrocknet werden. Wir wollen, dass die Strukturen rechtsextremistischer
1676 Gruppen konsequent aufgedeckt und unterbunden werden. Hierfür überprüfen wir, ob die
1677 bisherigen Befugnisse der Sicherheitsbehörden ausreichen.

1678 **Extremistische Bestrebungen werden weiterhin intensiv überwacht**, unsere
1679 Sicherheitsbehörden müssen frühzeitiger bei verfassungsfeindlichen Aktivitäten
1680 eingreifen können. Der Schutz unserer Demokratie hat oberste Priorität.

1681 Hierzu werden wir auch weiterhin prüfen, wie wir den **Zugang zu Waffen noch besser**
1682 **kontrollieren** und Extremisten noch schneller entwaffnen können. Personen mit
1683 psychischen Vorbelastungen dürfen keinen Zugriff auf Waffen haben.

1684 Wir **bekämpfen Islamismus mit ganzer Kraft** und voller Härte und stärken die
1685 Islamismusprävention weiter. Wir entziehen Islamisten Räume und Finanzen und zeigen
1686 damit klar, dass Islamismus und Antisemitismus keinen Platz in Deutschland haben. Wir
1687 wollen zivilgesellschaftliche Initiativen stärken, der Radikalisierung vorbeugen, und
1688 zugleich die Sicherheitsbehörden mit den nötigen Mitteln ausstatten, um islamistische
1689 Netzwerke konsequent zu zerschlagen.

1690 **Verfassungsfeinde haben im öffentlichen Dienst keinen Platz**. Mit dem bereits
1691 reformierten Bundesdisziplinarrecht stellen wir sicher, dass Verfassungsfeinde nicht
1692 mehr im Staatsdienst verbleiben und das Vertrauen in staatliche Institutionen
1693 zerstören.

1694 Wir stärken den **Kampf gegen ausländische Desinformationskampagnen** weiter und legen
1695 Einflussversuche staatlicher Akteure auf die demokratische Meinungsbildung in
1696 Deutschland offen.

1697 **16. Wir kämpfen für mehr Respekt, Sicherheit und Schutz vor** 1698 **Gewalt.**

1699 Dank der professionellen Arbeit unserer Sicherheitsbehörden ist Deutschland weiter
1700 eines der sichersten Länder der Welt. Wir wollen, dass die Menschen sich auch sicher
1701 fühlen. Die Sicherheitsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, frühzeitiger
1702 Gefahren und Bedrohungen abzuwehren. Deshalb reagieren wir konsequent und spürbar auf
1703 Bedrohungen. Das gilt besonders mit Blick auf die Gewalt gegen Frauen und Kinder
1704 sowie politisch motivierte Kriminalität. Das gilt auch für die Bedrohungen durch
1705 Organisierte Kriminalität, Finanzkriminalität und Straftaten im und aus dem Internet
1706 (Cybercrime). Dem Nährboden für Terror, Angst und Hass begegnen wir fokussiert und
1707 konsequent. Dafür setzen wir weiter auf starke Sicherheitsbehörden und moderne
1708 Instrumente. Wir kümmern uns um einen soliden Bevölkerungsschutz und schützen unsere
1709 kritische Infrastruktur. Wir sorgen für Sicherheit, die schützt und Vertrauen
1710 schafft.

1711 ***Wir wollen Sicherheitsbehörden und Justiz stärken.***

1712 Besonders in herausfordernden Zeiten ist die Sichtbarkeit der Polizei von erheblicher

1713 Bedeutung. Auch dafür wollen wir den **Personalaufbau bei den Sicherheitsbehörden**
1714 **konsequent fortsetzen** und sichern so auch ihre Stärke, wenn Kolleginnen und Kollegen
1715 in den kommenden Jahren verstärkt in den Ruhestand gehen. Dabei ist für uns klar,
1716 dass wir die **Pensionsaltersgrenze im Polizeivollzugsdienst des Bundes** bei 62 Jahren
1717 stabil halten.

1718 Wir sorgen für gute Arbeitsbedingungen bei der Bundespolizei und stärken den
1719 Polizistinnen und Polizisten den Rücken bei ihrer Arbeit für unsere Sicherheit. Zudem
1720 sorgen wir für **moderne Ausrüstung und zeitgemäße Befugnisse** von Polizei- und
1721 Sicherheitsbehörden.

1722 Wir schaffen ein **modernes Bundespolizeigesetz**, das der Bundespolizei klare Befugnisse
1723 gibt, um den heutigen sicherheitspolitischen Herausforderungen wirksam zu begegnen.

1724 Wir wollen, dass die Polizistinnen und Polizisten den Respekt und die Anerkennung für
1725 ihre unverzichtbaren Dienste an unserer Gesellschaft bekommen. **Angriffe auf sie,**
1726 **genauso wie auf Rettungskräfte und Helferinnen und Helfer müssen konsequent geahndet**
1727 **und härter bestraft werden.** Zudem wollen wir den Schutz der Einsatzkräfte durch
1728 verbesserte technische Ausrüstung, Schulungen und einen überlegenen Kräfteansatz in
1729 bedrohlichen Situationen schnell erhöhen. Wir müssen den Menschen, die täglich für
1730 unsere Sicherheit ihr Leben riskieren, stark zur Seite stehen.

1731 Darüber hinaus werden wir mit den Ländern eine Initiative starten, um die föderalen
1732 Unterschiede im Bereich des **Polizei- und Versammlungsrechts zu harmonisieren.**
1733 Parallel dazu sollen die Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes gestärkt
1734 werden, damit das Grundrecht auf Versammlung überall geschützt werden kann.

1735 Unsere Polizei soll **automatisierte (KI-basierte) Datenanalysen** vornehmen können. Das
1736 ermöglicht eine wesentlich schnellere Kriminalitätsbekämpfung, deshalb schaffen wir
1737 rechtsstaatliche Instrumente für das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei.
1738 Besonders im wichtigen Kampf gegen die Organisierte Kriminalität müssen wir sie
1739 stärker befähigen, riesige Datenmengen effizient auswerten und Kriminalität gezielt
1740 bekämpfen zu können.

1741 **Wir stärken die gesamte Rechtsstaatskette:** Neben den Sicherheitsbehörden wollen wir
1742 die Staatsanwaltschaften und (Straf-)Gerichte stärken. Die Justiz darf nicht zum
1743 Flaschenhals werden. Mit einem erneuten **Pakt für den Rechtsstaat** werden wir gemeinsam
1744 mit den Ländern die Justiz personell und materiell besser ausstatten. Zudem wollen
1745 wir die **Strafprozessordnung auf Effektivität reformieren** und die **Digitalisierung der**
1746 **Justiz** mit bundesweit kompatiblen Systemen fortsetzen.

1747 **Wir wollen Frauen vor Gewalt schützen.**

1748 **Femizide stellen extreme Formen der Gewalt gegen Frauen dar.** Frauen werden getötet,
1749 allein auf Grund der Tatsache, dass sie Frauen sind. Es sind die zugrundeliegenden
1750 gesellschaftlichen und patriarchalen Strukturen, die diese Taten erst ermöglichen.
1751 Diese sind Ausdruck tiefer Menschenfeindlichkeit. Dagegen gehen wir präventiv wie
1752 repressiv mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vor. Wir schließen Schutzlücken
1753 im Strafrecht, verbessern die Strafverfolgung und unterstützen die Einrichtung von
1754 Schwerpunktstaatsanwaltschaften durch die Länder. Wir setzen uns für eine
1755 vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention ein. Häusliche Gewalt ist auch im
1756 Sorge- und Umgangsverfahren zu berücksichtigen.

1757 Wir stellen erhebliche **sexuelle Belästigungen unter Strafe**: Unerwünschte,
1758 erniedrigende Handlungen wie „Catcalling“ sollen künftig strafrechtlich verfolgt
1759 werden können. Damit wollen wir Betroffene besser schützen und gesellschaftliche
1760 Grenzen klar aufzeigen.

1761 Mit einer **Verschärfung des Gewaltschutzgesetzes** wollen wir Betroffenen häuslicher
1762 Gewalt und anderer Nachstellungen besser schützen: Maßnahmen wie elektronische
1763 Fußfesseln, Aufenthaltsverbote und Hausarreste bieten besseren Schutz vor Tätern und
1764 ermöglichen eine engmaschigere Überwachung in Gefahrensituationen. Hierfür passen wir
1765 die einschlägigen Rechtsgrundlagen an.

1766 Wir wollen, dass **geschlechtsspezifische Gewalt EU-weit als Straftatbestand**
1767 festgeschrieben wird. Unser Ziel sind einheitliche Standards im Schutz und in der
1768 Strafverfolgung in allen Mitgliedstaaten.

1769 Wir wollen einen **Anspruch auf Schutz und Beratung**: Mit einem bundesweiten
1770 Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Betroffene jederzeit Zugang zu
1771 Schutzunterkünften wie Frauenhäusern und Beratungsstellen erhalten. Wir wollen mehr
1772 Vorbeugung gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. Mit dem
1773 **Gewalthilfegesetz** wollen wir diese Strukturen weiter ausbauen und nachhaltig
1774 absichern.

1775 Wir bekämpfen konsequent Menschenhandel und jede Art sexueller Ausbeutung. Betroffene
1776 müssen schnell Schutz und Hilfe bekommen.

1777 Wir wollen auch **geflüchtete Frauen** besser vor Gewalt schützen. Für Opfer häuslicher
1778 Gewalt wollen wir Erleichterungen bei Residenzpflicht und Wohnsitzauflage schaffen,
1779 außerdem wollen wir das eigenständige – vom Ehegatten unabhängige – Aufenthaltsrecht
1780 praxistauglicher ausgestalten.

1781 **Wir wollen Gewalt und Kriminalität im Netz unterbinden.**

1782 Leider verbreitet sich Gewalt auch in der digitalen Welt. Rasant und mit einem nie
1783 dagewesenen Ausmaß. Wir wollen konsequent auch gegen digitale Gewalt vorgehen. Dazu
1784 schaffen wir ein **digitales Gewaltschutzgesetz**. Hierfür schließen wir
1785 Strafbarkeitslücken bei bildbasierter Gewalt und schränken den Umgang mit sogenannten
1786 Spionage-Apps ein. Zudem sollen die Täter-Accounts einfacher gesperrt werden können.
1787 Versehen mit einem Verbandsklagerecht sollen Rechte der Betroffenen effektiv
1788 durchgesetzt werden können.

1789 Wir machen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (**BSI**) zu einer
1790 **Zentralstelle in der Cyber- und Informationssicherheit**. Zudem stärken wir die
1791 Kompetenzen der Sicherheitsbehörden gegen Cybercrime. Dadurch verbessern wir die
1792 Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und stärken die Verteidigung gegen
1793 Cyberangriffe auf Menschen und Wirtschaft – insbesondere IP-Adressen und Port-
1794 Nummern. Dabei gewährleisten wir den Schutz der Daten der Nutzerinnen und Nutzer,
1795 stärken die IT-Sicherheitsmaßnahmen der Unternehmen und ihre Verantwortung im Kampf
1796 gegen Hass und Hetze im Netz. Gleichzeitig schaffen wir damit eine bessere Grundlage
1797 für die wirksame Strafverfolgung bei konkreten Tatverdachten. Ergänzend setzen wir
1798 dabei auf die **Log-in-Falle**, die bei der Anmeldung an einem verdächtigen Benutzerkonto
1799 die IP-Adresse erfasst, wodurch per Justiz-Schnittstellen Stammdaten ermittelt werden
1800 können – selbstverständlich unter strikter Wahrung der Grundrechte und des
1801 Datenschutzes.

1802 Regelungen gegen Hasskriminalität und andere Straftaten im Netz sowie zum
1803 Jugendschutz setzen wir konsequent durch. Wir setzen klare Regeln zur **Bekämpfung von**
1804 **Hasskriminalität und Netzstraftaten** um. Plattformbetreiber werden verpflichtet,
1805 illegale Inhalte zu entfernen, während wir gleichzeitig den Jugendschutz stärken,
1806 etwa durch effektive Möglichkeiten zur Altersverifikation.

1807 ***Wir kämpfen gegen Menschenfeindlichkeit in all ihren Formen.***

1808 Die Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten,
1809 Rechtsextremisten und andere Kräfte hat in erschreckendem Maße zugenommen.
1810 Wir stellen uns weiterhin entschlossen **gegen jede Form von gruppenbezogener**
1811 **Menschenfeindlichkeit**. Sie ist Kernelement rechtsextremer Einstellungen und drückt
1812 sich in Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit, aber
1813 auch in Sexismus, Homophobie oder Queer-Feindlichkeit aus. Diese Ausgrenzung von
1814 Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft werden wir nicht dulden.

1815 ***Wir kämpfen gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in Deutschland.***

1816 Deutschland trägt eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus. Wir
1817 müssen vor ihm warnen und laut und sichtbar gegen ihn eintreten. Das ist **eine**
1818 **gesamtgesellschaftliche Verpflichtung**. Alle Parteien und zivilgesellschaftlichen
1819 Organisationen müssen deutlich machen, dass für antisemitische Ansichten in ihren
1820 Reihen kein Platz ist.
1821 Wir sind dankbar für das **jüdische Leben und die jüdische Kultur in Deutschland**. Sie
1822 ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft und angesichts unserer Geschichte eine
1823 besondere Vertrauenserklärung gegenüber unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat.
1824 Deshalb setzen wir uns weiterhin für die Förderung und den Schutz jüdischen Lebens in
1825 Deutschland ein und unterstützen engagiert die jüdische Gemeinschaft in unserem Land.
1826 Dies umfasst die Stärkung der Sichtbarkeit jüdischen Lebens, das Wachhalten der
1827 Erinnerung an die Shoah sowie die Förderung von Gedenkstätten und Bildungsarbeit.
1828 Die **Sicherheit jüdischen Lebens** muss sowohl im öffentlichen als auch im digitalen
1829 Raum gewährleistet sein. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Hochschulen sichere
1830 Orte für jüdische Studierende und Lehrende sind und antisemitisches Verhalten
1831 konsequent geahndet wird.

1832 ***Wir verbessern den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe.***

1833 Wir stärken die **Vorsorge gegen Klimafolgen** wie extreme Niederschläge, Hitzewellen und
1834 Dürre. Zudem stärken wir die **Zivilverteidigung**, um auf geopolitische Bedrohungen wie
1835 hybride Angriffe oder militärische Konflikte besser vorbereitet zu sein.
1836 Wir wollen unser Land noch besser wappnen gegen (hybride) Angriffe auf unsere
1837 kritische **Infrastruktur und vor Desinformationskampagnen**. Dafür werden wir Kommunen,
1838 Länder, den Bund, kommunale Versorger und die Betreiber kritischer Infrastruktur
1839 besser miteinander verzahnen und dafür auch die Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze
1840 aktualisieren und anpassen. Zudem wollen wir eine Stärkung der Befugnisse der
1841 Sicherheitsbehörden zur Cyberabwehr.
1842 Ein zentraler Schritt ist hierbei das KRITIS-Dachgesetz, das bundeseinheitliche und
1843 sektorenübergreifende Vorgaben für den physischen Schutz kritischer Infrastrukturen
1844 (KRITIS) einführt. Dieses Gesetz zielt in erster Linie auf die Resilienz von

1845 Unternehmen ab, um die Versorgungssicherheit unserer Gesellschaft mit lebenswichtigen
1846 Dienstleistungen zu gewährleisten.

1847 Das **Technische Hilfswerk (THW)** ist unerlässlich für Schutz und Hilfe im Fall der
1848 Fälle. Wir wollen es weiter mit den erforderlichen personellen und materiellen
1849 Ressourcen ausstatten.

1850 Als *die* Ehrenamts-Partei wollen wir weiter die Engagierten in den Freiwilligen
1851 Feuerwehren, dem THW, bei der Deutschen Lebens-Rettungsgesellschaft (DLRG) sowie in
1852 den Rettungs- und Sanitätsdiensten unterstützen. Unsere „Hilfen für Helfer“ werden
1853 wir fortsetzen.

1854 Wir werden weiter für eine **solide ergänzende Ausstattung für die Feuerwehren** sorgen.
1855 Wir wollen, dass der Bund hier hilft, auf komplexe Gefahrenlagen vorbereitet zu sein,
1856 etwa beim Hochwasserschutz und dem CBRN-Einsatz.

1857 Wir wollen, dass die Menschen besser und schneller vor Gefahren gewarnt werden. Dazu
1858 werden wir den **flächendeckenden Ausbau mit Sirenen** weiter fördern und die bestehenden
1859 Warn-Apps verbessern.

1860 Wir wollen, dass wieder mehr **Übungen für den Katastrophenfall** stattfinden. Damit die
1861 Zusammenarbeit und die Einsatzfähigkeit gewährleistet sind, sollen alle Ebenen
1862 einbezogen werden, unter Einsatz moderner Technologien wie Virtual Reality.

1863 **17. Wir kämpfen für Gleichstellung, für eine Gesellschaft frei** 1864 **von Rassismus und Diskriminierung.**

1865 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleich an Würde, gleich an
1866 Chancen und frei von Diskriminierung, oder gar Angst vor Bedrohung und Gewalt sicher
1867 leben und ihre Träume verwirklichen können.

1868 Unser Feminismus kämpft gegen strukturelle Benachteiligungen jeglicher Art, wie er
1869 gegen Frauen, People of Color und queere Personen leider auch weiterhin an der
1870 Tagesordnung ist.

1871 Die Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten,
1872 Rechtsextremisten und andere Kräfte hat in erschreckendem Maße zugenommen. Wir
1873 stellen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit klar entgegen.

1874 ***Wir wollen Frauenrechte und Gleichstellung weiter voranbringen.***

1875 Damit Frauen und Männer gleichermaßen am Erwerbsleben, an der Care-Arbeit und an
1876 Führungspositionen teilhaben können, bekämpfen wir strukturelle Benachteiligungen. So
1877 tragen wir zu einer nachhaltigen, gerechten und wirtschaftlich erfolgreichen Zukunft
1878 bei.

1879 Gleichstellung werden wir auch künftig – im Sinne des **Gender Mainstreaming** – zu einem
1880 Leitprinzip aller Ressorts der Regierung machen. Die ressortübergreifende
1881 **Gleichstellungsstrategie des Bundes** soll weiterentwickelt werden.

1882 **Antifeminismus und Anti-Gender-Bewegungen bedrohen unser freiheitliches**
1883 **Zusammenleben.** Wir werden dem entgegentreten, indem wir Antifeminismus, Sexismus und
1884 jegliche Formen von Diskriminierungen bekämpfen und gegen Herabwürdigungen und
1885 Hassreden vorgehen.

1886 Wir wollen, dass die **Antidiskriminierungsstelle des Bundes** auch **Anti-Feminismus** in

1887 den Fokus nimmt, um gezielt frauenfeindliche Diskriminierung zu verhindern.

1888 Die **Modernisierung von Arbeitszeitmodellen** ermöglicht eine bessere Balance zwischen

1889 Beruf und Privatleben. Gleichzeitig sichern wir durch eine Fachkräfteoffensive die

1890 Qualität und Verlässlichkeit von Kitas und Schulen und reduzieren Schließzeiten

1891 deutlich.

1892 Die **gerechte Verteilung von Sorgearbeit** muss selbstverständlich werden. Zusätzliche

1893 Urlaubstage für sorgearbeitende Eltern fördern eine partnerschaftliche Organisation

1894 des Familienalltags und entlasten insbesondere diejenigen, die Pflege und Beruf

1895 vereinbaren müssen. Wir wollen Eltern und vor allem **berufstätigen Müttern ihren**

1896 **Alltag** erleichtern. Flexible Arbeitszeitmodelle und eine verlässliche

1897 Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen schaffen mehr Zeit für die Familie.

1898 Unser verbessertes Modell beim Elterngeld, nach dem jeder Elternteil Anspruch auf 6

1899 Monate Elterngeld erhält und weitere 6 Monate frei verteilt werden können, erhöht die

1900 Gesamtzahl der Elterngeldmonate von 14 auf 18 Monate, unterstützt echte

1901 Partnerschaftlichkeit und gibt Eltern gleiche Chancen auf Familienzeit.

1902 **Frauen sollen besser vor Altersarmut** geschützt werden. Wir stärken die Anerkennung

1903 von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rente und schaffen eine faire Absicherung für

1904 alle Lebensphasen. Kostengünstige und transparente Altersvorsorgemodelle bewirken,

1905 dass Frauen im Alter gut versorgt sind.

1906 Wir wollen, dass **pfl egende Angehörige noch besser unterstützt** werden. Es ist ein

1907 Fakt, dass vor allem Frauen diese große Leistung erbringen. Mit einer

1908 Familienpflegezeit und einem Familienpflegegeld, ähnlich wie beim Elterngeld,

1909 ermöglichen wir die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ohne finanzielle Einbußen.

1910 Wir wollen, dass **Frauengesundheit noch mehr Aufmerksamkeit** bekommt. Wir schließen

1911 Datenlücken und verbessern die Versorgung etwa bei Endometriose, Geburt,

1912 Verhütungsmitteln und in den Wechseljahren, damit die Gesundheitsversorgung den

1913 spezifischen Bedürfnissen von Frauen gerecht wird.

1914 Wir werden **Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren** und außerhalb des Strafrechts

1915 regeln – außer wenn sie gegen oder ohne den Willen der Schwangeren erfolgen. Wir

1916 wollen Schwangerschaftsabbrüche zu einem Teil der medizinischen Grundversorgung

1917 machen.

1918 Die **Zeit für Parität** ist jetzt – es müssen mehr Frauen in die Parlamente. Dafür

1919 werden wir ein Paritätsgesetz auf den Weg bringen, das bei Wahlen die paritätische

1920 Vertretung von Frauen und Männern im Deutschen Bundestag bei Listen- und

1921 Direktmandaten sicherstellt.

1922 Unser Ziel bleibt die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen.

1923 Dazu werden wir das **Führungspositionen-Gesetz weiterentwickeln** mit dem Ziel, bis 2030

1924 Parität in Aufsichtsräten und Vorständen zu erreichen. Als nächsten Schritt streben

1925 wir ein **Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft** an.

1926 Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine **EU-Charta der Frauenrechte** verabschiedet

1927 und somit ein effektiver Schutz von Frauenrechten in der ganzen EU gewährt wird.

1928 **Wir wollen gegen Lügen, Hass und Hetze vorgehen.**

1929 Wir **schließen die Schutzlücken bei menschenverachtender Hetze**. Rechtsextreme

1930 Äußerungen von Amtsträgerinnen und Amtsträgern sowie in Schulen werden wir besonders

1931 in den Blick nehmen und den Volksverhetzungsparagrafen entsprechend überarbeiten.

1932 Wir verbessern den **Datenschutz bei Hassdelikten**. Im Strafverfahren soll die Wohn-

1933 oder Aufenthaltsanschrift künftig nicht mehr durch Akteneinsicht offengelegt werden

1934 müssen, um Betroffene besser zu schützen.

1935 Hasskriminalität im Internet und gezielte Desinformationskampagnen gefährden unsere

1936 Demokratie. Wir werden konsequent dagegen vorgehen und die **Zentralstelle für**

1937 **strafbare Inhalte im Internet beim Bundeskriminalamt weiter ausbauen**, um die

1938 Verfolgung von Online-Hasskriminalität effektiver zu gestalten. Wir stärken die neue

1939 Ansprechstelle für Kommunalpolitik im Deutschen Forum Kriminalprävention.

1940 ***Wir wollen queere Lebensentwürfe noch besser vor Diskriminierung schützen.***

1941 Wir wollen den Schutz vor **Diskriminierung im Grundgesetz (GG) explizit auf sexuelle**

1942 **Orientierung und geschlechtliche Identität erweitern**. Artikel 3 Abs. 3 GG werden wir

1943 daher entsprechend erweitern.

1944 Wir wollen dafür sorgen, dass alle **Diskriminierungen queerer Familien**

1945 **(„Regenbogenfamilien“) im Familien- und Abstammungsrecht aufgehoben** werden: Queere

1946 Familien sollen im Familien- und Abstammungsrecht vollständig gleichgestellt werden.

1947 Den **Aktionsplan „queer Leben“** der Bundesregierung werden wir unter Beteiligung der

1948 Zivilgesellschaft weiterentwickeln: Der Aktionsplan wird in Zusammenarbeit mit der

1949 Zivilgesellschaft fortgeschrieben, um die Lebensrealität queerer Menschen besser zu

1950 berücksichtigen.

1951 **18. Wir kämpfen für Medienvielfalt, für Vielfalt in Kunst und**

1952 **Kultur und für einen starken Sport.**

1953 Kreativität gilt im Zeitalter der stetigen Veränderungen als die Kompetenz

1954 schlechthin. Dazu kommt, dass wir auch in der Ära der Künstlichen Intelligenz immer

1955 noch das Land der Dichter und Denker, der Dichterinnen und Denkerinnen bleiben

1956 wollen. Kunst inspiriert, irritiert und eröffnet neue Perspektiven. Ohne freie und

1957 kraftvolle Kunst verkümmert, was jedem Fortschritt zugrunde liegt: die Fähigkeit,

1958 unser gegenwärtiges Leben zu reflektieren und uns ein besseres vorzustellen. Für uns

1959 ist die uneingeschränkte Freiheit der Künste deshalb nicht nur kultureller Wert,

1960 sondern politischer Auftrag.

1961 Sport begeistert Millionen, ob im Ehrenamt, als Amateur oder Profi. Er fördert

1962 Integration und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit – von der Kindheit bis

1963 ins hohe Alter. Deshalb unterstützen wir den Sport umfassend. Auch weil wir wissen:

1964 Nirgendwo sonst lassen sich Werte-Themen wie Respekt, Vielfalt, Inklusion und

1965 Zusammenhalt schöner erzählen und belegen als mit Sport.

1966 Freie und unabhängige Medien sind unverzichtbar für den öffentlichen Diskurs. Wir

1967 wollen, dass man sich auf Fakten in den Nachrichten verlassen kann. Deshalb stärken

1968 wir die Medienvielfalt als Fundament der Demokratie.

1969 ***Wir wollen die Medienvielfalt als wichtige Grundlage der Demokratie fördern.***

1970 Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** bleibt eine zentrale Säule des dualen

1971 Mediensystems und muss durch eine auftragsgerechte, rechtssichere Finanzierung

1972 gestärkt werden. Er soll alle Generationen mit hochwertigen, unabhängigen Angeboten

1973 erreichen. **Private Medienunternehmen** sind eine wichtige zweite Säule und sollen durch
1974 gute regulatorische und ordnungspolitische Rahmenbedingungen unterstützt werden, um
1975 auch im digitalen Zeitalter ihre wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftliche
1976 Relevanz zu sichern. Wir wollen **lokale und regionale Medien fördern** und innovative
1977 Medienformate unterstützen, um die Teilhabe und Vielfalt im Mediensystem zu sichern.

1978 Der **Kampf gegen Desinformation** ist angesichts des schon heute immensen Ausmaßes eine
1979 herausragende gesellschaftliche Aufgabe. **Medienkompetenz** ist eine Grundkompetenz im
1980 digitalen Zeitalter. Wir setzen uns dafür ein, Programme zur Förderung der Medien-
1981 und Nachrichtenkompetenz für alle Altersgruppen auszubauen, um Manipulation und
1982 Desinformation entgegenzuwirken.

1983 Plattformen sollen verpflichtet werden, ihre **Algorithmen und Entscheidungsprozesse**
1984 **zur Inhaltsdarstellung offenzulegen** und auf diskriminierende oder manipulative
1985 Praktiken zu prüfen. Transparenz und Verantwortlichkeit der Plattformanbieter sind
1986 zentral, um die demokratische Meinungsbildung zu schützen. Im Kampf gegen
1987 Desinformation muss staatliche Aufsicht sich zurückhalten, um kein Gefühl von
1988 staatlicher Zensur aufkommen zu lassen. Aber der Staat kann wirksame Moderation von
1989 Plattformen einfordern, unabhängige Medien fördern, die unter anderem auch
1990 Faktenchecks durchführen, die Zusammenarbeit und den Ausbau mit Berufsverbänden und
1991 Gremien der Selbstregulierung, beispielsweise dem Presserat, stärken.

1992 Wir wollen außerdem eine **strikte Durchsetzung der Bot-Kennzeichnungspflicht** aus der
1993 KI-Verordnung, sowie verpflichtende Tools zum Faktencheck auf großen Plattformen. Es
1994 gilt die europäischen Regelungen (DMA, DSA, KI-Verordnung) durchzusetzen und die
1995 Plattformen zu zwingen, gegen illegale Inhalte vorzugehen und wirksame Vorkehrungen
1996 gegen systemische Risiken wie Desinformation und Fake News zu treffen.

1997 ***Wir fördern kulturelle Teilhabe, geben Künstlerinnen und Künstlern soziale Sicherheit***
1998 ***und stärken die Kreativwirtschaft.***

1999 „**Kultur für alle**“ ist unser Kernversprechen, für das wir unermüdlich weiterarbeiten
2000 werden. Wir wollen, dass die Trägerinnen und Träger kultureller Infrastruktur
2001 finanziell und organisatorisch stärker unterstützt werden, dass bezahlbare kulturelle
2002 Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich gemacht werden und dass
2003 kulturelle Bildung und inklusive Strategien gefördert werden. **Kultur soll als**
2004 **Staatsziel in der Verfassung** verankert werden. Damit geben wir der Bedeutung von
2005 Kunst und Kultur in unserer Gesellschaft einen festen Platz.

2006 Wir bekennen uns dazu, dass der Staat auf allen seinen Ebenen die Verantwortung
2007 trägt, die Kultur zu fördern und die Freiräume für künstlerisches Schaffen zu
2008 sichern. Wir gewährleisten die **zukunftsgerichtete Organisation und Finanzierung der**
2009 **Kultur**. Das gilt insbesondere für die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die
2010 Kulturstiftung des Bundes, die Förderfonds und kulturelle Angebote von nationaler
2011 Reichweite. Wir werden den Denkmalschutz stärken, das kulturelle und bauliche Erbe
2012 erhalten und die nachhaltige Transformation der Kultur fördern.

2013 Zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung muss die Kulturpolitik
2014 des Bundes mehr sein als bloß eine Ergänzung der vielen Aufgaben, die in der
2015 Kulturhoheit der Länder geleistet werden. Wir verstehen sie als **Gesellschaftspolitik**
2016 und als Arbeit an den kulturellen und diskursiven Formationen der Bundesrepublik.

2017 Wir lernen aus der Geschichte für die Gegenwart. Deshalb ist **erinnerungskulturelle**

2018 **Arbeit** in einer Demokratie unabdingbar. Wir werden gerade jetzt die Erinnerung an die
2019 NS-Verbrechen und die Shoah wachhalten und künftigen Generation vermitteln. Auch die
2020 weitere Aufarbeitung der Verbrechen der SED-Zeit und des Kolonialismus muss
2021 weitergehen. Wir werden die Opfer der Diktaturen in Deutschland nicht vergessen.

2022 Im Jahr 2025 feiern wir 35 Jahre Deutsche Einheit. Wir wollen positive Ereignisse in
2023 der deutschen Demokratiegeschichte noch stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit
2024 rücken und damit einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten.

2025 Wir stehen für ein breites Kulturverständnis, das **Hoch-, Pop-, Sozio- und Subkultur**
2026 gleichermaßen anerkennt. Wir werden uns um kulturelle und kreative Tätigkeiten in
2027 ihrer ganzen Vielfalt kümmern.

2028 Wir sorgen für die **Absicherung und faire Bezahlung von Künstlerinnen und Künstlern**.
2029 Die Künstlersozialkasse werden wir ausbauen und die soziale Absicherung grundsätzlich
2030 besser auf die besonderen Arbeits- und Lebensbedingungen in der Kunstbranche
2031 abstimmen.

2032 Wir **gewährleisten auch künftig Urheber- und Leistungsschutzrechte**. Dafür schützen wir
2033 kreative Produkte und sorgen für eine angemessene Vergütung. Wir werden insbesondere
2034 im digitalen Musikmarkt mithelfen, faire und transparente Vergütungsmodelle zu
2035 entwickeln. Zudem sorgen wir dafür, dass KI-generierte Inhalte klar erkennbar sind.

2036 Wir sorgen bei der **Regulierung von digitalen Plattformen und Künstlicher Intelligenz**
2037 für Augenhöhe zwischen Kreation und Technologie und für faire Vergütungsregeln. Für
2038 mehr Unabhängigkeit von chinesischen und amerikanischen Plattformen prüfen wir,
2039 inwieweit Alternativen für europäische Kulturproduzenten entstehen und gefördert
2040 werden können.

2041 **Wir stärken die Kultur- und Kreativwirtschaft**. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist
2042 ein wichtiger Innovations- und Beschäftigungsfaktor. Wir wollen ihre Förderung durch
2043 klare Rahmenbedingungen und Steueranreize stärken. Ein zentraler Koordinator in der
2044 Bundesregierung soll ihr Potenzial besser nutzen und technologische Entwicklungen wie
2045 Künstliche Intelligenz gezielt unterstützen

2046 **Den deutschen Film wollen wir stärken**. Die SPD steht für Arbeitsplätze und den
2047 heimischen Filmstandort ein. Wir setzen uns daher für eine umfassende Reform der
2048 Filmförderung, bestehend aus einem steuerlichen Anreizsystem sowie einer
2049 Investitionsverpflichtung für internationale Streaming-Plattformen, ein. So sichern
2050 wir die Wettbewerbsfähigkeit der Filmwirtschaft. **Kinos im ländlichen Raum** sind
2051 wichtige kulturelle Treffpunkte. Wir wollen sie durch langfristige Förderprogramme
2052 erhalten und stärken.

2053 **Die Förderung von Popkultur** wollen wir ausbauen, um insbesondere für jüngere
2054 Zielgruppen vielfältige kulturelle Angebote zu schaffen. Mit „**Kulturschutzgebieten**“
2055 **im Baurecht schützen wir kulturelle Einrichtungen wie Clubs** vor Verdrängung und
2056 sichern ihnen eine langfristige Perspektive.

2057 **Games wollen wir als gemeinnütziges Kulturgut und Innovationstreiber gezielt fördern**.
2058 Sie verbinden Kultur, Technik und Wirtschaft und tragen zur kreativen Vielfalt bei.

2059 **Wir wollen den Sport in seiner ganzen Bandbreite fördern.**

2060 Sowohl im Spitzen- als auch im Breitensport wollen wir Deutschland voranbringen. Dazu
2061 werden wir das professionelle Umfeld für Trainerinnen, Trainer sowie Athletinnen und

2062 Athleten gezielt stärken, indem wir die **Reform des Spitzensports konsequent**
2063 **fortsetzen und das Sportfördergesetz entsprechend weiterentwickeln.** So schaffen wir
2064 die Grundlage für langfristigen Erfolg, fördern Talente und unterstützen die
2065 sportliche Vielfalt in Deutschland.

2066 Wir wollen **Sport als Staatsziel im Grundgesetz** verankern, um mit der Kraft des Sports
2067 Gesundheit, soziale Teilhabe und Integration zu stärken. Wir helfen Ländern, Kommunen
2068 und Vereinen bei der Sanierung von Sportstätten und erhöhen die Attraktivität und
2069 Zugänglichkeit des Ehrenamtes im Breitensport.

2070 Wir schreiben **Schutz vor Gewalt im Sport** groß: Deshalb stehen wir weiter an der Seite
2071 des Zentrums für Safe Sport zur Bekämpfung physischer, psychischer und sexualisierter
2072 Gewalt.

2073 Wir sagen **Ja zu Sportgroßveranstaltungen** in Deutschland und unterstützen den
2074 Deutschen Olympischen Sportbund bei der Bewerbung für **Olympische Spiele und**
2075 **Paralympics in Deutschland.**

2076 **19. Wir kämpfen für starke Kommunen und gleiche Chancen in Land** 2077 **und Stadt.**

2078 Wir wollen, dass Menschen frei wählen können, ob sie in der Stadt oder auf dem Land
2079 leben – mit gleichen Chancen überall. Wir stärken den ländlichen Raum und sichern die
2080 Daseinsvorsorge vor Ort. Klimagerechte Städte, lebendige Dörfer und moderne
2081 Infrastruktur sind der Schlüssel für ein gutes Leben überall in Deutschland.

2082 ***Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse und den ländlichen Raum stärken.***

2083 Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen, indem wir
2084 Regionen mit besonderen Herausforderungen gezielt unterstützen. Durch Investitionen
2085 in Infrastruktur und die Stärkung lokaler Stärken fördern wir wirtschaftliche Dynamik
2086 und soziale Stabilität. Die ländlichen Räume in Deutschland sind unterschiedlich
2087 dynamisch, wohlhabend und zukunftsfest. Diese strukturellen Herausforderungen müssen
2088 bewältigt werden. Speziell in den Handlungsfeldern Modernisierung, Zusammenleben,
2089 Landwirtschaft, Mobilität und Gesundheitsversorgung stehen die ländlichen Räume vor
2090 Herausforderungen. Hier müssen differenzierte politische Antworten gefunden werden.

2091 Wir werden ländliche Räume stärken, indem wir **Breitbandinternet ausbauen** und
2092 nachhaltige Mobilitätslösungen schaffen und fördern. Kleine Städte entwickeln wir als
2093 Ankerpunkte für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Netzwerke, um regionale
2094 Entwicklung zu fördern.

2095 Wir sichern den **Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen** unabhängig vom Wohnort. Mit
2096 Telemedizin und medizinischen Versorgungszentren stärken wir die
2097 Gesundheitsversorgung und investieren in Bildungs- und Betreuungsangebote für
2098 Chancengleichheit.

2099 Wir fördern **regionale Wirtschaftsstrukturen**, stärken Wertschöpfungsketten und
2100 schaffen faire Arbeitsbedingungen. Damit sichern wir Arbeitsplätze und stärken die
2101 Stabilität ländlicher Regionen.

2102 Wir fördern die Beteiligung der Menschen vor Ort durch Bürgerforen, digitale
2103 Plattformen und Partizipationsprojekte, beispielsweise durch das **Ermöglichen von**
2104 **kommunalen Entwicklungsbeiräten**, in denen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik,

2105 Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Empfehlungen für langfristige
2106 Entscheidungen erarbeiten.

2107 Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung, um gleichwertiger Lebensverhältnisse
2108 gewährleisten zu können. Dafür stärken wir (Ruf-)Busse und Bahn im ländlichen Raum
2109 und in der Stadt. Dabei wissen wir, dass das Auto für viele vor allen in ländlichen
2110 Regionen unverzichtbar ist.

2111 Um leerstehende Gebäude im ländlichen Raum wieder nutzbar zu machen und damit die
2112 Attraktivität und Wirtschaftskraft dieser Regionen zu stärken, brauchen wir eine
2113 umfassende **Leerstand-Strategie für den ländlichen Raum**. Durch gezielte
2114 Förderprogramme und Anreize sollen Kommunen und private Eigentümer motiviert werden,
2115 leerstehende Immobilien in Wohn- oder Gewerberaum umzuwandeln.

2116 **Wir wollen Natur und Ökosysteme schützen.**

2117 Um Natur und Ökosysteme im Einklang mit europäischen und internationalen
2118 Verpflichtungen zu schützen, braucht es effektive Maßnahmen in bestehenden
2119 Schutzgebieten und die Vernetzung ökologisch wertvoller Flächen. Wir wollen eine
2120 Flächenplanung, die Wildnis- und Kulturlandschaften und heimische Arten schützt und
2121 ein konfliktfreies Miteinander von Land- und Energiewirtschaft, Tourismus, Industrie,
2122 Wohnen und Naturschutz ermöglicht. Mittel aus dem Aktionsprogramm Natürlicher
2123 Klimaschutz und dem Naturschutzfonds sollen flächendeckend eingesetzt werden, um
2124 **Wälder, Moore, Flussauen oder Stadtgrün** zu schützen. Wir wollen **Meeresschutzgebiete**,
2125 die echte Rückzugs- und Erholungsräume für Arten sind.

2126 Ziele unserer Klimaschutzpolitik sind die Vermeidung von Treibhausgasemissionen durch
2127 den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien, effizientes Energiemanagement,
2128 Dekarbonisierung der Industrie und eine umfassendere Kreislaufwirtschaft. Wir folgen
2129 deshalb dem Grundsatz „**CO2-Vermeidung vor CO2-Abscheidung**“.

2130 Die **Atomkraft** in Deutschland ist stillgelegt und das ist gut so. Jetzt braucht es die
2131 sichere Endlagerung der radioaktiven Stoffe. Wir werden das Endlager-Suchverfahren
2132 konstruktiv begleiten und beschleunigen, ohne die Sicherheit zu gefährden.

2133 **Wir wollen eine moderne Land- und Forstwirtschaft sowie ökologische Vielfalt stärken.**

2134 Landwirtschaftliche Betriebe gehören in Deutschland zum Kernbereich der
2135 mittelständisch geprägten Wirtschaft. Von der Landwirtschaft hängt direkt oder
2136 indirekt etwa jeder zehnte Arbeitsplatz ab. Die Produktion von Lebensmitteln ist aber
2137 mehr als nur ein Wirtschaftszweig. Landwirtschaft hat jahrhundertlang die Identität
2138 der ländlichen Räume geprägt und die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte verdient
2139 unseren Respekt.

2140 Für uns ist die Zukunft der **Landwirtschaft digital und bürokratiearm**. Auch deshalb
2141 wollen wir Landwirtinnen und Landwirte dabei stärken, die Herausforderungen der
2142 Zukunft zu meistern. Landwirtschaftliche Tätigkeiten brauchen regionale und
2143 nachhaltige Perspektiven, um langfristig und verantwortungsvoll zu wirken.

2144 Wir wollen den Landwirtinnen und Landwirte durch die **Reform der Agrarförderung**
2145 Rückendeckung geben, denn sie stehen am Anfang der landwirtschaftlichen
2146 Wertschöpfungskette. Ziel ist eine stärkere Honorierung und Vergütung von Leistungen,
2147 die den Arbeitskräften in der Landwirtschaft, den ländlichen Regionen sowie dem
2148 Tierschutz zugutekommen.

2149 Mit der neuen **GAP-Förderperiode ab 2028 wollen wir all jene stärker unterstützen, die**
2150 **die Ressourcen Wasser, Boden und Luft schonen**, zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen
2151 und Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimaanpassung durchführen. Den Übergang wollen wir
2152 schrittweise vollziehen. Die Regularien der GAP sind grundlegend zu vereinfachen.
2153 Wir sind sicher, dass man auch im konventionellen Bereich mit kluger Landwirtschaft
2154 gut und nachhaltig arbeiten kann: bodenschonend, tierwohlgerecht, klimaangepasst. Wir
2155 wollen es leichter machen, das zu tun.
2156 Angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise ist es unerlässlich, die gesetzlichen
2157 Rahmenbedingungen anzupassen, um die vielfältigen **Ökosystemleistungen unserer Wälder**
2158 auch für kommende Generationen zu sichern.
2159 Wir wollen die **Fischerinnen und Fischer** dabei unterstützen, sich durch eine stärkere
2160 Kombination ihrer Einkünfte zukunftsfähig aufzustellen.

2161 **20. Wir kämpfen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft.**

2162 Die SPD sorgt dafür, dass Deutschland als Einwanderungsland seine Stärken voll
2163 ausschöpfen kann. Als alternde Gesellschaft sind wir auf Zuwanderung angewiesen.
2164 Vielfalt ist eine Bereicherung, und wir setzen uns dafür ein, dass Integration besser
2165 und schneller gelingt. Deshalb war es so wichtig, dass wir das
2166 Staatsangehörigkeitsrecht endlich modernisiert haben. Mit der erleichterten
2167 Möglichkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, haben wir vielen Menschen
2168 die Identifikation mit Deutschland erleichtert und ein starkes Zeichen für Teilhabe
2169 und Zugehörigkeit gesetzt. So stärken wir den sozialen Zusammenhalt und schaffen die
2170 Basis für ein modernes, weltoffenes Deutschland. Die CDU/CSU hingegen hat dieses
2171 zentrale Vorhaben aus ideologisch geprägter Abwehrhaltung heraus blockiert. Sie macht
2172 deutlich, dass sie für eine Politik der Ausgrenzung steht. Mit ihrem Festhalten an
2173 veralteten Vorstellungen gefährdet die Union so den sozialen Frieden und stellt sich
2174 gegen eine moderne Gesellschaft, die auf Zusammenhalt, Vielfalt und
2175 Chancengerechtigkeit basiert. Dagegen überprüfen wir kontinuierlich bestehende
2176 Strukturen, um aus der Geschichte der Integration weiter eine Erfolgsgeschichte zu
2177 machen.

2178 Die Zuwanderung nach Deutschland aus Asyl- und Fluchtgründen stellt uns weiter vor
2179 große Herausforderungen. Wir begegnen ihr auf allen Ebenen verantwortungsvoll mit
2180 Humanität und Ordnung. Klar ist: Wer sich nicht an die Regeln hält, muss wieder
2181 gehen. Doch wer auf Schutz angewiesen ist, dem gewähren wir Schutz. Wer als
2182 Geflüchteter keinen Schutzstatus erhalten hat und dennoch Integration in Arbeitsmarkt
2183 und Gesellschaft bewältigt und straffrei ist, dem soll der Spurwechsel in die
2184 Fachkräfteeinwanderung ermöglicht werden.

2185 **Wir wollen die Integration verbessern und Fachkräfteeinwanderung vereinfachen.**

2186 Wir werden die **Integrationskurse ausbauen** und sicherstellen, dass sie mit
2187 angemessenen Haushaltsmitteln finanziert werden, damit sie ihre zentrale Rolle bei
2188 der Erstintegration weiterhin erfüllen können.

2189 Wir wollen ein **Partizipationsgesetz auf den Weg bringen**: Durch verbindliche
2190 Regelungen soll gleichberechtigte Teilhabe in allen relevanten Bereichen – von
2191 Bildung und Arbeit bis hin zu politischer Mitbestimmung – erreicht werden. Ziel ist

2192 es, Teilhabehürden abzubauen, Chancengleichheit zu schaffen und so Integration sowie
2193 den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

2194 Wir wollen das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz unbürokratisch umsetzen und beständig**
2195 **weiterentwickeln**, damit qualifizierte Arbeitskräfte einfacher und schneller nach
2196 Deutschland kommen können. Mit klaren Regeln, einer vereinfachten und schnelleren
2197 Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen und fairen Anwerbeabkommen schaffen
2198 wir dafür die Grundlage, um gleichzeitig Integration und Teilhabe zu fördern.

2199 Wir wollen den **Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung weiter stärken**.
2200 Dazu werden wir das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ausweiten und die Stelle der
2201 Anti-Rassismus-Beauftragten dauerhaft verankern. Wir nehmen nicht hin, dass Millionen
2202 von Menschen in Deutschland, die zu uns gehören und jeden Tag mit ihrer Arbeit dazu
2203 beitragen, dass unser Land erfolgreich ist, angefeindet und ausgegrenzt werden. Es
2204 schmerzt uns, dass viele von ihnen sich Gedanken machen, ob es in Deutschland noch
2205 sicher für sie ist und ob es für sie und ihre Kinder eine gute Zukunft gibt.

2206 Wir werden durch mehr Zentralisierung, Digitalisierung und Entbürokratisierung die
2207 **Ankunftsstrukturen optimieren**, um Verfahren zu beschleunigen und klare Perspektiven
2208 zu schaffen. Dazu stärken wir die Ausländerbehörden, verbessern den Datenaustausch
2209 und etablieren One-Stop-Government-Verfahren. Bei der Identitätsklärung werden wir
2210 unter Beachtung des Sicherheitsinteresses des Staates für klare Regelungen sorgen.

2211 **Wir wollen mit humanitärer Verantwortung Migration steuern.**

2212 Wir haben für neue Klarheit in der Migrationspolitik gesorgt – für einen
2213 Paradigmenwechsel hin zu einer geordneten Migration auf den Arbeitsmarkt und eine
2214 deutlich bessere Kontrolle der irregulären Migration. So ist es nach jahrelangem
2215 Stillstand gelungen, die EU-Migrationspolitik zu reformieren: Das Gemeinsame
2216 Europäische Asylsystem (GEAS) ist der Schlüssel, um Migration insgesamt zu steuern
2217 und zu ordnen, humanitäre Standards für Geflüchtete zu garantieren und Migration
2218 insgesamt besser zu managen. Auch bei künftigen Grenzverfahren müssen alle
2219 rechtsstaatlichen und humanitären Standards erfüllt sein. Diese europäische Antwort
2220 auf die Herausforderungen der Migration werden wir konsequent umsetzen.

2221 Wir setzen auf eine deutliche **Beschleunigung der Asylverfahren – sowohl beim**
2222 **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wie auch bei den verwaltungsgerichtlichen**
2223 **Verfahren**. Mit umfassender Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung wollen wir
2224 sicherstellen, dass Asylentscheidungen innerhalb von sechs Monaten getroffen werden
2225 können.

2226 Wir werden die **Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige weiterhin**
2227 **ermöglichen**, da sie eine entscheidende Voraussetzung für eine gelungene Integration
2228 darstellt.

2229 Wir wollen, dass die **Außengrenzen der EU stärker geschützt und kontrolliert werden**.
2230 Dabei sind zu jeder Zeit alle rechtsstaatlichen und humanen Bedingungen zu
2231 gewährleisten. Durch ein unabhängiges Monitoring und eine Stärkung der Kontrollrechte
2232 des Europäischen Parlaments wollen wir Arbeit der EU-Grenzschutzagentur Frontex
2233 überwachen und rechtsstaatlich stärken. Pushbacks darf es nicht geben.

2234 **Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen**. Freiwillige Ausreisen bevorzugen
2235 wir, da sie humaner sind. Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente

2236 Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern. Die **Externalisierung von Asylverfahren**
2237 **lehnen wir ab**. Schutzsuchende müssen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren
2238 in der EU erhalten.

2239 **Wir wollen Fluchtursachen und Schleuserkriminalität bekämpfen.**

2240 Wir stellen klar: **Seenotrettung ist ein humanitäres Anliegen**. Zivile
2241 Seenotrettungsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert werden. Zudem wollen wir,
2242 dass die EU ihrer Verantwortung nachkommt und Strukturen zur Rettung von Menschen in
2243 Seenot aufbaut. Gleichzeitig setzen wir uns für sichere und legale Fluchtrouten ein,
2244 um gefährliche Überfahrten zu vermeiden.

2245 Wir engagieren uns für **umfassende Migrationsabkommen**, die Zuwanderungswege in
2246 Ausbildung und Arbeit eröffnen. Diese Abkommen sollen klare und faire Regelungen für
2247 die Einreise nach Deutschland und Europa schaffen und gleichzeitig die Interessen der
2248 Herkunfts- und Aufnahmeländer berücksichtigen. Dabei wollen wir immer auch dafür
2249 sorgen, dass feste Vereinbarungen getroffen werden, wie vollziehbar
2250 ausreisepflichtige Staatsangehörige aus Deutschland in ihre Herkunftsländer
2251 zurückgeführt werden können.

2252 Eng abgestimmt mit unseren Nachbarn gehen wir gegen Schleuserkriminalität vor. Wir
2253 wollen dafür sorgen, dass Schlepper hart bestraft und konsequent ausgewiesen werden.

2254 Mit einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit wollen wir **Fluchtursachen wirksam**
2255 **bekämpfen**. Wir wollen, dass Deutschland dabei unterstützt, die politische und
2256 wirtschaftliche Stabilität in Krisenregionen zu fördern, zerstörte Strukturen nach
2257 Konflikten wiederaufzubauen und bessere Bildungs- sowie Beschäftigungsmöglichkeiten
2258 vor Ort zu schaffen.

Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende

2259 Die SPD steht für einen verantwortungsbewussten und klaren Kurs in herausfordernden
2260 Zeiten. Einfache Antworten wie die Rückbesinnung aufs Nationale oder die
2261 rücksichtslose Verfolgung kurzfristiger eigener Interessen werden unsere Sicherheit
2262 und unseren Wohlstand nicht schützen. Unser Ziel ist es, in einem starken Europa für
2263 ein verlässliches, stabiles und sicheres internationales Umfeld zu sorgen und die
2264 internationale regelgebundene Ordnung mit ihren multilateralen Institutionen zu
2265 schützen, zu reformieren und damit zu stärken. Wir setzen dabei auf einen Dreiklang
2266 aus Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik. Internationale Solidarität und
2267 die universelle Geltung der Menschenrechte gehören zu den Grundpfeilern der
2268 Sozialdemokratie. Wir werden Frieden und Freiheit verteidigen. Diplomatie, die Suche
2269 nach gemeinsamen Interessen und darauf aufbauend Zusammenarbeit bleiben dabei für uns
2270 zentral, um internationale Konflikte und Krisen zu lösen, langfristig Frieden und
2271 Freiheit zu sichern und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

2272 **21. Wir kämpfen für Freiheit und Sicherheit.**

2273 Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich. Sie müssen erarbeitet, gesichert
2274 und verteidigt werden. Das hat uns der Krieg gegen die Ukraine auf schreckliche Weise
2275 gezeigt. Bereits unter Willy Brandt als Kanzler galt: Nur aus einer Position der
2276 Stärke heraus ist die Wahrung von Frieden möglich. Deshalb sind für uns militärische
2277 Stärke und Diplomatie zwei Seiten der gleichen Medaille. Unsere Antwort auf eine Welt
2278 im Umbruch ist eine Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die mehr Verantwortung
2279 beim Schutz Europas übernimmt. Die Sicherheit auf unserem Kontinent müssen wir vor
2280 Russland organisieren.

2281 ***Wir wollen mehr Investitionen in Sicherheit.***

2282 Wir werden mehr Geld für unsere Sicherheit ausgeben. Das Sondervermögen für die
2283 Bundeswehr war ein erster wichtiger Schritt. Unsere **Verteidigungsausgaben** haben wir
2284 nach Jahren des Abbaus auf mehr als zwei Prozent des BIP gesteigert. Wir setzen uns
2285 daher auch zukünftig für eine nachhaltige Verteidigungsfinanzierung von mindestens
2286 zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein. Die Mittel werden wir für die
2287 **nachhaltige Modernisierung der Bundeswehr** einsetzen, damit die Soldatinnen und
2288 Soldaten ihre Aufgaben bei Auslandseinsätzen und in der Bündnis- und
2289 Landesverteidigung dauerhaft und voll umfänglich erfüllen können. Dies gebietet der
2290 Respekt vor den Soldatinnen und Soldaten. Es ist unser Ziel, die Bundeswehr als
2291 Arbeitgeber attraktiv zu machen. Dazu zählt die Vereinbarkeit von Familien und Dienst
2292 ebenso wie die weitere berufliche Perspektive im öffentlichen Dienst. Als SPD stehen
2293 wir für das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“.

2294 Die NATO ist ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für die
2295 europäische Sicherheit unverzichtbar. Gleichzeitig müssen wir damit rechnen, dass
2296 Washington nicht mehr die Hauptlast für den Schutz Europas tragen wird. Die
2297 Entscheidungen, das neue Ostseekommando in Rostock durch die Deutsche Marine
2298 einzurichten, neue europäische Abstandswaffen (European Long-Range Strike Approach,
2299 ELSA) zusammen mit unseren europäischen Verbündeten zu entwickeln und die europäische

2300 Luftverteidigungsinitiative Sky Shield (European SkyShieldInitiative, ESSI) zu
2301 starten, zeigen, dass wir bereit sind, **mehr Verantwortung bei der Bündnisverteidigung**
2302 zu übernehmen. Die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen im Westen Deutschlands
2303 bietet uns in der gegenwärtigen Sicherheitslage mehr Schutz. Wegen seiner geografisch
2304 zentralen Lage in Europa soll **Deutschland als zentrale Drehscheibe** für die Logistik
2305 weiter ausgebaut werden, um schnelle und koordinierte Reaktionen der NATO auf
2306 sicherheitspolitische Herausforderungen in Europa zu ermöglichen. Mit der **Brigade**
2307 **Litauen** werden wir erstmals deutsche Truppen dauerhaft im Ausland stationieren. Damit
2308 zeigen wir unseren Alliierten an der Ostflanke der NATO, dass sie sich auf uns
2309 verlassen können. Ihren Aufbau und ihre Aufstellung werden wir in Bezug auf
2310 Ausstattung, Finanzierung und Personalbedarf vorrangig unterstützen.

2311 Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage plant die SPD die Einführung
2312 eines neuen, **flexiblen Wehrdienstes**. Der neue Wehrdienst soll auf Freiwilligkeit
2313 basieren und sich dabei am Bedarf der Bundeswehr orientieren. Es müssen zügig die
2314 Grundlagen für eine Wehrrfassung geschaffen werden. Der neue Wehrdienst dient
2315 zentral dem Aufbau einer durchhaltefähigen Reserve.

2316 **Wir unterstützen die Ukraine.**

2317 Die SPD bekennt sich klar zur diplomatischen, militärischen, finanziellen und
2318 humanitären **Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer** in ihrem Kampf gegen die
2319 völkerrechtswidrige russische Aggression – so lange wie nötig. Wir unterstützen die
2320 bilaterale Sicherheitsvereinbarung Deutschlands mit der Ukraine ausdrücklich. Die
2321 Ukraine muss mögliche Verhandlungen auf Augenhöhe mit Russland führen können. Einen
2322 russischen Diktatfrieden zulasten der Ukraine werden wir nicht akzeptieren.
2323 Verhandlungen über die Köpfe der Ukrainerinnen und Ukrainer hinweg darf es nicht
2324 geben. Die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine müssen gewahrt
2325 bleiben. Zur Verteidigung der Ukraine und zur Sicherung des Friedens in Europa
2326 unterstützt die SPD die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte und die Lieferung
2327 von Waffen und Ausrüstung mit Besonnenheit und Augenmaß. Denn für uns gilt, dass
2328 Deutschland und die NATO nicht selbst zur Kriegspartei werden. Darum stehen wir zur
2329 Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz, den Marschflugkörper Taurus aus den
2330 Beständen der Bundeswehr nicht zu liefern.

2331 Die **zivile Unterstützung** für die Ukraine ist unverzichtbar. Denn die Frage, ob sich
2332 die Ukraine im russischen Angriffskrieg behaupten kann, hängt auch davon ab, wie
2333 widerstandsfähig ihre Zivilbevölkerung ist. Eine starke Gesellschaft braucht eine
2334 funktionierende Stromversorgung und funktionierende Krankenhäuser. Das weiß auch
2335 Putin, wenn er bewusst die zivile Infrastruktur beschießen lässt. Hier wollen wir
2336 also weiterhin unterstützend vorgehen und den Menschen in der Ukraine helfen, durch
2337 diese harte Zeit zu kommen.

2338 Wir begrüßen ausdrücklich **Friedensinitiativen**, wie sie vom ukrainischen Präsidenten
2339 Selenskyj angestoßen wurden. Auch die Bemühungen aus den Ländern des Globalen Südens
2340 zu Beendigung des Kriegs bewerten wir im Kern positiv. Diplomatie und Dialog bleiben
2341 für uns zentrale Instrumente, um internationale Konflikte zu lösen. Diese Initiativen
2342 erhöhen den Druck auf Putin und halten das Völkerrecht hoch. Es müssen alle
2343 Möglichkeiten für einen gerechten und dauerhaften Frieden ausgelotet werden. Die
2344 Souveränität der Ukraine und ihr legitimes Sicherheitsinteresse müssen in
2345 Verhandlungen dauerhaft garantiert werden. Deutschland muss bereit sein, eine

2346 konstruktive Rolle bei der Vermittlung und Umsetzung einzunehmen. Unser langfristiges
2347 Ziel ist eine funktionierende **Sicherheits- und Friedensordnung für Europa**. Für uns
2348 bietet die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiterhin
2349 eine wichtige Plattform, um integrierte Sicherheit in Europa weiterzuentwickeln.
2350 Ein imperialer Krieg in Europa durch die Atommacht Russland macht deutlich, wie
2351 wichtig es ist, dass wir uns auch in Zukunft intensiv für neue Ansätze glaubwürdiger
2352 **Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen** einsetzen. Eine Welt ohne Atomwaffen
2353 bleibt unser Ziel. Darum unterstützen wir Initiativen zum weltweiten Verzicht auf den
2354 Ersteinsatz von Atomwaffen („No first use“). Deswegen setzen wir uns für die
2355 Beibehaltung, Erfüllung und Verlängerung des New START-Vertrages zur Begrenzung von
2356 strategischen Nuklearwaffen ein.

2357 **22. Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa.**

2358 Ein starkes Europa in der Welt ist unsere Antwort auf die globalen Herausforderungen,
2359 die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Veränderungen, und den Druck, dem sich
2360 die Demokratien dieser Welt durch Populisten und Autokraten gegenübersehen. Wenn wir
2361 mit einer Stimme sprechen, sind wir stark genug, um unseren Werten und Interessen in
2362 der Welt Gehör zu verschaffen. Doch die EU und ihre Grundwerte werden von außen wie
2363 innen bedroht. Der russische Angriff auf die Ukraine hat den Krieg zurück auf den
2364 europäischen Kontinent gebracht. Zugleich schränkt der Rechtspopulismus in der EU
2365 ihre Handlungsfähigkeit ein und stellt die Werte des europäischen Friedensprojekts in
2366 Frage. Wir müssen daher dafür sorgen, dass diese gemeinsamen Werte auch nach innen,
2367 in allen Mitgliedstaaten der Union, gelebt werden. Zudem müssen wir Europa in die
2368 Lage versetzen, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen.

2369 ***Wir wollen eine europäische Verteidigungsunion.***

2370 Wir werden den europäischen Pfeiler in der NATO stärken, indem wir Investitionen
2371 abgestimmt tätigen und unsere Streitkräfte partnerschaftlich organisieren. Dadurch
2372 schaffen wir wichtige Synergieeffekte, indem wir die langfristige Integration
2373 europäischer Streitkräfte fördern. Dafür setzen wir auf verstärkte Kooperation der
2374 EU-Mitgliedstaaten, etwa bei gemeinsamer Beschaffung von Ausrüstung und Gerät, bei
2375 gemeinsamen Manövern, standardisierten Ausbildungskonzepten sowie der schrittweisen
2376 Integration nationaler Einheiten in multinationale Strukturen.

2377 Ein sicheres Europa braucht eine gut aufgestellte **europäische Verteidigungsindustrie**,
2378 mit wettbewerbsfähigen europäischen Unternehmen, sodass wir die Beschaffung künftig
2379 deutlich stärker über den europäischen Markt abdecken können. Aufbauend auf die
2380 deutsch-französische Kooperation für Panzer und Kampflugzeuge der Zukunft wollen wir
2381 europäische Innovationen in der Verteidigungsindustrie weiter fördern. Dafür setzen
2382 wir noch stärker als bislang auf europäische Instrumente wie die Europäische
2383 Verteidigungsagentur und gemeinsame Rüstungsprojekte im Rahmen der Ständigen
2384 Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO).

2385 Wir setzen uns für eine gemeinsame und koordinierte **europäische Rüstungsexportpolitik**
2386 ein. Dabei ist uns wichtig, dass sich eine solche Politik an gemeinsamen Werten und
2387 strategischen Prioritäten orientiert. Europäische Rüstungsgüter dürfen nicht in
2388 falsche Hände geraten.

2389 **Wir werden unserer Verantwortung für Europa gerecht.**

2390 Deutschland kommt als größtem und wirtschaftlich stärkstem Mitgliedstaat innerhalb
2391 der EU eine besondere Verantwortung zu. Dafür ist es wichtig, dass die Partner in der
2392 Bundesregierung auf EU-Ebene mit einer Stimme sprechen. Wir erwarten von allen
2393 demokratischen Parteien, dass sie die Brandmauer gegen Rechtspopulismus und -
2394 extremismus, auch im Europäischen Parlament aufrechterhalten.

2395 Zusammen mit Frankreich und Polen haben wir das **Weimarer Dreieck** neu belebt. In den
2396 kommenden Jahren werden wir diesen wichtigen Motor nutzen, um neue Wege in der EU
2397 schneller und geeinter zu beschreiten und die EU zu einer starken und solidarischen
2398 Gemeinschaft weiterzuentwickeln.

2399 Die **Erweiterungspolitik** der EU ist ein Instrument von hoher transformativer Kraft und
2400 eine geopolitische Notwendigkeit. Wir haben sie neu belebt. Sie war und ist ein Motor
2401 für Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in Europa. Wir wollen
2402 diese Erfolgsgeschichte fortschreiben und die Gelegenheit wahrnehmen, unsere
2403 europäischen Nachbarn bei einer dauerhaften demokratischen Transformation zu
2404 begleiten. Auch damit nicht andere Akteure an die Stelle der EU treten. Wir setzen
2405 uns für eine zügige Aufnahme der **westlichen Balkanstaaten** ein. Durch spürbare
2406 Fortschritte im Erweiterungsprozess, wie etwa dem Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt,
2407 sollen die Menschen spüren, dass sich der Weg in die EU lohnt.

2408 Auch die **Ukraine und Moldau** sollen ein Teil der EU werden. Beide Länder lassen keinen
2409 Zweifel daran, dass sie sich schon heute an den gemeinsamen Werten der EU orientieren
2410 und sich nach dem Schutz der Gemeinschaft, in Frieden und Freiheit leben zu können,
2411 sehnen. Mit der Erweiterung nach Osteuropa setzen wir ein klares Zeichen gegen den
2412 Versuch der einseitigen Grenzverschiebungen durch Russland, bekennen uns zum
2413 gemeinsamen Wiederaufbau der Ukraine und ermöglichen den Menschen den Zugang zu
2414 unserer Wertegemeinschaft. Auch die Kräfte in Georgien, die für Freiheit, Demokratie
2415 und Wohlstand eintreten und eine Zukunft in Europa fordern, unterstützen wir. Klar
2416 ist, dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit für uns unverhandelbar
2417 sind. Die **Kopenhagener Kriterien** müssen immer erfüllt sein.

2418 Darüber hinaus sind wir für einen Beitritt der EU zur Europäischen
2419 Menschenrechtskonvention. Wir werden den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
2420 stärken sowie die konsequente Umsetzung seiner Gerichtsurteile einfordern. Wir
2421 schützen mit dem **Europarat** und seiner Parlamentarischen Versammlung die Grundwerte
2422 der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auf unserem Kontinent.

2423 **Wir stehen für eine handlungsfähige und wertebasierte EU.**

2424 Wenn grundlegende Prinzipien der EU missachtet werden, muss die EU ihren Wertekanon
2425 nachdrücklich auch gegenüber Mitgliedstaaten schützen. Wir wollen künftig noch
2426 konsequenter gegen all jene vorgehen, die unsere gemeinsamen Werte innerhalb der EU
2427 verletzen. Dafür müssen bestehende Schutzinstrumente bei **Rechtsstaatsverstößen**, von
2428 Vertragsverletzungsverfahren bis hin zur Entziehung der Stimmrechte, deutlich
2429 konsequenter als bisher eingesetzt und fortentwickelt werden. Darüber hinaus setzen
2430 wir uns für verschärfte finanzielle Sanktionsmöglichkeiten und ein unabhängiges
2431 Kontrollgremium zur Überwachung des konsequenten Einsatzes bestehender Instrumente
2432 ein.

2433 Ein wachsendes Europa muss auch ein besseres Europa sein. Schon heute kommt die EU an

2434 die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit. Spätestens mit der EU-Erweiterung müssen
2435 **Europäische Vertragsreformen** erfolgen. Hierfür setzen wir uns für eine
2436 ergebnisorientierte Einsetzung eines Europäischen Konvents ein. Ein wesentlicher
2437 Bestandteil institutioneller Reformen ist für uns, das Einstimmigkeitsprinzip im
2438 Europäischen Rat und Ministerrat durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen
2439 abzulösen. Vetorechte einzelner Mitgliedstaaten sind nicht mehr zeitgemäß, da sie
2440 schon heute sachfremd als Druckmittel eingesetzt werden. Deswegen wollen wir alle
2441 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Entscheidungsverfahren schon kurzfristig so
2442 effizient wie möglich zu machen. Das macht die EU schlagfertiger, handlungsschneller
2443 und demokratischer. Wenn ein souveränes Europa unser Anspruch ist, dann sind
2444 Mehrheitsentscheidungen ein Gewinn und kein Verlust an Souveränität.

2445 23. Wir stärken europäische Interessen in der Welt.

2446 Eine Europäische Union, die mit einer Stimme spricht, kann ihr Gewicht in der Welt
2447 besser zur Geltung bringen. Die Europäischen Partner dürfen sich nicht
2448 auseinanderdividieren lassen. Wir müssen gemeinsame Positionen und Interessen
2449 formulieren und für diese gemeinsam eintreten.

2450 *Wir wollen unsere Allianzen stärken.*

2451 Wir werden unsere traditionellen Allianzen und Kooperationen vertiefen. Für uns
2452 bleiben die Beziehungen zu Frankreich zentral. Sie bilden den Kern des europäischen
2453 Einigungsprozesses. Bei der Entwicklung eines starken Europas hat die
2454 **deutsch-französische Partnerschaft** eine zentrale Rolle gespielt. Unsere besondere
2455 Aufmerksamkeit gilt auch den **deutsch-polnischen Beziehungen** und dem **demokratischen**
2456 **Ostseeraum** mit seinen vielfältigen traditionellen Partnern Deutschlands. Es liegt im
2457 europäischen Interesse, die Zusammenarbeit mit dem **Vereinigten Königreich** zu
2458 verbessern. Basierend auf der deutsch-britischen Vereinbarung über
2459 Verteidigungspolitik (Trinity-House-Vereinbarung) werden wir die Verhandlungen zu
2460 einem umfassenden bilateralen Abkommen mit der britischen Regierung unterstützen,
2461 welches unsere Beziehungen mit London breiter aufstellt und intensiviert – von
2462 Bildung über Wirtschaft bis zu Sicherheitsfragen.

2463 Die **USA** sind unser engster außereuropäischer Partner. Das transatlantische Verhältnis
2464 ist zentral für die europäischen und deutschen Außenbeziehungen. Wir stehen bereit,
2465 diese enge transatlantische Kooperation fortzusetzen. Die Zeitenwende durch den
2466 russischen Angriffskrieg hat zuletzt den Wert des transatlantischen Bündnisses noch
2467 mal verdeutlicht, es zeigt sich aber gleichzeitig die Notwendigkeit, Europa auch
2468 sicherheitspolitisch selbstständiger aufzustellen. Die Gefahr protektionistischer
2469 Maßnahmen der USA ist weiter gestiegen. Wir setzen alles daran, Handelshemmnisse
2470 abzubauen und einen Subventionswettlauf mit den USA zu vermeiden. Dafür ist es
2471 wichtig, dass Europa mithilfe einer Investitions- und Innovationsoffensive in
2472 Zukunftstechnologien an wirtschaftlicher Kraft gewinnt.

2473 *Wir setzen auf Dialog und Kooperation.*

2474 Peking ist kein einfacher Partner. Die SPD unterstützt die Umsetzung der ersten
2475 deutschen China-Strategie und setzt sich für eine europäisch abgestimmte China-
2476 Politik ein. In der EU definieren wir **China** als Partner, Wettbewerber und
2477 Systemrivalen. Die Volksrepublik ist zu einer führenden globalen Gestaltungsmacht

2478 aufgestiegen, ohne deren Mitwirkung globale Herausforderungen wie der Klimawandel,
2479 Fragen der Rüstungskontrolle und der Nichtverbreitung von Atomwaffen sowie die
2480 Verschuldungskrise in Ländern des Globalen Südens nicht zu lösen sind. Nach außen
2481 tritt China immer selbstbewusster und auch aggressiver auf. Etwa indem es seine
2482 Machtansprüche in seiner Nachbarschaft immer wieder deutlich macht. Auch distanziert
2483 sich China nicht ausreichend von Russlands völkerrechtswidrigem Krieg gegen die
2484 Ukraine. Vielmehr hat China seine Unterstützung für Russland ausgebaut. Das betrifft
2485 die europäische Sicherheit. Wir sehen das kritisch. Der Aufstieg Chinas bedarf einer
2486 besonnenen und gemeinsamen europäischen Chinapolitik. Europa muss seine geopolitische
2487 Macht nutzen und mit einer europäischen Stimme für seine Interessen und Werte
2488 sprechen. Gleichzeitig müssen wir in kritischen Bereichen wirtschaftlich unabhängiger
2489 werden (De-Risking). Wir bekennen uns weiterhin zur Ein-China-Politik und sind der
2490 Überzeugung, dass die Taiwan-Frage nur einvernehmlich in einem friedlichen Verfahren
2491 geklärt werden kann. Ob Menschenrechte, wettbewerbsverzerrende Industriepolitik oder
2492 Russlandpolitik: Wir bleiben mit Peking in einem robusten Dialog, in dem wir auch
2493 kontroverse Themen offen diskutieren.

2494 Gemeinsam mit Ländern wie **Indien, Indonesien, Südafrika und Brasilien** engagieren wir
2495 uns für Multilateralismus, für eine auf Regeln basierende internationale Ordnung und
2496 für die Verteidigung der Demokratie – auch wenn sie zusammen mit Russland Mitglieder
2497 der BRICS-Staatengruppe sind. Den Dialog mit diesen Ländern gilt es mit dem Ziel
2498 einer neuen Nord-Süd-Politik zu vertiefen. Wir werden strategische Partnerschaften
2499 mit Ländern des Globalen Südens ausbauen. Wir wollen koloniale Kontinuitäten
2500 überwinden, uns in Partnerschaft auf Augenhöhe begegnen. Die Aussöhnung mit Namibia
2501 bleibt für uns eine unverzichtbare Aufgabe, die aus unserer historischen und
2502 moralischen Verantwortung erwächst.

2503 Wir setzen auf die **auswärtige Kultur- und Bildungspolitik** als eine wichtige Säule
2504 unserer Außenpolitik. Durch Verbindungen in Kultur und Wissenschaft vertiefen wir die
2505 Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften in der Welt.

2506 ***Wir wollen Frieden im Nahen Osten.***

2507 Wir verurteilen den brutalen Terrorangriff der Hamas auf **Israel** vom 7. Oktober 2023
2508 aufs Schärfste. Es war das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoa. Das
2509 Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind unverhandelbar. Wir fordern die
2510 unverzügliche Freilassung aller noch festgehaltenen Geiseln. Israel hat das Recht auf
2511 Selbstverteidigung. Gleichzeitig ist es durch das humanitäre Völkerrecht
2512 verpflichtet, auf die Verhältnismäßigkeit seiner Reaktion zu achten und Zivilisten zu
2513 schützen. Angesichts der hohen zivilen Opferzahlen in Gaza, darunter mehrheitlich
2514 Frauen und Kinder, und des Ausmaßes der Zerstörung der zivilen Infrastruktur fordern
2515 wir einen sofortigen Waffenstillstand. Dazu rufen wir alle beteiligten Staaten auf
2516 und begrüßen internationale Bemühungen, darauf hinzuwirken. Die katastrophale
2517 humanitäre Lage im Gaza-Streifen muss umfassend adressiert werden. Die Bevölkerung
2518 muss mit Medizin und Nahrungsmitteln versorgt werden. Die Eskalationen in der Region
2519 zeigen, dass es dringend einen neuen Anlauf für Fortschritte in der Zweistaatenlösung
2520 braucht. Dazu gehört eine reformierte Palästinensische Autonomiebehörde, die auch die
2521 zivile Verwaltung in Gaza übernimmt. Von Gaza darf keine Gefahr für Israel mehr
2522 ausgehen.

2523 Es muss es zu einem Stopp des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus durch Israel in den

2524 palästinensischen Gebieten kommen. Pläne zur Annektierung von Gebieten im
2525 Westjordanland und Gaza-Streifen lehnen wir ab. Unser Ziel bleibt die friedliche
2526 Koexistenz zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer
2527 Verhandlungslösung. Nur eine politische Perspektive kann die Sicherheit Israels
2528 dauerhaft sicherstellen. Unsere Solidarität mit Israel und die Einhaltung des
2529 Völkerrechts sind für uns historische Verpflichtung. Dafür setzt sich die SPD ein.
2530 Ebenso müssen die Waffen im Libanon schweigen. Die Resolution 1701 des UN-
2531 Sicherheitsrats aus dem Jahr 2006 muss von allen Konfliktparteien befolgt werden.
2532 Das Regime im Iran trägt zu einer weiteren Eskalation der Sicherheitslage im Nahen
2533 Osten bei. Mit seiner Ablehnung der internationalen regelgebundenen Ordnung trägt der
2534 Iran eine Mitverantwortung für viele aktuelle Konflikte und Krisen in der Welt. Das
2535 Regime unterstützt den russischen Angriff auf die Ukraine mit Raketen und Drohnen. Es
2536 hat Israel direkt angegriffen und versucht, den Nahen Osten über die sogenannte Achse
2537 des Widerstands zu destabilisieren. Es verweigert die Kontrolle seiner Atomanlagen.
2538 Zugleich nimmt die Repression gegen Andersdenkende und vor allem gegen Frauen, die
2539 für ihre Rechte und Freiheit kämpfen, im Land zu. Sie werden dabei erbarmungslos
2540 verfolgt. Wir unterstützen daher die internationalen Sanktionen gegen das Regime und
2541 fordern, die Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste zu setzen.

2542 24. Wir kämpfen für eine gerechte Welt.

2543 Ein attraktives und starkes Europa kann entscheidend dazu beitragen, auf globale
2544 Herausforderungen globale Antworten zu geben. Eine regelbasierte internationale
2545 Ordnung ist dafür die beste Grundlage. Sozialdemokratische internationale Politik hat
2546 das Ziel einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Welt. Autoritäre Regime
2547 drängen allerdings darauf, die regelbasierte Ordnung zu ihren ganz eigenen Gunsten zu
2548 verschieben, während viele Staaten im Globalen Süden sich von den liberalen
2549 Demokratien abwenden. Sie sehen ihre Erwartungen auf Wachstum und Wohlstand nicht
2550 erfüllt. Wir haben es in der Hand, das zu ändern, indem wir strategisch in
2551 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens investieren. Dabei geht es nicht
2552 zuletzt um unsere eigene Zukunft, um Sicherheit in Europa, um den Erhalt von
2553 Arbeitsplätzen in Deutschland, um den Wohlstand unserer Gesellschaft. Eine
2554 vertrauensvolle Zusammenarbeit, als Win-win-Modell für alle Beteiligten, ist im
2555 europäischen Interesse.

2556 **Wir wollen Partnerschaften für Entwicklung.**

2557 Unsere Entwicklungspolitik leistet einen wichtigen Beitrag, Menschen in Ländern des
2558 Globalen Südens wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Perspektiven zu
2559 schaffen. Neben der Zusammenarbeit mit Regierungen setzen wir insbesondere auf die
2560 Stärkung der Zivilgesellschaft und die Verbesserung privatwirtschaftlichen Handelns.
2561 Wir werden eine **feministische Außen- und Entwicklungspolitik** fortführen, die der
2562 Überzeugung folgt, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Freiheiten und
2563 Möglichkeiten unabhängig vom Geschlecht und sexueller Orientierung besitzen.
2564 Wir brauchen Dialog und Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen und in
2565 multilateralen Foren wie den G20. Ziel ist die **Überwindung von Armut, Hunger und**
2566 **Ungleichheit**. Wir müssen auf akute Hungerkrisen reagieren können und langfristig eine
2567 Umstellung der Agrarsysteme auf Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit unterstützen.

2568 Soziale Sicherungssysteme sehen wir dabei als eine notwendige Investition in die
 2569 Zukunft. Nur wo ein soziales Netz aufgespannt ist, kommen Gesellschaften besser durch
 2570 Krisen. Im Rahmen einer **globalen Gesundheitspolitik** ist es wichtig, künftig
 2571 schnellere, grenzübergreifende Hilfe und unbürokratische internationale Kooperationen
 2572 zu ermöglichen. Schaltzentrale sollte eine breit unterstützte
 2573 Weltgesundheitsorganisation sein.

2574 Richtschnur für die Zusammenarbeit mit globalen Partnern sind die **17**
 2575 **Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030** der Vereinten Nationen (Sustainable Development
 2576 Goals, SDGs) und deren Weiterentwicklung, die wir aktiv mitgestalten. Wir sind davon
 2577 überzeugt, dass Multilateralismus ein Grundpfeiler für Frieden und Wohlstand ist. Um
 2578 die Erfolgsspur zu halten, braucht es **Reformen der multilateralen Organisationen** –
 2579 auch des UN-Sicherheitsrates und seiner blockierenden Veto-Regelung. Länder Afrikas,
 2580 Lateinamerikas und Asiens müssen auf allen Ebenen besser vertreten sein. Mit
 2581 Brasilien, Indien und Japan treiben wir im Bemühen um einen ständigen Sitz im
 2582 Sicherheitsrat unsere gemeinsame G4-Initiative voran.

2583 Durch Humanitäre Hilfe und Krisenprävention trägt Deutschland dazu bei, menschliche
 2584 Not zu lindern und Krisen einzuhegen, aber auch seinen diplomatischen Einfluss zu
 2585 festigen. Wir brauchen ein starkes und **eigenständiges Entwicklungsministerium**, das
 2586 zusammen mit politischen Stiftungen, mit NGOs und kirchlichen sowie
 2587 zivilgesellschaftlichen Partnern wichtige Arbeit bei der Bewältigung globaler Krisen
 2588 und bei der Prävention von Konflikten leistet. Wir wollen, dass mindestens **0,7**
 2589 **Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungsleistungen**
 2590 (ODA-Quote). Diesen Anspruch haben wir nicht nur an uns, sondern auch an unsere
 2591 Partner insbesondere im G7-Kreis.

2592 Weltweit geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Diese
 2593 Abwärtsspirale gilt es zu durchbrechen: Wir werden in einer Globalen Allianz für
 2594 Steuergerechtigkeit gemeinsam mit anderen Ländern die **Einführung einer**
 2595 **Milliárdärsteuer** vorantreiben. Superreiche sollen stärker für die Finanzierung des
 2596 Gemeinwohls, insbesondere zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie zur
 2597 Klimafinanzierung, herangezogen werden.

2598 Gemeinsam mit zentralen Akteuren wie der Weltbank und dem Internationalen
 2599 Währungsfonds können wir die **internationale Finanzarchitektur** gerechter machen.
 2600 Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit und Klimaschutz müssen in
 2601 den Mittelpunkt der internationalen Finanzarchitektur und zentraler Akteure wie dem
 2602 IWF, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken rücken. Für **hochverschuldete**
 2603 **Länder** setzen wir zudem stärker auf eine Schuldenumwandlung: Tausch ihrer
 2604 Verpflichtungen gegen Investitionen, in die soziale und ökologische Transformation.

2605 **Wir wollen strategische Partnerschaften.**

2606 Viele Bereiche unseres Alltags und unserer Wirtschaft hängen unmittelbar an **robusten**
 2607 **Lieferketten** und dem Zugang zu besonders wertvollen Rohstoffen. Als innovativer
 2608 Industriestandort wollen wir Allianzen bilden und mit strategischen Partnerschaften
 2609 Brücken bauen – beispielsweise beim Ausbau von grünem Wasserstoff. Nachhaltige und
 2610 verantwortungsvolle Wertschöpfungsketten gilt es mit Produktionsstätten vor Ort zu
 2611 schaffen und damit Arbeitsplätze zu sichern – auch bei uns zu Hause.

2612 Wir wollen konkrete Vereinbarungen zu internationalen Standards, die **gute Arbeit** mit

2613 existenzsichernden Löhnen sicherstellt. Mit der EU-Lieferkettenrichtlinie haben wir
2614 klare Regelungen und gleiche Voraussetzungen für alle Unternehmen in Europa
2615 geschaffen.

2616 Von klaren Regelungen und gleichen Voraussetzungen für alle in Europa profitieren
2617 insbesondere deutsche Unternehmen, die schon jetzt auf starke Standards setzen. Auf
2618 weltweit verbindliche Regeln pochen wir auch bei den Verhandlungen zum UN-Vertrag für
2619 Wirtschaft und Menschenrechte. Wir stehen für die internationale Solidarität und für
2620 die universelle Geltung der **Menschenrechte**. Dafür braucht es starke Institutionen wie
2621 den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den internationalen
2622 Strafgerichtshof.

2623 Europas Wohlstand und auch die Entwicklungsperspektiven vieler Staaten des Globalen
2624 Südens hängen stark von einem regelbasierten, diskriminierungsfreien globalen
2625 Handelsregime ab. Der Abschluss von weitreichenden **Handels- und Investitionsabkommen**
2626 (beispielsweise das EU-Mercosur-Abkommen oder die Freihandelsverträge der EU mit
2627 Indien und Australien) sind wichtige Meilensteine, um robuste Allianzen und
2628 Partnerschaften zu etablieren. Solche Abkommen müssen soziale Rechte wie auch
2629 Menschenrechte stärken, Umwelt und Klima schützen sowie langfristige Perspektiven für
2630 Wachstum und Wohlstand für alle Vertragsparteien schaffen. Wir wollen, dass solche
2631 Abkommen künftig einfacher gestaltet und schneller zum Abschluss gebracht werden
2632 können. Zu oft werden Verhandlungen von einzelnen EU-Mitgliedstaaten ausgebremst.
2633 Handelsabkommen sollen daher durch eine qualifizierte Mehrheit im Europäischen Rat
2634 entschieden werden. Damit tragen wir auf europäischer Ebene zu einem erfolgreichen
2635 und zeitlich angemessenen Abschluss von Freihandelsabkommen bei.

2636 Der Klimawandel macht nicht an nationalen Grenzen halt. Wir brauchen weltweit
2637 solidarische Initiativen für Klimaanpassung, denn es sind die ärmsten Staaten, die
2638 häufig am heftigsten betroffen und am wenigsten vorbereitet sind. Sozialdemokratische
2639 Politik schafft eine nachhaltige Entwicklungsperspektive, die Wohlstand und Schutz
2640 miteinander verbindet.

2641 Wir wollen das Pariser Klimaabkommen umsetzen und unseren fairen Anteil an der
2642 **internationalen Klimafinanzierung** bereitstellen. Für die finanziellen
2643 Herausforderungen der globalen Klima-Transformation setzen wir auch verstärkt auf die
2644 Mobilisierung von privaten Mitteln. Es gilt, die sozial-ökologische Transformation
2645 umzusetzen und dabei die Bedürfnisse unserer Partner nach verlässlichen Kooperationen
2646 für ihre wirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen. Dazu dienen beispielsweise
2647 die Just Energy Transition Partnerships (JETPs) sowie die Klima- und
2648 Entwicklungspartnerschaften mit Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es geht
2649 um ganzheitliche Ansätze, bei denen die betroffenen Menschen und Regionen im Zentrum
2650 stehen. Dafür werden wir noch stärker Gewerkschaften und Zivilgesellschaft mit
2651 einbeziehen. Für ein Vorangehen bei den Transformationsaufgaben sind wir aber auf
2652 **internationale Vertrauensnetzwerke** wie den internationalen Klimacub angewiesen, der
2653 bereits wichtige Impulse für die Zusammenarbeit gesetzt hat. Wir wollen weitere
2654 Formate initiieren und unterstützen.

Unser Versprechen

2655 **25. Politik heißt für uns: Wir kämpfen für Dich.**

2656 Fast 26.000 Wörter. 4 große Kapitel. 24 Wahlkampf-Themen. Danke fürs Zeit nehmen und
2657 lesen.

2658 Es ist ein umfassendes Programm. Aber für uns ist es viel mehr. Es ist ein
2659 Versprechen an alle Bürgerinnen und Bürger. Ein Versprechen an Dich. Ein Versprechen
2660 an unser aller Zukunft. Ein Versprechen an Deutschland.

2661 Die Renten für alle Generationen stabil halten und Familien spürbar entlasten. Das
2662 Wachstum vorantreiben und die Wirtschaft stärken. Arbeitsplätze sichern und schützen.
2663 Sich für gerechte Löhne einsetzen und die Kaufkraft der Menschen stärken.

2664 Was unser Programm starkmacht und wo wir uns jetzt unterscheiden im Meer der
2665 Wahlkampf-Floskeln: Bei der SPD steckt hinter jedem einzelnen Programmpunkt ein
2666 konkreter Vorschlag zur Umsetzung.

2667 15 Euro Mindestlohn. Senkung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel auf fünf Prozent. 95
2668 Prozent der Steuerzahlenden sollen mehr Netto vom Brutto haben. Eine stabile Rente
2669 für alle Generationen. Made in Germany Bonus, Einrichtung eines Deutschlandfonds, um
2670 die Wirtschaft zu stärken – nur um einige wichtige zu nennen.

2671 Als SPD sind wir fest davon überzeugt: Soll es Deutschland besser gehen, dann muss es
2672 jedem Einzelnen im Land besser gehen. Das ist das Ziel unserer Politik. Das treibt
2673 uns jeden Tag an. Und genau das macht dieses Programm.

2674 In diesem Sinne: Wir freuen uns auf einen spannenden Wahlkampf, auf den Austausch
2675 überall in Deutschland.

2676 **Deine SPD**

